



---

Struktur- und  
Technologieberatungsagentur für  
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in  
Thüringen (START) e.V.



**Matthias Seifert**

**Zur Krise des Dualen Systems**

**Ausbildungs- und  
Beschäftigungssituation  
in zwei Thüringer Regionen**

**START-Forschungsbericht 4**

START e.V. ist eine Beratungs- und Forschungsinstitution, die sich das Ziel gesetzt hat, mit ihrer Arbeit den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Umstrukturierungsprozeß der Thüringer Wirtschaft Rechnung zu tragen.

In diesem Sinne führt START e.V. Forschungsprojekte zu Fragen der regionalen, sozialen und betrieblichen Entwicklung durch bzw. vergibt entsprechende Aufträge und veröffentlicht deren Ergebnisse als Diskussionsbeitrag. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den jeweiligen Autorinnen und Autoren.

Erfurt, Mai 1995

---

START e.V.  
Juri-Gagarin-Ring 150  
99084 Erfurt  
Telefon: 0361/5961-100  
Telefax: 0361/5961-111

Redaktionelle Bearbeitung:  
Dr. Jürgen Neubert  
Gisela Pietsch  
Jörg Schröder

Schutzgebühr 6,00 DM

Bankverbindung: BfG Erfurt, Kto: 1371869900, BLZ: 82010111

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	2
<b>Zusammenfassung</b>	3
1. Einleitung	5
2. Struktur des Ausbildungsplatzangebotes	6
2.1. Die Berufswünsche der Jugendlichen in den Thüringer Regionen Jena und Nordhausen	6
2.2. Schulische Qualifikationsstruktur	14
2.3. Das regionale betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsplatzangebot	16
2.4. Die außerbetriebliche Ausbildung - das dritte Standbein des Dualen Systems	26
2.5. Berufsausbildung im öffentlichen Dienst	29
2.6. Qualitative Aspekte der Ausbildung in den beiden Regionen	31
2.7. Situation benachteiligter und behinderter Jugendlicher	33
3. Die Problematik der "zweiten Schwelle" - Stolperstein oder Fallgrube?	36
3.1. Wirtschaftsstruktur der beiden Regionen	36
3.2. Jugendarbeitslosigkeit und die Übernahme-situation in den beiden Regionen	39
3.3. Arbeitslos nach der Lehre - ein Massenphänomen	41
3.4. Informationen und Daten zu ausgewählten Berufen	47
4. Regionale Entwicklungstrends	48
4.1. Wachstums-, Beschäftigungs- und Qualifikationsprognosen für Ostdeutschland, Thüringen und die beiden Regionen	48
4.2. Prognostizierbare quantitative Entwicklungen im Ausbildungsplatzsektor	51
5. Duales System als institutionelle Reformaufgabe	52
5.1. Zur Notwendigkeit grundlegender Strukturveränderungen	52
5.2. Struktur-, arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Interventionspotentiale	54
5.3. Schluß	59
Literatur	60

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Arbeitsamt
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
BAS	Berufsausbildungsstellen
BBB	Berufsbildungsbericht
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BBS	Berufsberatungsstatistik der Arbeitsämter
BfA	Bundesanstalt für Arbeit
BGJ	Berufsgrundbildungsjahr
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
FNL	Fünf neue Länder
Handw.	Handwerk
Hausw.	Hauswirtschaft
HwO	Handwerksordnung
GIO	Gemeinschaftsinitiative Ost des Bundes und der Länder
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
I.u.H.	Industrie und Handel
JBH	Jugendberufshilfe
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
LAA (SAT)	Landesarbeitsamt (Sachsen-Anhalt/Thüringen)
ÖD	Öffentlicher Dienst
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PQO	Personalqualifizierung Ost
TLS	Thüringer Landeszentrale für Statistik
TMWK	Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Verkehr
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks

## Zusammenfassung

Die Arbeits- und Ausbildungsstellenmärkte in den neuen Bundesländern sind aufgrund ihrer institutionellen Dynamik intransparenter als im Westen. Entwicklungsverläufe lassen sich daher schwerer nachzeichnen und prognostizieren. Deutlich sichtbar ist aber, daß sich das duale System der Berufsausbildung in Thüringen nicht nur in einem konjunkturellen Ungleichgewicht befindet, sondern in einer strukturellen Krise steckt.

In den Arbeitsamtsbezirken Jena und Nordhausen, die diese Studie untersucht hat, übersteigt die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsstellen das Angebot deutlich. Im vergangenen Jahr mündeten in Jena tatsächlich sogar weniger Jugendliche in eine betriebliche Ausbildung ein als 1993. In Nordhausen haben zwar 1994 1,7 Prozent mehr Bewerber/innen eine betriebliche Ausbildung angefangen als noch 1993, aber die Einmündungsquote liegt gut 10 Prozent unter der des Arbeitsamtsbezirks Jena.

Dieser Nachfrageüberhang kann nur zum Teil durch außerbetriebliche Stellen aufgefangen werden. Von Berufswahlfreiheit kann daher in beiden Regionen nur noch bedingt gesprochen werden, zumal die Struktur des Ausbildungsplatzangebotes in beiden Regionen über weite Strecken nicht mit den Berufswünschen der Jugendlichen übereinstimmt. Von diesem Mißverhältnis sind junge Frauen stärker betroffen als junge Männer. Das Angebot an außerbetrieblichen Stellen dürfte zwar weitestgehend den Berufswünschen der Jugendlichen entsprechen, aber es weicht z.T. stark von den vorhandenen oder antizipierbaren "Markterfordernissen" ab.

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt gestaltet sich im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen insgesamt problematischer als im Bezirk Jena. Auf eine betriebliche Ausbildungsstelle kommen in Nordhausen mehr Bewerber/innen als in Jena, es münden prozentual weniger Jugendliche in betriebliche Lehrstellen ein, und es müssen prozentual mehr außerbetriebliche Lehrstellen angeboten werden. Zudem weist die Nordthüringer Region eine größere Benachteiligung von Frauen auf als die Region Jena.

Nicht weniger angespannt als auf dem Gebiet der Erstausbildung präsentiert sich die Konstellation an der Nahtstelle des Übergangs von der Ausbildung in den erlernten Beruf, d.h. an der sogenannten "zweiten Schwelle". In Thüringen wird jeder vierte Jugendliche nach der Lehre (vorübergehend) arbeitslos, wobei das weibliche Geschlecht überproportional betroffen ist, da beinahe jede zweite Frau nach beendeter Ausbildung arbeitslos wird. Auch hier schneidet die Nordthüringer Region im Vergleich mit Jena schlechter ab, d.h., sie weist im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit höhere Quoten auf. Zudem bewegen sich die Zugänge in Arbeitslosigkeit nach betrieblicher Ausbildung in Nordhausen - wiederum verglichen mit dem Arbeitsamtsbezirk Jena - auf doppelt so hohem Niveau. Während der Anstieg in Nordhausen 1994 vorläufig zum Erliegen kam, sind in Jena allerdings drastische Zugänge zu verzeichnen. Das vorhandene Übernahmeproblem spitzt sich somit weiter zu. Im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen besitzt diese Problematik im Gegensatz zu Jena zudem eine eindeutig geschlechtsspezifische Komponente.

Eine signifikante Entlastung der Ausbildungs- und Arbeitsstellenmärkte in beiden Regionen ist vorerst nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Nach ersten vorliegenden Zahlen für 1995 spitzt sich die Lage weiter zu. In der Folge erwächst ein immenser politischer Gestaltungsbedarf, der in Form potentieller Handlungskorridore skizziert werden soll.



## 1. Einleitung

Das System der dualen Berufsausbildung - im Westen Deutschlands seit einigen Jahren zunehmend unter Reformdruck und in die Kritik geraten - ist im Zuge der deutschen Einheit auf die neuen Bundesländer übertragen worden. Dies geschah vor dem Hintergrund eines rasanten Abbaus und Umbaus betrieblicher Ausbildungskapazitäten und -bereitschaften. Während das Duale System im Westen Deutschlands in den letzten Jahren noch durch ein (sinkendes) Überangebot an Ausbildungsplätzen gekennzeichnet war, weist der Osten Deutschlands eine immense Angebotslücke bei gleichzeitig kontinuierlich steigender Nachfrage auf. Die hieraus für Jugendliche resultierenden Probleme an der ersten Schwelle des Arbeitsmarktes ebenso wie die Übernahmeproblematik an der zweiten Schwelle sind Gegenstand dieser Studie.

Innerhalb dieser Untersuchung finden zwei Thüringer Regionen besondere Berücksichtigung: die Arbeitsamtsbezirke Jena und Nordhausen. Der Arbeitsamtsbezirk Jena liegt im östlichen Teil des Bundeslandes Thüringen und umfaßt die Stadt- und Landkreise von Jena sowie die Kreise Holzland, Schwarzta und Saale-Orla bzw. die Arbeitsamts-Dienststellen Jena, Eisenberg, Stadtroda, Rudolstadt, Pößneck und Saalfeld. Der Arbeitsamtsbezirk Nordhausen liegt im Norden Thüringens, angrenzend an die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Hessen und Niedersachsen. Er umfaßt die drei Landkreise Nordhausen, Eichsfeld und Kyffhäuser bzw. die Arbeitsamts-Dienststellen Nordhausen, Leinefelde, Heiligenstadt, Sondershausen und Artern. Im Verlauf dieser Studie werden die beiden Arbeitsamtsbezirke sowohl miteinander als auch mit der Situation bzw. den Entwicklungen in Thüringen verglichen. Zudem geben auf die alten bzw. die neuen Bundesländer bezogene Situationsanalysen den Rahmen ab, in den die arbeitsamtsspezifischen Daten eingebettet werden sollen.

Im Rahmen dieser zeitlich eng befristeten Studie war es nicht möglich - außer einigen qualitativen Erhebungen in Form von leitfadengestützten Experteninterviews - eigene empirische Untersuchungen anzustellen. Insofern mußte sich mit dem vorhandenen Datenmaterial begnügt werden, obwohl dies in vielen Bereichen einen Wechsel von der deskriptiven auf die analytische Ebene verhinderte. Auch war es nicht möglich, alle relevanten Aspekte des Themas zu behandeln. So wurde z.B. auf eine Ausleuchtung des Themas Mobilitätsbereitschaft ostdeutscher Jugendlicher ("Wohnen im Osten - Lernen im Westen") - immerhin für den Arbeitsamtsbezirk Nordhausen aufgrund seiner Nähe zu westdeutschen Bundesländern von einiger Relevanz - verzichtet. Auch eine nähergehende Betrachtung der Berufsbeschulung (vgl. dazu Berger 1993) mußte ausgespart werden.

Bleiben noch zwei methodische Hinweise. Zum einen: die Zahlenwerte wurden analog der Praxis der Arbeitsämter nach Maßgabe der zweiten Stelle nach dem Komma auf- bzw. abgerundet. Da es sich bei den Angaben der Arbeitsämter, auf die hier vorrangig zurückgegriffen wurde, um Geschäftsstatistiken handelt, können zum anderen kaum Aussagen über absolute Volumina getroffen werden.

## 2. Die Struktur des Ausbildungsplatzangebotes

### 2.1. Die Berufswünsche der Jugendlichen in den Thüringer Regionen Jena und Nordhausen

Die Wahl eines Ausbildungsberufes hängt ab vom Informationsgrad eines Jugendlichen. Die soziale Herkunft, das erworbene Bildungskapital und das beratende Umfeld (Eltern, Freunde, Schule und das Arbeitsamt) strukturieren folglich die Berufswahl. Tatsächliche oder zu erwartende Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt dringen durch diese Kommunikationsnetze gefiltert zu den Jugendlichen vor, die an der ersten Schwelle stehen. Die Berufsbildungswünsche sind daher in gewisser Weise durch die institutionellen Chancen ihrer Entfaltung und Befriedigung determiniert, d.h. die Beschäftigungsperspektiven wirken bedürfnisprägend. Gegenüber dem Arbeitsamt geäußerte Berufsbildungsinteressen folgen daher sowohl individuellen Wünschen und Neigungen (der sogenannte Traumberuf), wie sie zugleich auch Ergebnis einer rationalen Wahl unter schwierigen Arbeitsmarktbedingungen sind.

Während die beruflichen Wertorientierungen west- und ostdeutscher Jugendlicher bereits heute, fünf Jahre nach der Einheit Deutschlands, ähnliche bis identische Grundmuster aufweisen - in Ost und West gelten ein "sicherer Arbeitsplatz" und eine "Arbeit, die Spaß macht" als *die* Kriterien in der beruflichen Wertorientierung von Jugendlichen (vgl. Schober 1994c, 13) - unterscheiden sie sich hinsichtlich des konkreten Berufswahlverhaltens. In den alten Ländern gehören die Kraftfahrzeugberufe zu den beliebtesten; in den neuen Ländern stehen die Bau- und Baunebenberufe hoch im Kurs.

Für den Arbeitsamtsbezirk **Jena** (unter Einschluß aller Dienststellen) kann die Struktur der Berufswünsche nur indirekt über die dem Arbeitsamt gemeldeten Bewerber/innen erschlossen werden. Konfrontiert mit den gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen läßt sich dabei grob zunächst folgendes Bild zeichnen: Der tertiäre Sektor genießt ebenso wie die technischen Berufe eine über die vorhandenen Kapazitäten hinausgehende Beliebtheit, während das Interesse an einer Ausbildung in einem Fertigungsberuf hinter dem Angebot an Ausbildungsstellen zurückbleibt (vgl. Übersicht 1). Die Heterogenität der Situation im allgemeinen erfordert jedoch eine differenziertere Analyse der Lage im einzelnen. Übersicht 2 weist ausgewählte Berufe mit einem zum Teil eklatanten Nachfrageüberhang aus. Bei der Interpretation dieser Daten muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Berufsberatung des Arbeitsamtes Jena die Bewerber/innen hinsichtlich der Angabe von Berufswünschen zu Mehrfachnennungen auffordert (ebenso in Nordhausen, siehe unten). Trotz der sich daraus ergebenden, u.U. stark eingeschränkten Gültigkeit, soll die angestrebte Bewertung des Verhältnisses der Berufswünsche zu ihren Realisierungschancen mangels alternativer Zahlenwerte anhand dieser Daten vorgenommen werden.

Während in Jena im Bereich der Ernährungsberufe und der Bau- sowie Baunebenberufe ein Ausgleich zwischen gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen und gemeldeten Bewerber/innen existiert, muß für die kaufmännischen Berufe, die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe sowie die Mehrzahl der Dienstleistungsberufe ein Nachfrageüberhang, sprich ein Ausbildungsstellenmangel konstatiert werden (BBS Jena 1994, 7). Im Bereich der gewerblich-technischen Berufe besteht tendenziell ein ausreichendes, teilweise sogar ein Überangebot an Ausbildungsstellen.



In einzelnen Berufen übersteigt jedoch auch hier die Zahl der Bewerber/innen durchaus das vorhandene Angebot. Das partiell vorhandene Überangebot im gewerblich-technischen Bereich, bzw. die geringe Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in diesem Sektor, ist in Jena offensichtlich auch Resultat eines tiefsitzenden - in der Folge von Massenentlassungen, Kurzarbeit und Werksschließungen entstanden - Mißtrauens von Jugendlichen und ihren Eltern gegenüber Beschäftigungschancen im industriellen Sektor. Diese für ganz Ostdeutschland geltende Einstellung konnte in Berufsberatungsgesprächen auch vom Arbeitsamt Jena festgestellt werden; im Interview wurde sie insbesondere für den Beruf des Industriemechanikers bestätigt.

**Übersicht 1:** Anteil der gemeldeten Ausbildungsstellen an den Berufsgruppen und Verteilung der von den Jugendlichen angestrebten Ausbildung auf die Berufsgruppen im Arbeitsamtsbezirk Jena

<b>Berufsgruppe</b>	<b>Anteil der gemeldeten Ausbildungsstellen</b>	<b>von Jugendlichen angestrebte Ausbildung</b>
Fertigungsberufe	54,9	44,8
Dienstleistungsberufe	42,15	52,3
Technische Berufe	1,5	2,7

Quelle: BBS Jena 1994

Auffällig ist folgendes: In knapp der Hälfte der in Übersicht 2 aufgeführten Berufe (47 Prozent) hat sich das Verhältnis der gemeldeten Berufsausbildungsstellen zu den Bewerber/innen verbessert, in einem knappen Drittel (29,5 Prozent) ist es nahezu konstant geblieben und in einem weiteren Viertel (23,5 Prozent) hat sich die Situation zu ungunsten der Bewerber/innen verschlechtert. Zu letzterer Kategorie gehören die Berufe Zahntechniker/in, Chemielaborant/in, Bauzeichner/in und die Speditionskaufleute. Deutlich verbessert hat sich die Lage im Bereich der Kommunikationselektroniker/innen, der Datenverarbeitungskaufleute und der Hauswirtschaftler/innen. Hier ebenso wie bei den Industriekaufleuten und den Hotelfachmännern/-frauen, wo sich die Lage ebenfalls signifikant entspannt hat, kann jedoch keineswegs Entwarnung gegeben werden, da der Bewerber/innen-Überhang nach wie vor ein Vielfaches beträgt.

**Übersicht 2:** Nachfrageüberhang auf dem Ausbildungsstellenmarkt im Arbeitsamtsbezirk Jena

<b>Berufsklasse</b>	<b>gemeldete BAS</b>	<b>gemeldete Bewerber/ innen</b>	<b>Verh. BAS zu Bewerber/ innen 1993/94</b>	<b>Verh. BAS zu Bewerber/ innen 1992/93</b>
Kraftfahrzeugmechaniker/in	117	187	1:1,6	1:2,3
Zahntechniker/in	10	52	1:5,2	1:3,4
Kommunikationselektroniker/in	7	49	1:7,0	1:14,7
Tischler/in, Holzmechaniker/in	92	133	1:1,4	1:1,5
Chemielaborant/in	5	9	1:1,8	4,3:1
Bauzeichner/in	14	61	1:4,4	1:1,5
Bankkaufmann/frau	95	249	1:2,6	1:3,2
Speditionskaufmann/frau	5	17	1:3,4	1:1,8
Datenverarbeitungskaufm./frau	4	21	1:5,2	1:8,0
Kaufmann/frau für Bürokomm.	164	259	1:1,6	1:2,0
Verwaltungsfachangestellte/r	50	92	1:1,8	1:1,7
Rechtsanwalts-, Notargehilfe/in	39	73	1:1,9	1:2,1
Industriekaufmann/frau	51	93	1:1,8	1:2,7
Arzthelfer/in	61	121	1:2,0	1:1,9
Friseur/in	59	98	1:1,7	1:1,8
Hotelfachmann/frau	36	187	1:5,2	1:6,7
Hauswirtschaftler/in	17	37	1:2,2	1:3,9

Quelle: BBS Jena 1994; BAS: Berufsausbildungsstellen

Übersicht 3 exemplifiziert, daß in den gewerblich-technischen Berufen und in einigen, insbesondere unter dem Blickwinkel des damit zu realisierenden sozialen Ansehens nicht sonderlich attraktiven Dienstleistungsberufen (Fleischer/in), ein Stellenüberangebot vorhanden ist. Signifikante Verschiebungen in der Angebots-Nachfrage-Relation sind außer für den Beruf Zerspanungsmechaniker/in und für die Energieelektroniker/innen nicht zu konstatieren.

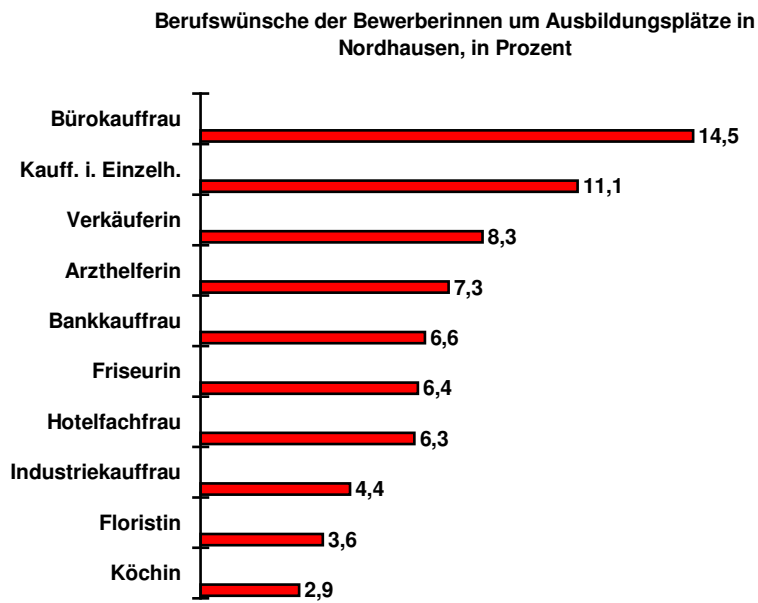
**Übersicht 3:** Angebotsüberhang auf dem Ausbildungsstellenmarkt im Arbeitsamtsbezirk Jena

<b>Berufsklasse</b>	<b>gemeldete BAS</b>	<b>gemeldete Bewerber/ innen</b>	<b>Verh. BAS zu Bewerber/innen 1993/94</b>	<b>Verh. BAS zu Bewerber/innen 1992/93</b>
Zerspanungsmechaniker/in	20	8	2,5:1	1,0:1,7
Konstruktionsmechaniker/in	16	5	3,2:1	3,2:1
Schlosser/in, Metallbauer/in	44	15	3,0:1	2,4:1
Werkzeugmechaniker/in	10	4	2,5:1	3,0:1
Elektroinstallateur/in	131	88	1,5:1	1,4:1
Energieelektroniker/in	20	6	3,4:1	2,0:1
Fleischer/in	41	20	2,0:1	2,0:1
Fachverkäufer/in Nahrungsmittelhw.	73	29	2,5:1	1,5:1

Quelle: BBS Jena 1994; BAS: Berufsausbildungsstellen

In den Bauberufen (Maurer, Hochbaufacharbeiter, Zimmerer) und einigen Dienstleistungsberufen (Kaufmann/frau im Einzelhandel, Koch/Köchin, Hotel und Gaststättenberufe) befindet sich das Verhältnis von gemeldeten Berufsausbildungsstellen zu gemeldeten Bewerber/innen im Arbeitsamtsbezirk Jena auf hohem Niveau in einem relativen Gleichgewicht. Quantitativ etwas weniger relevant, aber gleichfalls mehr oder weniger im Ausgleich von Angebot und Nachfrage, sind Berufe wie Zahnarthelfer/in, Kaufmann/frau im Groß- und Außenhandel und Bäcker/in bzw. Konditor/in. Eine detailliertere Analyse der Berufswünsche und Angebots-Nachfrage-Relationen unter geschlechtsspezifischen Aspekten ist für Jena aufgrund der fehlenden Datenbasis nicht durchführbar. Insofern kann an dieser Stelle nur auf Zahlen, die sich auf ganz Ostdeutschland beziehen, zurückgegriffen werden. Das dabei zu gewinnende Bild dürfte aufgrund der Überregionalität der Beeinflussungsfaktoren auch für Jena Gültigkeit besitzen. Rund ein Drittel der in einem Betrieb lernenden jungen Männer absolvierte im November 1993 eine Ausbildung in einem Bauberuf, 30 Prozent erlernten einen Metall- und 18 Prozent einen Elektroberuf. Hochkonzentriert ist die Ausbildung auch bei den jungen Frauen: Ein Viertel absolvierte die Lehre in einem Organisations-, Verwaltungs- oder Büroberuf, ein Fünftel in Verkaufsberufen und jeweils weitere 11 Prozent lernten Bank- oder Verkaufsfrauen sowie Friseurin. "Gewerblich-technische Ausbildungsberufe sind bei der betrieblichen Ausbildung junger Frauen kaum mehr vertreten" (Schober 1994c, 7).

Graphik 1:

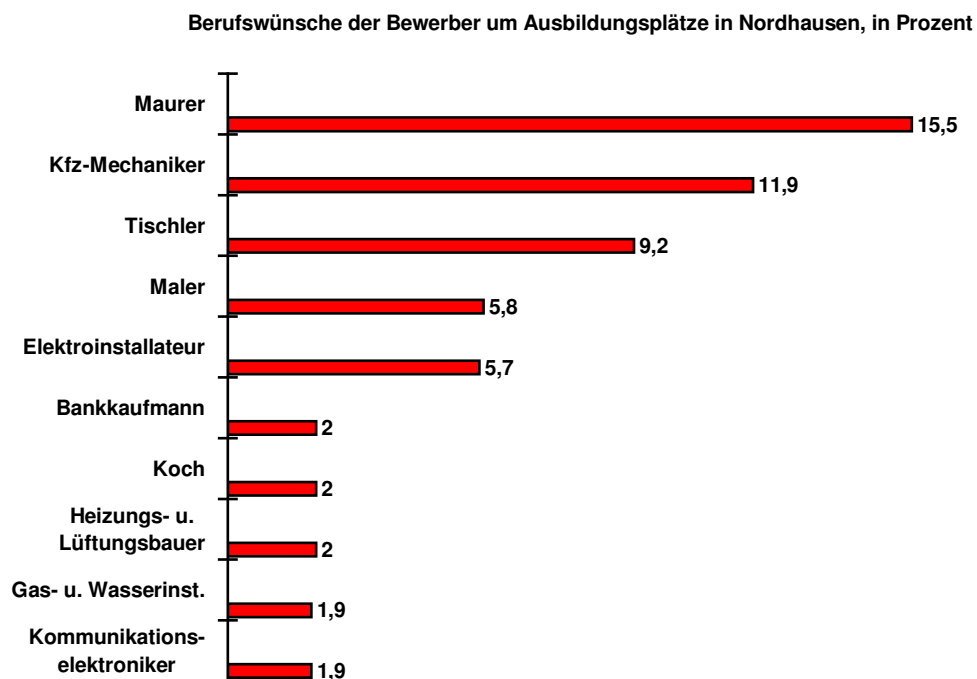


Quelle: BBS Nordhausen 1994

Im Gegensatz zu Jena liegt für den Arbeitsamtsbezirk **Nordhausen** inklusive seiner vier Dienststellen eine geschlechtsspezifisch differenzierte Aufschlüsselung der von den 4.018 Bewerber/innen im Berufsberatungsjahr 1993/94 gegenüber dem Arbeitsamt geäußerten Berufswünsche vor. Graphik 1 belegt, daß die jungen Frauen in Nordhausen ganz eindeutig eine Ausbildung im Dienstleistungsbe-  
reich bzw. in den freien Berufen bevorzugen. Relativ weit abgeschlagen, an 8. Stelle, rangiert eine kaufmännische Ausbildung im industriellen Bereich (Industriekauffrau). Da in diesen, von den jungen

Frauen angestrebten, typisch weiblichen Berufen besonders viele Ausbildungsplätze fehlen, mündeten nur 40 Prozent der weiblichen Bewerber in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis ein (vgl. unten).

Graphik 2:



Quelle: BBS Nordhausen 1994

Das große Interesse junger Männer an einem Ausbildungsplatz im Baugewerbe - im übrigen typisch in Krisenzeiten - scheint die obige Annahme zu bestätigen, daß die Berufswünsche sich stark an den institutionellen Chancen ihrer Entfaltung und Befriedigung orientieren, d.h. an den wirtschaftlichen Wachstumsdaten und den daraus sich ergebenden Beschäftigungsperspektiven. Beide sind bekanntermaßen im Baugewerbe z.Z. gut. Demgegenüber sind die Ausbildungsberufe im gewerblich-technischen Bereich, das zeigt Graphik 2, weit weniger gefragt und rangieren daher - mit Ausnahme des Ausbildungsberufs Kfz-Mechaniker - am Ende der Hitliste.

Setzt man nun die geäußerten Berufswünsche der Jugendlichen in Nordhausen in bezug zum vorhandenen Angebot an Berufsausbildungsstellen (siehe Übersicht 4) zeigt sich ein krasses Mißverhältnis. In 2/3 der von den jungen Frauen als "Traumberuf" angegebenen Berufsklassen existiert ein Nachfrageüberhang. Lediglich der an 10. Stelle genannte Beruf Köchin weist einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf (für die Berufe Verkäuferin und Industriekauffrau existieren keine Zahlen zum Angebot an BAS). Während sich das Verhältnis von Berufsausbildungsstellen zu Bewerber/innen in den von jungen Frauen am häufigsten genannten Berufen, der Kauffrau für Bürokommunikation und der Kauffrau im Einzelhandel, mit Werten von 1:1,8 bzw. 1:1,4 noch erträglich gestaltet, sieht es im Bereich Arzthelferin und Bankkauffrau (auf der Hitliste der gewünschten Berufe Rang 4 und 5) mit Verhältniszahlen von 1:7,7 und 1:15,8 weitaus schlechter aus. Hier gilt es, 8 bzw. 16 Bewerber/innen aus dem Rennen zu schlagen, um im gewünschten Beruf ausgebildet zu werden. Die Freiheit der Berufswahl ist hier nicht mehr gewährleistet. Im übrigen weist die Region Nordhausen gerade in den beiden letztgenannten Berufen ein deutlich schlechteres Verhältnis von Bewerber/innen zu Ausbildungsplätzen auf als der Arbeitsamtsbezirk Jena.

**Übersicht 4:** Nachfrageüberhang auf dem Ausbildungsstellenmarkt im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen

Berufsklasse	gemeldete BAS	gemeldete Bewerber/innen	Verh. BAS zu Bewerber/innen 1993/94	Verh. BAS zu Bewerber/innen 1992/93
Kraftfahrzeugmechaniker/in	120	240	1:2,0	1:2,5
Zahntechniker/in	6	38	1:6,3	1:6,6
Kommunikationselektroniker/in	3	39	1:13	0:34 <sup>1)</sup>
Radio- und Fernstechniker/in	3	9	1:3,0	1:3,0
Chemielaborant/in	2	5	1:2,5	1:2,5
Bauzeichner/in	38	65	1:1,7	1:1,5
Bankkaufmann/frau	11	174	1:15,8	1:6,9
Florist/in	11	73	1:6,3	1:6,5
Datenverarbeitungskaufmann/frau	1	10	1:10	1:1,3
Kaufmann/frau für Bürokomm.	164	291	1:1,8	1:1,8
Verwaltungsfachangestellte/r	22	83	1:3,7	1:1,5
Rechtsanwalts-, Notargehilfe/in	11	49	1:4,5	1:2,5
Fachgehilfe im Steuer- u. Wirts.b.	21	54	1:2,6	1:3,4
Arzthelfer/in	19	147	1:7,7	1:4,8
Friseur/in	28	129	1:4,6	1:3,5
Hotelfachmann/frau	23	127	1:5,5	1:4,5
Hauswirtschaftler/in	5	51	1:10	1:10,1

1) 1992/93 wollten 34 Jugendliche diesen Beruf erlernen, jedoch waren keine BAS vorhanden.

Quelle: BBS Nordhausen 1994; BAS: Berufsausbildungsstellen

Ganz anders die Lage bei den jungen Männern in Nordhausen. Der am häufigsten gewünschte Beruf ist der des Maurers. 1993/94 wollten 314 junge Männer diesen Beruf erlernen (der Zugang zum Beruf des Maurers ist noch heute ausschließlich Männern vorbehalten, vgl. Johannson/Schuler 1994, 61). Ihnen standen 273 Berufsausbildungsstellen gegenüber, somit existierte ein beinahe ausgeglichenes Verhältnis. Unter den ersten fünf von den Männern genannten "Traumberufen" - Maurer, Kfz-Mechaniker, Tischler, Maler und Elektroinstallateur - weist die Sparte Kfz-Mechaniker mit einer Relation BAS zu Bewerber/innen von "nur" 1:2 das schlechteste Verhältnis auf. Die Chancen, den jeweiligen "Traumberuf" zu erlernen, sind somit für die jungen Männer in Nordhausen eindeutig größer als für die jungen Frauen, zumal bei den von den Männern geäußerten Berufswünschen in einem Drittel der Fälle ein ausgeglichenes Verhältnis von BAS zu Bewerber/innen existiert. Zwar ist auch bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ausbildungsplätzen zu Bewerber/innen nicht unbedingt Wahlfreiheit gewährleistet, aber die Lage doch deutlich entspannter.

Bleibt noch hinzuzufügen, daß sich das Angebots-Nachfrage-Verhältnis in Nordhausen in einigen Berufen (bei 41 Prozent der unter Übersicht 4 aufgeführten Berufe) deutlich zum

Nachteil der Jugendlichen verschlechtert hat; dies z.B. besonders drastisch im Bankenbereich und bei den Datenverarbeitungskaufleuten. Signifikant verbessert hat sich die Lage nach den vorliegenden Daten lediglich bei den Fachhilfen im Steuer- und Wirtschaftsbereich. Im Vergleich zu Jena weist der Ausbildungsstellenmarkt im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen offenbar eine etwas geringere Dynamik auf, denn die Verhältniswerte bei den unter Nachfrageüberhang aufgelisteten Berufen haben sich im Vorjahresvergleich nur in rund 18 Prozent der Fälle verbessert (Jena 47 Prozent), sind jedoch in rund 40 Prozent der Fälle konstant geblieben (Jena ein Drittel). Aber auch hier bedeutet eine Verbesserung nicht viel, da eine Entwicklung von einem Verhältniswert von z.B. 0:34 zu 1:13 (Kommunikationselektroniker/in) zwar ein statistisch signifikanter Unterschied ist, real jedoch kaum eine spürbare Verbesserung ausmacht.

Abgesehen davon, daß die Verhältniswerte (BAS zu Bewerber/innen) in Nordhausen signifikant höher liegen als in Jena, das Verhältnis Bewerber/innen zu Ausbildungsplätzen also deutlich schlechter ist, präsentiert sich in Nordhausen strukturell gesehen ein mit Jena vergleichbares Bild. Während in den Bau- und Baunebenberufen ein tendenzieller Ausgleich zwischen gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen und gemeldeten Bewerber/innen existiert, kann dies auch hier von den kaufmännischen Berufen, Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen sowie der Mehrzahl der Dienstleistungsberufe nicht behauptet werden. Wie in Jena kann auch für Nordhausen im Bereich der gewerblich-technischen Berufe - mit einigen (wichtigen) Ausnahmen - ein ausreichendes, tendenziell sogar ein Überangebot an Ausbildungsstellen konstatiert werden. Das zurückbleibende Interesse an bestimmten gewerblich-technischen Berufen (Industriemechaniker, Werkzeugmechaniker) wurde auch vom Arbeitsamt Nordhausen mit einem tiefverankerten Mißtrauen diesen Berufen gegenüber erklärt.

**Übersicht 5:** Angebotsüberhang auf dem Ausbildungsstellenmarkt im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen

Berufsklasse	gemeldete BAS	gemeldete Bewerber/-innen	Verh. BAS zu Bewerber/innen 1993/94	Verh. BAS zu Bewerber/innen 1992/93
Zerspanungsmechaniker/in	5	1	5,0:1	1,2:1
Konstruktionsmechaniker/in	30	8	3,7:1	6,5:1
Schlosser/in, Metallbauer/in	39	28	1,4:1	1,7:1
Werkzeugmechaniker/in	14	1	14,0:1	4,5:1
Industriemechaniker/in	62	38	1,6:1	1,2:1
Technische/r Zeichner/in	14	7	2,0:1	1,7:1
Fleischer/in	39	17	2,3:1	1,5:1
Fachverkäufer/in Nahrungsmittelhw.	78	18	4,3:1	2,4:1

Quelle: BBS Nordhausen 1994; BAS: Berufsausbildungsstellen

**Zusammenfassend** kann festgehalten werden, daß das Ausbildungsstellenangebot in beiden Arbeitsamtsbezirken zu gering ist und eine den Wünschen der Jugendlichen nicht entsprechende Struktur aufweist. Für den Bezirk Nordhausen konnte nachgewiesen werden, daß junge Frauen deutlich stärker von dieser schlechten Ausgangssituation betroffen sind als junge Männer. Für Jena liegen für diesen Nachweis zwar die notwendigen Daten nicht vor, allerdings kann von ähnlichen geschlechtsspezifischen Berufspräferenzen und damit - aufgrund der Ausbildungsstellenstruktur - von einer vergleichbaren Diskriminierung ausgegangen werden. Diese Angebots-Nachfrage-Relationen ziehen folgende Verwerfungen nach sich:

- o Viele Jugendliche erhalten keine Berufsausbildung im dualen System.

- o Viele Jugendliche können ihren Berufswunsch nicht realisieren. Karen Schober vom IAB betont, daß nur gut die Hälfte der Jugendlichen in den neuen Ländern einen Ausbildungsplatz erhält, der dem eigenen Wunschberuf entspricht. "Junge Frauen müssen hier deutlich höhere Abstriche machen" (Schober 1994c, 17).
- o Die Heranwachsenden sehen sich aufgrund der strukturellen Bedingungen gezwungen, sich in z.T. unattraktiven, eventuell wenig zukunftssicheren Fertigungs- oder Dienstleistungsberufen zu bewerben, da sie sich dort bessere Einmündungschancen versprechen.
- o Die tatsächlich existente Berufsstruktur und damit in der Folge das sich daran orientierende Berufswahl- und Bewerbungsverhalten der Jugendlichen weicht (zwangsläufig) teilweise erheblich von westdeutschen Verhältnissen ab.
- o Die Eingliederungschancen insbesondere für Mädchen, behinderte oder beeinträchtigte Jugendliche sowie Schulabgänger/innen mit Hauptschulabschluß gestalten sich vor dem Hintergrund der Angebotslücke auf dem Ausbildungsstellenmarkt ausgesprochen schwierig (siehe unten).

Mit dem Arbeitsamt Jena kann daher resümiert werden: "Weit auseinander driften Angebot und Nachfrage vielfach unter berufsfachlicher Hinsicht, denn die Nachfrage der Jugendlichen hat sich der in den alten Bundesländern weitgehend angeglichen (...). Das strukturelle Angebot an Berufsausbildungsstellen folgt dieser Nachfrageentwicklung nicht" (BBS Jena 1994, 7). Mit anderen Worten: die Ausbildungsstellenstruktur ist z.T. "konservativer" als die Berufswunschstruktur der an einer dualen Ausbildung interessierten Jugendlichen, d.h. die Berufswünsche der Jugendlichen weichen von der Struktur des Ausbildungsplatzangebotes ab und orientieren sich offenbar (bewußt oder unbewußt) stärker an derzeitigen und auch zukünftigen Arbeitsplatz- und Tätigkeitsstrukturen - ein aus dem Westen bekannter Vorgang.

## 2.2. Schulische Qualifikationsstruktur

Mit der Planwirtschaft der DDR ist auch die staatliche Lenkung der Bildungs- und Berufswahl verschwunden. Sie wurde ersetzt durch die "Steuerung des Marktes". Gesetzliche Grundlagen, institutionelle Rahmenbedingungen, Schulformen, Lehrinhalte, Bildungswege und -abschlüsse wurden fast übergangslos von West- nach Ostdeutschland exportiert. Dies traf unvorbereitete Jugendliche, Eltern, Lehrer/innen und Betriebe, führte zu bis heute existenten Informationsdefiziten und Verunsicherungen. Mit den institutionellen, schulischen und beruflichen Rahmenbedingungen scheinen gleichzeitig auch die westdeutschen Orientierungsmuster und -zwänge gen Osten ausgedehnt worden zu sein, denn sie gleichen sich schnell an eben diese westdeutschen Verhältnisse an. Die in den Jugendstudien der 80er Jahre ermittelte Dominanz sinnhaft-subjektbezogener Arbeitsorientierungen gegenüber einem materiell-reproduktionsbezogenen Arbeitsverständnis (vgl. Baethge u.a. 1989) findet sich inzwischen auch in den neuen Bundesländern. Im Osten Deutschlands wird diese Orientierung offensichtlich durch das Verlangen nach einer sozialen Dimension im Beruf ergänzt und zugespitzt (vgl. Schober 1994c, 12).

Parallel dazu hat sich auch die Bildungsbeteiligung in den neuen Ländern rasch westdeutschen Verhältnissen angeglichen, die sich vor allen Dingen im Trend zu formaler Höherqualifizierung niederschlägt. Die vom Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt aufgezwungene und internalisierte Logik ist dabei eindeutig: Obwohl man *mit dem* Abitur noch keine Lehr- oder Arbeitsstelle sicher hat, kann man sich *ohne* Abitur kaum noch eine Chance auf beiden Märkten, schon gar nicht in begehrten und attraktiven Berufen, ausrechnen. Zwar zeichnet sich in den neuen Bundesländern noch kein stabiler Trend ab, aber es planen inzwischen nur noch rund ein Drittel der Abiturienten und Abiturientinnen den unmittelbaren Übergang vom



Abitur ins Studium (im November 1991 waren es noch rund 55 Prozent gewesen). Statt dessen strebt ein größerer Anteil in eine duale Ausbildung (Schober 1994c, 15).

Die im Vergleich zu den Männern schlechteren Chancen von jungen Frauen auf dem Ausbildungsstellenmarkt schlagen sich bereits in deren Bildungs- bzw. Berufswahlabsichten nieder, denn es streben deutlich weniger junge Frauen als Männer eine betriebliche Berufsausbildung an (vgl. BfA 1994, 38).

**Übersicht 6:** Angestrebte Schulabschlußart der Bewerber/innen im Berufsberatungsjahr 1993/94 in den Arbeitsamtsbezirken Jena und Nordhausen sowie schulische Vorbildung der Azubis im Westen 1990, in Prozent

angestrebter Schulabschluß	Jena		Nordhausen	Westdeutschland
	1993/94	Vorjahr	1993/94	1990
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	17,1	12,7	10,0	14,2
Realschulabschluß	48,9	53,4	zus. ca. 75,0	42,1
Hauptschulabschluß	25,4	23,6		43,7 <sup>1)</sup>

1) inklusive BVJ und BGJ

Quelle: BBS Jena 1994, 5; BBS Nordhausen 1994, 2 und Tessaring 1993, 138

Eine exakte Differenzierung der Bewerber/innen um BAS nach den von ihnen angestrebten Schulabschlüssen vor der Einmündung in die Berufsausbildung liegt nur für den Arbeitsamtsbezirk Jena vor, während für die Region Nordhausen nur mit ungefähren Angaben des Arbeitsamtes aufgewartet werden kann. Zu Übersicht 6 muß für den Arbeitsamtsbezirk Nordhausen hinzugefügt werden, daß sich 342 Schulabgänger/innen, das sind 8,5 Prozent aller Bewerber/innen, ohne einen Hauptschulabschluß, aber mit erfolgreich absolvierter Berufsvorbereitungsmaßnahme bewarben.

Für Jena - und so ist anzunehmen auch für Nordhausen - bestätigen sich also bundesweite Trends. Zum einen sind die schulischen Biographien der Personen, die in das duale System einmünden, in den letzten Jahren vielseitiger geworden. Abgesehen von zahlreichen - mehr oder weniger freiwillig gewählten - Möglichkeiten der Vorschaltung von Bildungsmaßnahmen (BVJ, BGJ usw.), drückt sich dieser Variantenreichtum vor allem in der Verschiebung der Gewichte zwischen Haupt-, Realschule und Gymnasium aus. Für Jena bedeutet dies, daß inzwischen jede/r 6. Bewerber/in das Abitur besitzt. Für die alten Bundesländer wird unterstellt, daß der steigende Anteil von Realschüler/innen und Gymnasiast/innen in der betrieblichen Berufsausbildung (vgl. dazu Tessaring 1993, 137 ff.) u.a. auch ein Ergebnis des Trends zu höheren Anforderungen an die Eingangsqualifikation für die betriebliche Ausbildung ist. Ob dies für die neuen Länder ebenfalls gilt, läßt sich an dieser Stelle nicht beantworten.

Unzweifelhaft ist hingegen, daß der in der ehemaligen DDR neu eingeführte Hauptschulabschluß von der ostdeutschen Bevölkerung nicht angenommen wird. Ähnlich wie im Westen, wo der Hauptschulabschluß nach der Bildungsexpansion der 60er und 70er Jahre und durch neue wie alte Selektionskriterien des Arbeitsmarktes "historisch in die Nähe zum Analphabentum" gerückt wurde (Beck 1986, 245), gilt der Hauptschulabschluß auch im Osten Deutschlands im Bewußtsein von Jugendlichen, Eltern wie Betrieben als ein "Schulabschluß für Lernschwächere - vergleichbar dem früheren 8.-Klasse-Abschluß in der DDR" (Schober 1994b, 117). Von beiden Arbeitsämtern wurde im Interview bestätigt, daß man sich in der Vermittlung von Hauptschulabgänger/innen - zum Teil wurden sie in einem Atemzug mit Sonderschüler/innen genannt - sehr schwer tue. Dieser Umstand hat dazu geführt, daß in der

Durchführungsanweisung der Bundesanstalt für Arbeit zu § 2 Anordnung über die Förderung der Berufsausbildung geregelt ist, daß Hauptschulabgänger/innen mit Abschluß in den neuen Ländern nicht nur - wie in den alten Bundesländern - ausnahmsweise, sondern generell zum anspruchsberechtigten Personenkreis gehören. Während also nach § 2 Anordnung über die Förderung der Berufsausbildung in Abs. 1 Nr. 2 u.a. nur von Hauptschulabgänger/innen ohne Abschluß als förderungsfähige Personengruppe die Rede ist, zählen abweichend davon laut der Durchführungsanweisung der BfA in den neuen Bundesländern auch die Schulabgänger/innen *mit* Abschluß zum förderungsfähigen Personenkreis.

Während man im Westen der Bundesrepublik - so die Arbeitsämter in Jena und Nordhausen - in manchen Regionen und manchen Berufen jeden "halbwegs selbständig und vernünftig", also "ausbildungsfähig" erscheinenden Bewerber akzeptiere, sei die Situation in den beiden Arbeitsamtsbezirken aufgrund des Bewerber/innen-Überhanges so, daß sich die Arbeitgeber die "crème de la crème" aussuchen könnten. Neben dem Schulabschluß und den Schulnoten sei dabei entscheidend, daß der/die Bewerber/in einen "pflegeleichten" Eindruck mache. Die marktabhängige Grenze, ab der das Arbeitsamt eingreifen müsse, verschiebe sich somit deutlich. Dementsprechend münde laut Arbeitsamt Jena sogar ein beträchtlicher, leider nicht quantifizierbarer Anteil von Gymnasiast/innen in die außerbetriebliche Ausbildung nach GIO. Vom Arbeitsamt Nordhausen wurde darauf hingewiesen, daß ein Teil der Hauptschüler/innen nur dadurch zu betrieblichen Ausbildungsplätzen gelange, weil manche Betriebe sich mit ihrer Auswahl unter den Bewerber/innen zu lange Zeit ließen. Wer jedoch erst im August eines Jahres entscheide, wen er in ein Ausbildungsverhältnis aufnehmen wolle, müsse z.T. mit den formal weniger Hochqualifizierten Vorlieb nehmen. Wie im Westen, so steht daher zu vermuten, scheint sich auch im Osten der Ausbildungsstellenmarkt für Hauptschulabgänger/innen soweit zu verengen, daß sich ihnen ausreichende Chancen auf eine Lehrstelle nur noch im Handwerk - noch dazu in eher unattraktiven Berufen (Metzger/in, Bäcker/in) - und in den gewerblichen Berufen bieten. "Der Gang durch die Hauptschule wird zur Einbahnstraße in die berufliche Chancenlosigkeit" (Beck 1986, 245).

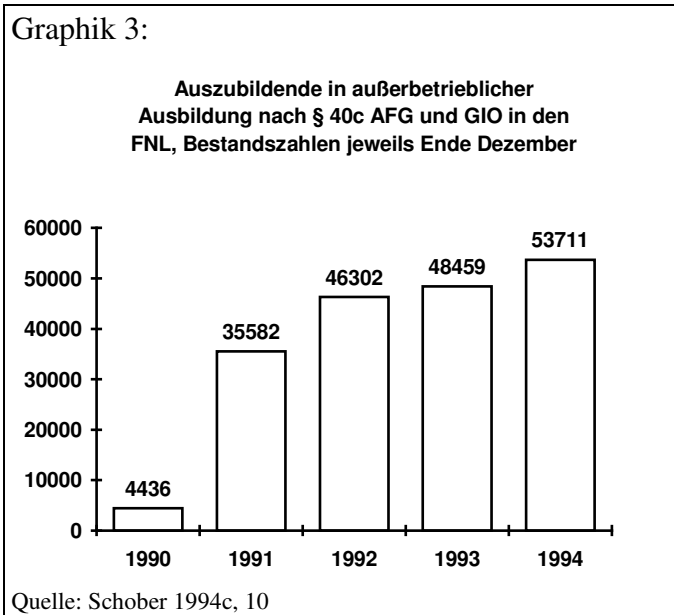
### **2.3. Das regionale betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsplatzangebot**

Während in den alten Bundesländern ein - drastisch abnehmendes - Überangebot an Ausbildungsstellen existiert, ist in den **neuen Ländern** in den vergangenen Jahren ein Nachfrageüberhang festzustellen. Den 171.103 Bewerber/innen um einen Ausbildungsplatz in den neuen Bundesländern standen 1994 nur 87.529 betriebliche Berufsausbildungsstellen gegenüber, d.h., es blieb eine Lücke von 83.574 Stellen (DGB 1994a). Mit anderen Worten: Nur jeder zweite Jugendliche im Osten konnte sein Ziel, den Beginn einer betrieblichen Berufsausbildung, realisieren. Ursächlich verantwortlich für diesen Nachfrageüberhang dürfte die Deindustrialisierung, der damit verbundene Beschäftigungsabbau und die reduzierte Ausbildungsneigung der Betriebe sein.

Aus diesem Grunde ist die duale Berufsausbildung in den neuen Ländern in beträchtlichem Umfang auf öffentliche Unterstützung angewiesen, d.h. im Gegensatz zu West- weist Ost-

deutschland einen sehr hohen und wachsenden Anteil von Ausbildungsplätzen in außerbetrieblichen Einrichtungen<sup>1</sup> auf.

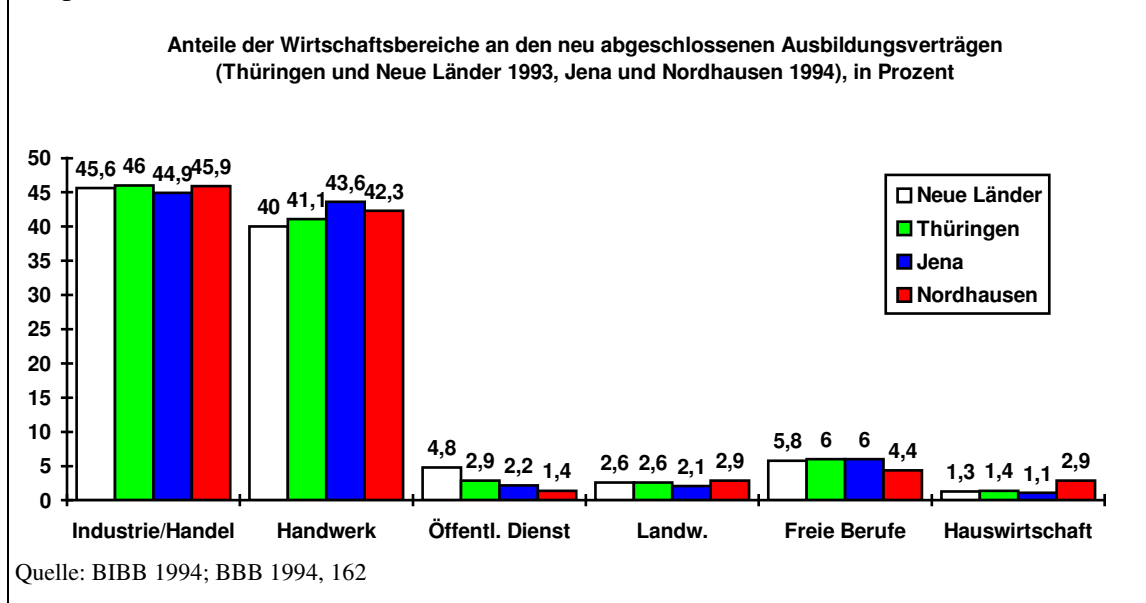
Im Jahr 1991 wurden bei den Arbeitsämtern in den neuen Ländern nur für 43 %, 1992 für 54 %, 1993 für 58 % und 1994 wiederum nur für 51 % der Bewerber/innen betriebliche Lehrstellen angeboten. Der im Jahre 1993 gekippte Aufwärtstrend scheint dabei wesentlich auch durch die Reduktion der Ausbildungsquote bei Ex-Treuhand-, inzwischen aber privatisierten Betrieben von 6,9 % auf 4,8 % zurückführbar zu sein (vgl. Schober 1994c, 5). Hohe Bedeutung für die Entwick-



lung der betrieblichen Ausbildung haben inzwischen Betriebsneugründungen. Im Ausbildungsjahr 1993/94 absolvierte rund ein Viertel der Auszubildenden in den neuen Ländern mit betrieblichem Ausbildungsverhältnis die Lehre in einem nach 1989 gegründeten Betrieb, gegenüber 5 Prozent 1991 (Schober 1994c, 7). Zwar liegen diesbezüglich keine arbeitsamtsspezifischen Daten vor, aber zumindest für den Bezirk Jena kann Ähnliches unterstellt werden (siehe Kap. 3.1). Bevor detaillierter auf die jeweilige Ausbildungsplatzsituation in den beiden Arbeitsamtsbezirken Jena und Nordhausen eingegangen wird, soll an dieser Stelle ein kurzer Überblick über die Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen gegeben werden. Da für alle neuen Länder und das Bundesland Thüringen nur Daten für 1993 vorliegen, ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt. Offenbar weicht jedoch der Arbeitsamtsbezirk Jena weniger stark von FNL- und landesweiten Strukturen ab als der Bezirk Nordhausen, denn die Anteile des öffentlichen Dienstes und der Freien Berufe an der Ausbildungsleistung insgesamt liegen in Nordhausen deutlich unter landesweiten, die Anteile der Landwirtschaft deutlich über landesweiten und FNL-Werten.

<sup>1</sup> Vielfach wird über- und außerbetriebliche Ausbildung synonym gesetzt, so durch die Arbeitsämter. Ihre grundlegende Gemeinsamkeit besteht darin, daß sie neben den Lernorten Betrieb und Berufsschule existieren. Sie unterscheiden sich jedoch darin, daß die überbetriebliche Ausbildung die betriebliche Ausbildung subsidiär ergänzt, während die außerbetriebliche Ausbildung diese ersetzt.

Graphik 4:



Zu bemerken ist an dieser Stelle folgendes: Die Zahl der den Arbeitsämtern 1994 gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen ist - da es sich um Geschäftsstatistiken handelt - nicht identisch mit den tatsächlich neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Letztere Zahl liegt für Jena unter ersterer, für Nordhausen darüber. Dem Arbeitsamt Jena wurden 2.744 (Nordhausen: 2.123) betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet, tatsächlich neu abgeschlossen wurden laut Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) 2.636 Ausbildungsverträge (Nordhausen: 2.353). Obwohl die Kennziffern der Arbeitsämter Jena und Nordhausen vom Landesarbeitsamt auf Nachfrage als falsch klassifiziert wurden - das LAA gibt für Jena 2.664 und für Nordhausen 1.982 besetzbare betriebliche Berufsausbildungsstellen in 1994 bekannt (LAA SAT 1994b) - wird im folgenden überwiegend mit den Zahlen der beiden Arbeitsämter gearbeitet, da z.B. geschlechtsspezifische Differenzierungen nur bezogen auf diese Kennziffern vorliegen.

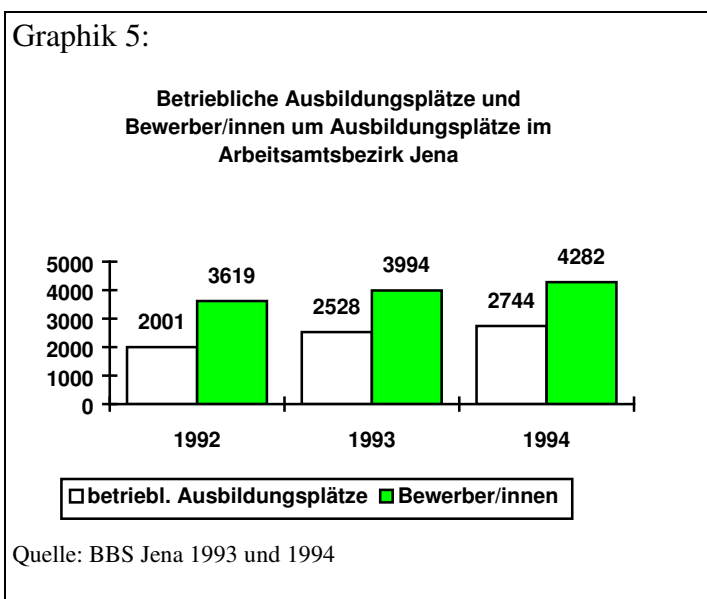
Im Vergleich zum Jahr 1992 ist die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in **Thüringen** im Jahr 1993 um 13,3 Prozent auf 18.059 gewachsen. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche hatten an diesem Zuwachs folgende Anteile: Im Bereich von Industrie und Handel kam es zu einer Steigerung um 22,2 Prozent. Auch das Handwerk weist 1993 gegenüber 1992 eine Steigerung um 22,4 Prozent auf. Die Anteile des öffentlichen Dienstes nahmen um 6,3 Prozent ab, die der Landwirtschaft um 31,3. Auch die Freien Berufe verbüßten 14,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ein. Am gravierendsten jedoch ist die Reduktion im Bereich Hauswirtschaft: 56,7 Prozent, das sind 327 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge weniger als 1992 (BBB 1994, 35). Den Zuwachsraten in Industrie und Handwerk ist es insofern zu verdanken, daß der wachsenden Zahl an Bewerber/innen 1993 auch eine steigende - wenn auch nicht ausreichende - Zahl an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen entsprach. Aufgrund dieser auch für Ostdeutschland insgesamt zutreffenden Charakteristik gilt, daß 1993 rund 50 Prozent der betrieblichen Auszubildenden ihre Lehre in einem Handwerksbetrieb machten. Damit geht einher, daß knapp zwei Drittel der Auszubildenden in den neuen Ländern in Betrieben unter 100 Beschäftigten ausgebildet werden. In dieser Hinsicht hat sich Ostdeutschland an westdeutsche Verhältnisse angeglichen (vgl. Schober 1994c, 6).

Die für den Arbeitsamtsbezirk **Jena** aufgelistete Verteilung der Anteile der Wirtschaftsbereiche an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen sind mangels Datenmaterials nicht im Vorjahresvergleich interpretierbar. Interessant jedoch ist folgender Vergleich: Das Arbeitsamt

Jena schlüsselt in seiner Berufsberatungsstatistik die *gemeldeten* Ausbildungsplätze ebenfalls nach Branchen auf, jedoch wird dort offensichtlich eine vom BIBB abweichende Branchenzuordnung vorgenommen. Der Anteil z.B. des Handwerks an den 2.744 gemeldeten Ausbildungsplätzen beläuft sich mit 1.244 Stellen laut Arbeitsamt Jena auf 37,1 Prozent. Tatsächlich ergibt sich - rechnet man nach - aus diesem Zahlenverhältnis (Ausbildungsplätze im Handwerk zu Ausbildungsplätzen insgesamt) jedoch ein Wert von 45,3 Prozent. Sollte die Vorjahreszahl für das Handwerk stimmen (38,4 Prozent), dann ist dem Arbeitsamt in seiner Einschätzung zuzustimmen, daß "die weitere Stabilisierung des Ausbildungsstellenmarktes [in 1994, MS] ... zu einem erheblichen Teil auf das gesteigerte Ausbildungsengagement des Handwerks" zurückzuführen ist (BBS Jena 1994, 4).

Auch die oben aufgelistete Verteilung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf die Wirtschaftsbereiche in **Nordhausen** stimmt nicht mit den Angaben der Berufsberatungsstatistik des Arbeitsamtes Nordhausen überein. Dort ist zu lesen: "Über die Hälfte der betrieblichen Lehrstellen stellten die Handwerksbetriebe der Region bereit" (BBS Nordhausen 1994, 3). Den Kennziffern des BIBB ist jedoch zu entnehmen, daß nicht über die Hälfte, sondern 42 Prozent der Auszubildenden im Handwerksbereich angesiedelt sind.

In der Broschüre des Arbeitsamtes **Jena**, die die Ergebnisse der Berufsberatung im Berichtszeitraum 1.10.1993 - 30.09.1994 der Öffentlichkeit zugänglich macht, ist zu lesen, daß im vergangenen Jahr "alle Bewerber vermittelt" wurden. Lediglich ein Jugendlicher (ein Spätentschlossener) sei bis dato noch nicht vermittelt worden. Jedoch konnten keineswegs alle Bewerber/innen, die dies wollten, in ein Auszubildendenverhältnis im Dualen System vermittelt werden. Wirft man einen Blick auf das Verhältnis von betrieblichen Ausbildungsplätzen und



Bewerber/innen um dieselben (Graphik 5) wird ersichtlich, daß diese Erfolgsmeldung, die ähnlich auch im Jahre 1993 publiziert wurde, einen verzerrten Eindruck erweckt.

Die nachfolgende Übersicht 7 verdeutlicht zudem, wie der nochmalige Anstieg der Bewerber/innen für eine betriebliche Ausbildungsstelle um 7,2 Prozent im Berufsberatungsjahr 1993/94 in **Jena** aufgefangen wurde. Zwar stieg im Vergleich zum Vorjahr 1994 die Anzahl der zur Verfügung stehenden betrieblichen Ausbildungsstellen stärker als die der Bewerber/innen, nämlich um 8,5

Prozent auf 2.744, das änderte jedoch nichts an dem generellen Zustand einer nicht ausreichenden Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze, eines Nachfrageüberhangs. Vielmehr mündeten letztendlich sogar 4 Prozent weniger Bewerber/innen in eine betriebliche Ausbildung ein als noch im Vorjahr, da nach den Angaben des Arbeitsamtes nur in 2.566 Fällen der 2.744 Meldungen auch tatsächlich ein Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde. Unter Berücksichtigung der etwas günstiger liegenden Zahlen des Landesarbeitsamtes (2.636 besetzbare betriebliche Ausbildungsstellen) reduzierte sich die Einmündungsquote im Vergleich zu 1992/93 immer noch um 2,3 Prozent auf 61,6 Prozent. Die Einschätzung des Arbeitsamtes Jena, der Ausbildungsstellenmarkt habe sich stabilisiert (vgl. BBS Jena 1994, 4), erscheint daher zu optimistisch. Insbesondere da sich der Zuwachs an betrieblichen Ausbildungsstellen im Vergleich zum Anstieg von 1992 auf 1993, ein gutes Viertel, stark

verlangsamt hat. Hier könnte sich ein Sättigungseffekt verbergen, d.h., daß in Zukunft u.U. mit weiter sinkenden Steigerungsraten beim Zuwachs an betrieblichen Ausbildungsstellen gerechnet werden muß.

Insofern konnte auch im vergangenen Jahr für eine relevante Anzahl von Jugendlichen (9,4 Prozent aller Bewerber/innen) der Wunsch, eine duale Berufsausbildung zu beginnen nur ermöglicht werden, indem ein überproportionaler Anstieg an außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen realisiert wurde. Dies, obwohl Jena im Verhältnis betrieblicher Ausbildungsstellen zu Bewerber/innen mit einem Wert von 0,61 - d.h. von 100 Bewerber/innen im Jahr 1994 mündeten in Jena 61 in eine betriebliche Ausbildung - leicht über dem landesweiten Wert für Thüringen (0,59) liegt. Errechnet man den Durchschnittswert für alle neuen Bundesländer (0,51), d.h., daß auf zwei Bewerber/innen eine betriebliche Ausbildungsstelle kommt, wird ersichtlich, daß sich die Situation im Arbeitsamtsbezirk Jena vergleichsweise gut ausnimmt.

**Übersicht 7:** Verbleib der Bewerber/innen um Ausbildungsplätze im Arbeitsamtsbezirk Jena

<b>Merkmal</b>	<b>Berichtsjahr 1993/94 (absolut)</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderungen gegenüber Vorjahr</b>
Bewerber/innen	4.282	3.994	+ 288 (7,2 %)
gemeldete betriebl. Ausbildungsplätze	2.744	2.528	+ 216 (8,5 %)
Einmündung in betriebliche Aus- bildungsstellen	2.566 <sup>1)</sup>	2.533 <sup>1)</sup>	+ 33 (1,3 %)
in Proz. d. Be- werber/innen	59,9	63,9	- 4 %
BAE (insgesamt)	404	223	+ 181 (81,2 %)
in Proz. d. Be- werber/innen	9,4	5,6	+ 3,8 %
dar. § 40c (4) AFG	-	8	- 8
§ 40c (2) AFG	163	147	+ 16 (10,9 %)
GIO 1993 <sup>2)</sup>	58	-	-
GIO 1994	183	68	+ 115 (169 %)

1) Diese Zahlen gibt das Arbeitsamt Jena an (vgl. BBS Jena 1994, 2); neben der Zahl des Landesarbeitsamtes (2.664) und den Daten des BIBB (2.636) für 1994 existiert damit eine dritte, von den beiden anderen abweichende Angabe; außerdem: die Bundesanstalt für Arbeit gibt für 1993 nur 2.322 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge an, also 211 weniger als das Arbeitsamt Jena (vgl. BfA 1995a)

2) Stellen, die von Oktober 1993 bis Ende März 1994 besetzt wurden, Endstand April 1994

BAE: Berufsausbildungsstellen in außerbetrieblichen Einrichtungen

Quelle: Arbeitsamt Jena, eigene Berechnungen

Insgesamt 2.970 Bewerber/innen (69,4 Prozent) erhielten somit in Jena eine betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildungsstelle<sup>2</sup>, während sich die restlichen 30,6 Prozent der Bewerber/innen dafür "entschieden" - so das Arbeitsamt Jena in seiner Veröffentlichung - eine schulische Berufsausbildung zu beginnen (absolut 559, das sind rund 13 Prozent), eine

<sup>2</sup> Der Zuwachs an betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen 1994 - ohne Abzug der Stornierungen und ohne GIO '93 - liegt in Jena im Vorjahresvergleich mit einem Wert von 12,3 Prozent erheblich über dem landesweiten Durchschnitt für Thüringen (5,3 Prozent), aber auch deutlich unter dem Wert für die neuen Bundesländer insgesamt (15,7 Prozent). Der Wert für Nordhausen beträgt 7,7 Prozent (LAA SAT 1994a).

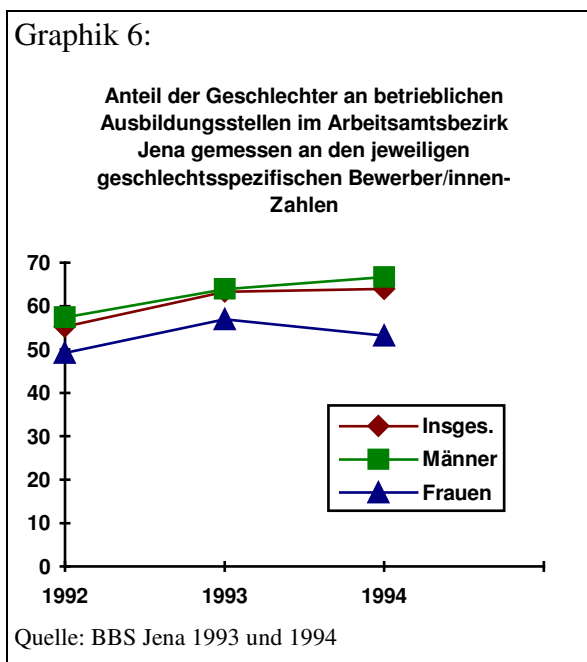
Arbeitsstelle anzunehmen (absolut 179, das sind 4,2 Prozent) oder eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme<sup>3</sup> zu beginnen (absolut 37, das sind 0,9 Prozent). Immerhin 536 Bewerber/innen sind unter sonstigem Verbleib zusammengefaßt (Verbleib in bisheriger Ausbildung, Aufnahme von Wehr- oder Zivildienst oder auch Bewerber/innen, die sich nicht mehr bei der Berufsberatung gemeldet haben).

Betrachtet man den Ausbildungsstellenmarkt in Jena geschlechtsspezifisch, kann zunächst angemerkt werden, daß der Anteil der jungen Frauen an denjenigen, die eine *schulische* Berufsausbildung begannen, mit 64 Prozent sehr hoch liegt. Die von den westdeutschen Ausbildungsstellen- und Arbeitsmärkten her bekannte Dominanz junger Frauen in vollzeitschulischen Ausbildungswegen (in klassischen Frauenberufen im Pflege- und Sozialbereich) findet sich im Osten Deutschlands wieder. Eine ähnliche Überrepräsentation des weiblichen Geschlechts ist auch im Bereich "qualifizierender Moratorien", die der regulären Erstausbildung vorgeschaltet sind, anzutreffen. Die damit für Frauen verbundene strukturelle Diskriminierung wie auch ihre Schlechterstellung in der beruflichen Erstplatzierung hat damit auch im Osten Deutschlands eine Entsprechung (vgl. Meier 1994).

Während der Anteil der Frauen an allen Bewerber/innen in der Region um Jena mit 50,4 Prozent 1994 knapp über dem der Männer lag, erhielten nur 53,2 Prozent der jungen Frauen (gemessen an den 2.156 Bewerberinnen) gegenüber 66,7 Prozent der jungen Männer (gemessen an den 2.126 Bewerbern) eine betriebliche Ausbildungsstelle. Da 1993 noch 57

Prozent der jungen Frauen in eine betriebliche Ausbildung einmündeten, scheint der Anstieg des betrieblichen Ausbildungsstellenangebotes in Jena von 1993 auf 1994 in erster Linie den Männern zugute gekommen zu sein. Die Schere hat sich weiter geöffnet (siehe Graphik 6).

Die in Graphik 6 visualisierten Daten setzen die Geschlechter in bezug zu ihren Anteilen an den Bewerber/innen. Daneben besteht die Möglichkeit, die Geschlechter in bezug zu den in betriebliche Berufsausbildungsstellen eingemündeten Jugendlichen zu setzen. Die 2.566 Bewerber/innen, die laut Arbeitsamt Jena 1994 in eine betriebliche Berufsausbildungsstelle einmündeten, verteilen sich auf die Geschlechter wie folgt: 1.419 Männer (55,3 Prozent) und 1.147 Frauen (44,7 Prozent). Die Vorjahreswerte lauten 54,1 Prozent



Männer und 45,9 Prozent Frauen. Auch hier zeigt sich, daß erstens Frauen in geringerem Umfang betriebliche Ausbildungsstellen erhalten und zweitens ihr Anteil im Vorjahresvergleich sinkt.

Der strukturelle Zuschnitt des Ausbildungssystem mit seinen asymmetrischen Statuszuweisungen qua Geschlecht findet sich auch in Jena - und sicher nicht nur dort. Spezifisch ostdeutsch sind dabei z.T. die Ursachen für die niedrige und im Arbeitsamtsbezirk Jena anscheinend sinkende Bereitschaft der Betriebe, weibliche Azubis einzustellen. Als Grund wird von den Betrieben u.a. der Wunsch nach einer Korrektur von "Fehlentwicklungen"

<sup>3</sup> Daten bezüglich der Integrationschancen von Teilnehmer/innen an berufsvorbereitenden Maßnahmen in die betriebliche oder außerbetriebliche Berufsausbildung existieren offenbar nur für den Westen; siehe dazu sowie zu den generell mit diesen Maßnahmen verbundenen Problemen BLK 1993, 32 ff.

angegeben, die durch das ehemalige staatliche DDR-Berufslenkungssystem entstanden seien. Dieses habe die Betriebe gezwungen, einen bestimmten Anteil von jungen Frauen einzustellen (vgl. Meier 1994).

Dem betrieblichen Ungleichverhältnis in Jena komplementär entsprechend mündeten 1994 mehr Bewerberinnen als Bewerber in eine außerbetriebliche Ausbildungsstelle ein: Bezogen auf die Bewerberinnen insgesamt (2.156) waren es 250 Frauen oder 11,6 Prozent (bei 2.126 männlichen Bewerbern, von denen 154 oder 7,3 Prozent außerbetrieblich versorgt wurden) und bezogen auf die "Außerbetrieblichen" insgesamt (absolut 404; inklusive der Jugendlichen, die bis März 1994 eine außerbetriebliche Lehrstelle fanden und unter GIO 1993 fingieren) beträgt die Frauenquote knapp 62 Prozent (BBS Jena 1994). Zwar ist die weibliche Überrepräsentation in außerbetrieblichen Einrichtungen eine Konsequenz der dezidierten Förderungsabsicht, z.B. der Gemeinschaftsinitiative des Bundes und der neuen Länder (GIO), diese Maßnahme ist jedoch eine politische Reaktion auf die Tatsache, daß der Zugang zu betrieblichen Ausbildungsstellen für Frauen schwieriger als für Männer ist. Hier existiert eine geschlechtsspezifische Benachteiligung seitens des Arbeitsmarktes. Diese horizontale Segregation<sup>4</sup> bereits an der primären Zugangsschwelle zum Arbeitsmarkt wird langfristig wohl mit dazu beitragen, daß die bislang noch günstigere Platzierung ostdeutscher Frauen auf den betrieblichen Hierarchieebenen - 20 Prozent von ihnen gegenüber nur 11 Prozent im Westen arbeiten in Führungspositionen - kaum Bestand haben wird (vgl. Matthies u.a. 1994, 111). Die Region Jena liegt zwar mit einem Frauenanteil von 44,7 Prozent an der betrieblichen Ausbildung in 1994 über dem Durchschnitt der neuen Länder - laut BfA haben die Frauen an der betrieblichen Ausbildung in den FNL noch einen Anteil von rund 38 Prozent im Gegensatz zu 42 Prozent in den alten Bundesländern (BfA 1994, 39) - doch besteht auch hier angesichts sinkender Werte die Gefahr, daß junge Frauen "zunehmend aus betrieblicher Berufsausbildung und qualifizierter, kontinuierlicher Erwerbsarbeit abgedrängt" werden (Schober 1994b, 116).

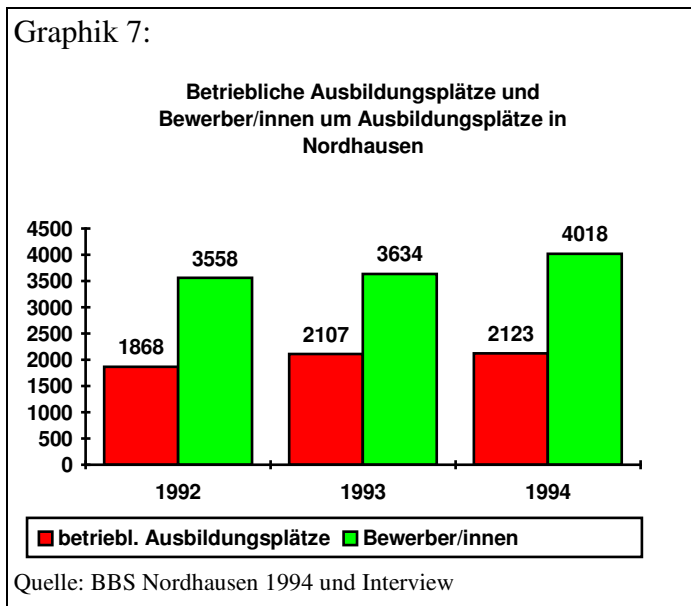
Im Bereich des Arbeitsamtsbezirks **Nordhausen** hat sich im vergangenen Jahr die Angebots-Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsstellenmarkt weiter zu ungunsten der Jugendlichen verschlechtert. Die Bewerber/innen-Zahl stieg im vergangenen Berichtszeitraum 1993/94 um 10,6 Prozent, das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen nahm jedoch um weniger als 1 Prozent zu. Insofern kann für Nordhausen von einer Zuspitzung der ehemals schon schlechten Ausgangslage gesprochen werden.

---

<sup>4</sup> Segregation meint die räumliche Verteilung von Individuen und deren Zugangsmöglichkeiten oder -barrieren zu bestimmten Einheiten (z.B. des Arbeitsmarktes) anhand bestimmter Merkmale wie Geschlecht, Hautfarbe, Nation; zum Begriff vgl. Matthies u.a. 1994, 106



Graphik 7:



Im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen meldeten sich im Berichtszeitraum 1. Oktober 1993 bis 30. September 1994 10,6 Prozent mehr Bewerber/innen als im vergangenen Jahr. Diesen 4.018 Bewerber/innen standen jedoch nur 2.123 gemeldete betriebliche Berufsausbildungsstellen gegenüber. Knapp 15 Prozent der gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen lagen außerhalb des Arbeitsamtsbezirkes. Fast die Hälfte dieser 306 betrieblichen Berufsausbildungsstellen außerhalb des Arbeitsamtsbezirkes befand sich im Raum Niedersachsen (BBS Nordhausen 1994, 3). In Nordhausen weist somit das Verhältnis von Bewerber/innen zu betrieblichen Ausbildungsplätzen mit einem Wert von 0,53 ein Niveau aus, das sich dem Wert für die fünf neuen Bundesländer insgesamt annähert (0,51), unter dem von Thüringen (0,59) und deutlich hinter dem des Arbeitsamtsbezirks Jena (0,61) liegt. Mit anderen Worten: Nordhausen bildet das Schlußlicht. Denn zieht man die eingerechneten 306 Ausbildungsplätze außerhalb des Arbeitsamtsbezirkes Nordhausen ab, ergibt sich ein Wert von 0,45, d.h., nicht einmal jeder zweite Jugendliche konnte im vergangenen Jahr eine *betriebliche* Berufsausbildung in der Region Nordhausen beginnen.

Unter Berücksichtigung der Zahlen des LAA errechnet sich, daß im Vorjahresvergleich 1994 1,7 Prozent mehr Bewerber/innen in die betriebliche Ausbildung einmündeten (siehe Übersicht 8). Der beträchtliche Anstieg der Bewerber/innen-Zahlen konnte letztendlich jedoch nur durch eine drastische Aufstockung des Angebotes an außerbetrieblichen Stellen aufgefangen werden. Wie in Jena verlangsamten sich auch in Nordhausen die Zuwachsraten des Angebotes an betrieblichen Ausbildungsstellen: Während von 1992 auf '93 ein Zuwachs um 12,8 Prozent zu verzeichnen war, betrug dieser von 1993 auf '94 nur noch 0,76 Prozent. Folglich liegt in Nordhausen die Quote derjenigen, die nur über einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz ins duale System einmünden konnten - gemessen an allen Bewerber/innen - mit 14,9 Prozent wesentlich höher als in Jena (9,4 Prozent). Dieser Personenkreis hat im Vorjahresvergleich um knapp 5 Prozent zugenommen.

**Übersicht 8:** Verbleib der Bewerber/innen um Ausbildungsplätze im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen

<b>Merkmal</b>	<b>Berichtsjahr 1993/94 (absolut)</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderungen gegenüber Vorjahr</b>
Bewerber/innen	4.018	3.634	+ 384 (10,6 %)
gemeldete betriebl. Ausbildungsplätze	2.123	2.107	+ 16 (0,76 %)
Einmündung in betriebliche Aus- bildungsstellen	1.982 <sup>1)</sup>	1.730 <sup>1)</sup>	+ 252 (14,6 %)
in Proz. d. Be- werber/innen	49,3	47,6	+ 1,7 %
BAE (insgesamt)	600	372	+ 228 (61,3 %)
in Proz. d. Be- werber/innen	14,9	10,2	+ 4,7 %
dar. § 40c (4) AFG	-	51	- 51
§ 40c (2) AFG	216	108	+ 108 (50 %)
GIO 1993 <sup>2)</sup>	111	-	-
GIO	273	213	+ 60 (28,2 %)

Quelle: Arbeitsamt Nordhausen, eigene Berechnungen

1) Diese Zahlen gibt das Landesarbeitsamt an; der 1993er Wert liegt 318 Stellen unter dem, den die Bundesanstalt für Arbeit angibt (2.048 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, vgl. BfA 1995a); da jedoch von der BfA keine Angaben für 1994 vorliegen, wird hier auf die LAA-Zahlen zurückgegriffen

2) Stellen, die von Oktober 1993 bis Ende März 1994 besetzt wurden, Endstand April 1994

BAE: Berufsausbildungsstellen in außerbetrieblichen Einrichtungen

In der Nordthüringer Region gelang es ca. 2/3 der Jugendlichen eine betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildungsstelle zu erhalten. In Jena umfaßte dieser Personenkreis knapp 70 Prozent. Immerhin 734 Jugendliche (18,3 Prozent der Bewerber/innen) aus Nordhausen sahen sich gezwungen bzw. "entschlossen sich" (BBS Nordhausen 1994), eine weitere Schule zu besuchen (607 Bewerber/innen), um einen schulischen Berufsabschluß oder das Abitur zu erreichen, bzw. sich auf eine Erstausbildung im nächsten Jahr vorzubereiten (127 Bewerber/innen). Weitere 540 Bewerber/innen mündeten entweder direkt in ein Arbeitsverhältnis ein (insgesamt 43 Personen) oder entschieden sich für ein soziales Jahr bzw. rangieren unter sonstigem Verbleib.

Anhand der Daten des Arbeitsamtes Nordhausen lassen sich folgende geschlechtsspezifischen Verhältnisse ermitteln: Von den 2.015 männlichen Bewerbern erhielten 1.282, also 63,6 Prozent, einen betrieblichen Ausbildungsplatz, wohingegen von den 2.003 weiblichen Bewerbern lediglich 841, das sind 42 Prozent, die gleiche Chance erhielten. Damit ist die Schlechterstellung des weiblichen Geschlechts in Nordhausen noch markanter als in Jena.

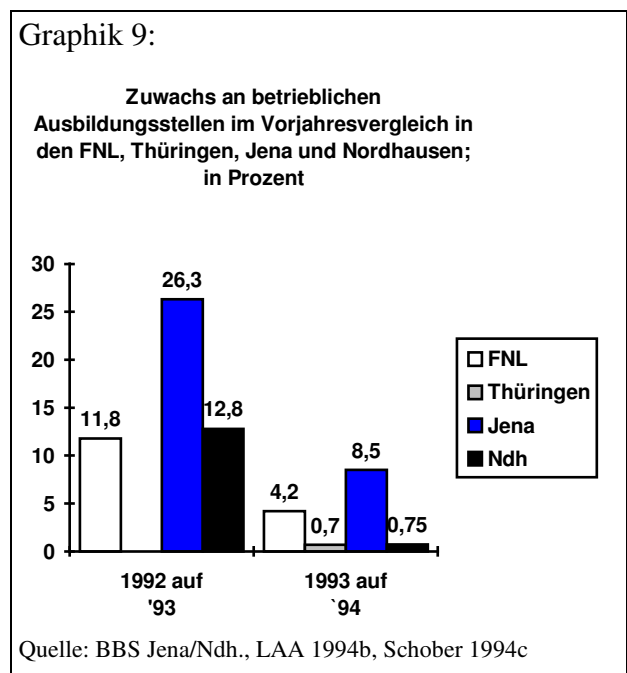
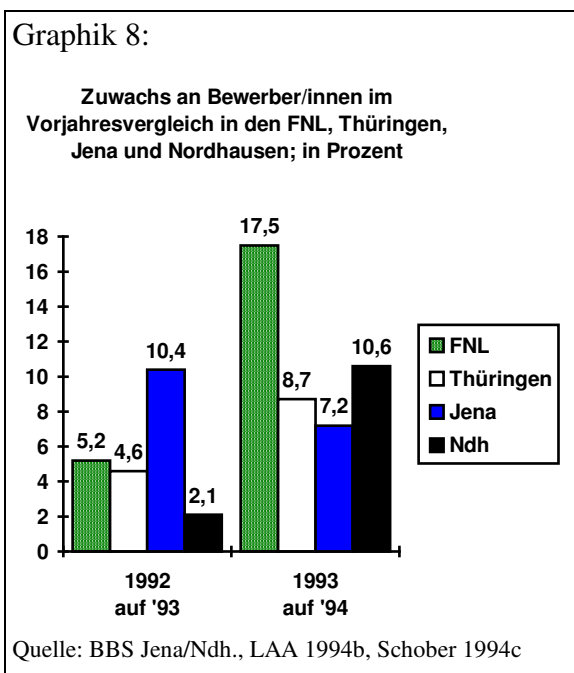
Das Bild auf dem außerbetrieblichen Sektor: 1994 entfielen von den 600 außerbetrieblichen Stellen 244 auf die Männer, aber 356 auf die Frauen. Damit erhielten 17,8 Prozent der Bewerberinnen und 12,1 Prozent der Bewerber einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz. Der Anteil der Frauen an den "Außerbetrieblichen" insgesamt beträgt knapp 60 Prozent und liegt damit leicht unter dem Wert für Jena (62 Prozent).

Noch drastischer ist das Ungleichverhältnis, wenn man in der Verbleibstatistik des Arbeitsamtes Nordhausen die Rubrik "übriger Schulbesuch" geschlechtsspezifisch analysiert. Von

den insgesamt 607 Jugendlichen, die hier aufgeführt werden, sind 182 männlichen und 425 weiblichen Geschlechts, also ca. 2,3 mal mehr Frauen als Männer vertreten. Die Zahlen machen es überdeutlich: Frauen haben im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen schlechte Karten, überdies deutlich schlechtere als ihre Geschlechtsgenossinnen in Jena. Allerdings gestaltet sich auch die Lage für die Nordhäuser Männer schlechter als für die Männer in Jena.

Vergleicht man die 94er Zahlen der geschlechtsspezifischen Einmündung in die betriebliche Ausbildung mit den 91er Werten wird ersichtlich, daß sich auch in Nordhausen die Schere ganz erheblich geöffnet hat. Von den 1.512 betrieblichen Ausbildungsstellen 1991 entfielen 46 Prozent auf die Frauen. Verglichen mit den entsprechenden 94er Zahlen - von den 2.123 gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen entfielen 39,6 Prozent auf die Frauen - wird deutlich, daß sich auch hier die Situation zum Nachteil der Frauen verändert hat. Vor dem Hintergrund dieser Auswertung und der drastischen Reduktion von typischen Frauenarbeitsplätzen in der Region (Leinefelde), kann für diese Region von einer *massiven Kumulation weiblicher Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt* gesprochen werden. Noch einmal sei auf eine der Ursachen der Schlechterstellung junger Frauen auf dem Ausbildungsstellenmarkt hingewiesen: "Ein wichtiger Grund für die geringen Ausbildungsplatzchancen von Mädchen liegt auch in den für sie gravierenden Diskrepanzen zwischen Berufswünschen und vorhandenem Lehrstellenangebot. In den von jungen Frauen besonders häufig angestrebten Berufen (z.B. Floristin, Hotelfachfrau, Friseurin, Bankkauffrau, Rechtsanwalts- und Notargehilfin, Arzt/Zahnarzthelferin) gab und gibt es teilweise für ein Drittel bis ein Viertel der Bewerberinnen Ausbildungsstellenangebote (einschließlich der außerbetrieblichen)" (Schober 1994b, 119).

**Zusammenfassend** kann für den Sektor der betrieblichen Ausbildungsstellen festgestellt werden, daß das Verhältnis von gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen zu Bewerber/innen in Jena (0,61) günstiger als im Land Thüringen liegt (0,59). In Nordhausen dagegen ist die Relation (0,53) im Vergleich zum landesweiten Wert unterdurchschnittlich. Zwar stiegen die Bewerber/innen-Zahlen in Jena - auf beide Berichtsjahre bezogen (vgl. Graphik 8 und 9) - stärker als im Land Thüringen und in der Region Nordthüringen, aber das Wachstum an (gemeldeten) betrieblichen Ausbildungsstellen hat den Anstieg der Bewerber/innen-Zahlen im Bezirk Jena übertroffen. In Nordhausen hingegen entwickeln sich Bewerber/innen-Zahlen und



Wachstum der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen wiederum bezogen auf beide Berichtsjahre im Gleichklang. Im Vergleich zu allen neuen Bundesländern (Anstieg der betrieblichen Stellen erreichte nur knapp 2/3 des Bewerber/innen-Anstiegs) schneidet Nordhausen hier aber immer noch besser ab. Da die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsstellen für Thüringen für 1992 nicht vorliegt, können hier für das Land keine Aussagen getroffen werden. Ein Ergebnis der insgesamt schlechteren Ausgangslage Nordhausens im Vergleich zu Jena ist, daß die Quote der in betriebliche Ausbildungsverhältnisse eingemündeten Frauen mit knapp 40 Prozent unter der für die Frauen im Arbeitsamtsbezirk Jena liegt (knapp 45 Prozent).

## 2.4. Die außerbetriebliche Ausbildung - das dritte Standbein des dualen Systems

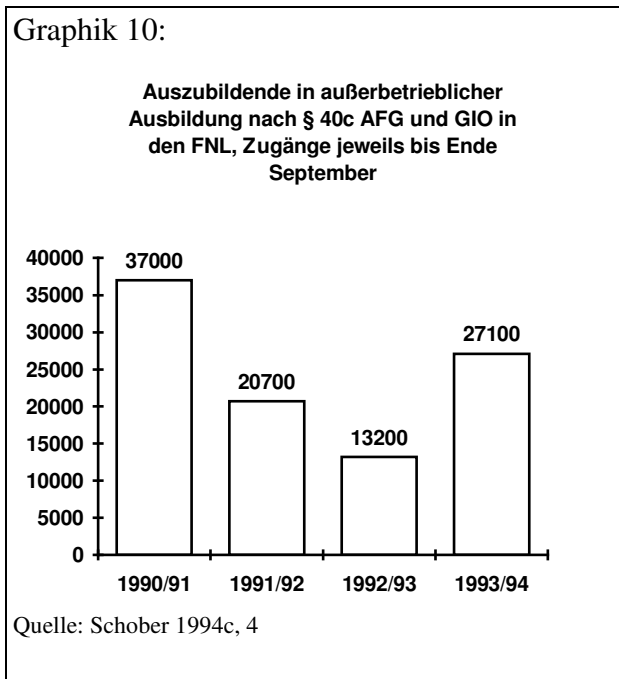
Wie die Graphik 10 ausweist, konnte im Jahr 1994 in den **neuen Ländern** erstmals nicht die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze zurückgefahren werden. Vielmehr mußte das bereitzustellende Volumen an außerbetrieblichen Stellen deutlich erhöht werden. Dies traf insbesondere für die Gemeinschaftsinitiative Ost (GIO) des Bundes und der Länder zu. Die Gemeinschaftsinitiative Ost stellt ein Auffangbecken für Marktbenachteiligte, keineswegs jedoch lernbeeinträchtigte Jugendliche dar.

Ohne die staatlich geschaffenen Ausbildungsplatzkapazitäten, das ist bereits deutlich geworden, kommt der Ausbildungsstellenmarkt weder in Jena noch in Nordhausen aus. An dieser Stelle soll analysiert werden, wie sich die außerbetriebliche Ausbildung in den vergangenen Jahren entwickelt hat und in welchen Berufen vorrangig außerbetrieblich ausgebildet wird.

Während die Berufsberatungsstatistik des Arbeitsamtes Jena im Berichtsjahr 1992/93 eine deutliche Reduzierung der außerbetrieblichen Ausbildungsstellen ausweist, die aufgrund einer markanten Steigerung der betrieblichen Ausbildungsstellen um ein Viertel möglich wurde (BBS Jena 1993), mußten im vergangenen Jahr 1994 die außerbetrieblichen Ausbildungsplatzkapazitäten - im Einklang mit dem FNL-Trend -

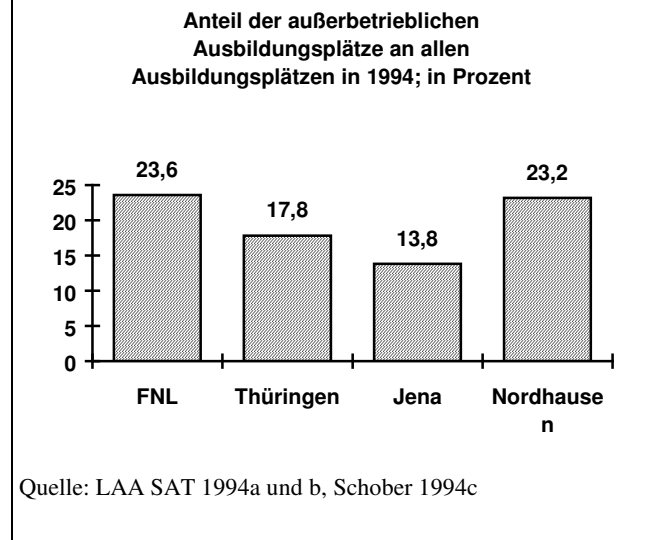
wieder ausgeweitet werden. Diesen vorübergehenden Abbau an außerbetrieblichen Ausbildungsstellen hat es in Nordhausen nicht gegeben. Sowohl GIO als auch § 40c Abs. 2 AFG sind seit 1991 kontinuierlich ausgebaut worden. Lediglich das Volumen an Maßnahmen nach § 40c Abs. 4 AFG-DDR, die sogenannten "Konkurslehrlinge", konnte von 1.566 Plätzen in 1991 auf 0 Plätze in 1994 heruntergefahren werden.

Graphik 10:



Unter Verwendung der Daten des Landesarbeitsamtes gibt Graphik 11 die Anteile der außerbetrieblichen Stellen an allen Ausbildungsplätzen in 1994 an. Dabei wird deutlich, daß im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen verhältnismäßig mehr außerbetriebliche Stellen bereitgestellt werden müssen als in Jena und Thüringen. D.h., nahezu jeder vierte Jugendliche, der in Nordhausen 1994 einen Ausbildungsplatz erhielt, mußte diesen in einer außerbetrieblichen Einrichtung antreten. Die schon mehrfach betonte Tatsache, daß sich die Lage im Arbeitsamtsbezirk Jena relativ günstig darstellt, bestätigt auch diese Graphik. Aber auch Thüringen weist im Vergleich zu allen neuen Bundesländern eine Kennziffer auf, die als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden kann.

Graphik 11:



Quelle: LAA SAT 1994a und b, Schober 1994c

Das Verhältnis der betrieblichen zur außerbetrieblichen Ausbildung ist berufsbezogen sehr unterschiedlich. Übersicht 9 weist die außerbetriebliche Ausbildung nach Berufsgruppen aus. Welche Berufe außerbetrieblich ausgebildet werden obliegt den Arbeitsämtern, die dabei versuchen, die Wünsche der Jugendlichen zu berücksichtigen. Das in Jena und Nordhausen gemachte Angebot an außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen verläuft deckungsgleich mit den im Bundesgebiet Ost angebotenen Berufsgruppen.

**Übersicht 9:** Berufsausbildungsstellen in außerbetrieblichen Einrichtungen in den beiden Arbeitsamtsbezirken Jena und Nordhausen

Berufsgruppe	§ 40c Abs. 2 AFG		GIO Okt. 93-Sept. 94 <sup>1)</sup>		GIO 1994	
	Jena	Nordhausen	Jena	Nordhausen	Jena	Nordhausen
Pflanzenbauer/ Tierzüchter/ Fischereiberufe	-	15	-	-	-	-
Drucker	-	-	7	-	-	-
Metallberufe	9	15	-	21	-	13
Ernährungs- berufe	6	19	6	9	15	26
Bau-, Baunebenberufe	85	103	8	11	28	35
Waren- u. Dienstl.kfl.	33	43	42	29	71	108
Körperpfleger, Hauswirtschaft, Reinigungsber.	28	11	6	10	15	-
Technische Berufe	-	-	-	-	-	29
Org.-, Verwaltungs- und Büroberufe	-	10	11	29	58	62
<b>Insgesamt</b>	<b>161</b>	<b>216</b>	<b>80</b>	<b>109</b>	<b>187</b>	<b>273</b>

1) Stellen, die von Oktober 1993 bis Ende März 1994 besetzt wurden, Endstand April 1994

Quelle: LAA SAT 1994a; die Angaben des LAA weichen von denen des AA Jena (Gesamtsumme dort 163, 58 und 183) ebenso wie von den Zahlen des AA Nordhausen (Gesamtsumme dort 216, 111 und 273) ab

Das Angebot an außerbetrieblichen Stellen unterliegt von seiten der Träger auch technischen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. So sind z.B. die Hauswirtschaftsberufe außerbetrieblich kostengünstig bereitzustellen, wohingegen Ausbildungsplätze für Brauer - obwohl sie nach Angaben des Arbeitsamtes Jena benötigt werden und vermittelbar wären - zu teuer seien. Ein Ergebnis der Frauenpriorität der Maßnahmen nach GIO ist das starke außerbetriebliche Engagement in der Ausbildung von Dienstleistungsberufen. In diesem Bereich, spezieller z.B. bei den Hauswirtschaftsberufen, entspricht das außerbetriebliche Angebot offenbar den Wünschen der Jugendlichen. Allerdings weicht es momentan - so die Einschätzung der Arbeitsämter und der Jugendberufshilfe Erfurt - in vielen Bereichen von den Markterfordernissen ab. Hier werde, so hieß es, z.T. für die Arbeitslosigkeit ausgebildet. Angesichts der Tatsache, daß die Vermittlungschancen von Jugendlichen nach der Ausbildung ganz erheblich von den Merkmalen der Ausbildungsinstitution (betrieblich oder außerbetrieblich) sowie vom gewählten Ausbildungsberuf abhängen - jedoch weniger von den Leistungsergebnissen der Auszubildenden (Ulrich/Westhoff 1994, 18) - bieten sich daher z.B. *außerbetrieblich* ausgebildeten Hauswirtschaftler/innen und anderen Dienstleister/innen doppelt schlechte Berufschancen. Ist der betreffende Azubi zudem weiblichen Geschlechts, weist sie eine - keineswegs

seltene - Merkmalskombination auf, die äußerst ungünstige Beschäftigungsperspektiven nach der Ausbildung erwarten läßt.

## 2.5. Berufsausbildung im öffentlichen Dienst

Das hier vorzustellende Datenmaterial befaßt sich mit der Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes. Nach Angaben der Gewerkschaft ÖTV waren am Stichtag 30. Juni 1992 im öffentlichen Dienst (Bund, Länder, Gemeinden, kommunale Zweckverbände, Deutsche Bundesbahn/Reichsbahn, Deutsche Post, BfA und Sozialversicherungsträger) im **alten Bundesgebiet** 246.500 Personen in einem Ausbildungsverhältnis beschäftigt. Das waren 6,5 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten. Im öffentlichen Dienst in den **neuen Bundesländern** wurden zum gleichen Zeitpunkt nur 44.400 Ausbildungsverhältnisse gezählt, ein Anteil von 2,9 Prozent (ÖTV 1994, 2). Nimmt man exemplarisch eine Berufsgruppe des öffentlichen Dienstes heraus, die Verwaltungs- und Bürofachangestellten, wiederholt sich das Bild. In dieser Berufsgruppe wurden am 31. Dezember 1992 insgesamt 33.000 Personen (0,86 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten) im alten Bundesgebiet ausgebildet. Ende 1992 waren es 4.100 im neuen Bundesgebiet. Für Ende 1993 wird ihre Zahl von der ÖTV auf 6.000 geschätzt (0,4 Prozent). Um in dieser Berufsgruppe auch im neuen Bundesgebiet 1994 die westdeutsche Quote von 0,8 Prozent zu realisieren, hätten zum Stichtag 30. September 1994 ca. 5.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden müssen. Statt dessen hat sich die Zahl der bei den ostdeutschen Arbeitsämtern von Oktober '93 bis Mai '94 gemeldeten Stellen im Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte/r“ reduziert (ÖTV 1994, 3). Offenkundig ist also, daß die öffentliche Ausbildungsquote im Osten niedriger liegt als im Westen. Die öffentlichen Arbeitgeber erfüllen somit nicht die ihnen eigentlich zukommende Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft.

In **Thüringen** wurden 1993 im öffentlichen Dienst 519 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Mit einem Anteil von 2,9 Prozent an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (18.059) markiert der öffentliche Dienst Thüringens damit das Schlußlicht aller neuen Bundesländer, denn Sachsen wies eine Quote von 4,4 Prozent, Brandenburg von 4,6 Prozent, Sachsen-Anhalt von 5,5 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern sogar eine Quote von 6,3 Prozent auf. Gegenüber dem Vorjahr hat Thüringen zudem die Ausbildungskapazität im öffentlichen Dienst um 6,3 Prozent, also um 35 Ausbildungsplätze, reduziert (BBB 1994, 34). Dabei steht Thüringen jedoch keineswegs allein, denn außer Sachsen und Sachsen-Anhalt haben auch die Bundesländer Brandenburg (minus 20,3 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (minus 10,5 Prozent) die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im öffentlichen Dienst drastisch reduziert.

**Übersicht 10:** Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in 1994 nach Bereichen in den Arbeitsamtsbezirken Jena und Nordhausen

		Industrie und Handel		Handwerk		Öffentl. Dienst		Landwirtschaft		Freie Berufe		Hauswirtschaft	
AA	Insg.	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Jena	2.636	1.183	<b>44,88</b>	1.151	<b>43,66</b>	58	<b>2,20</b>	55	<b>2,09</b>	160	<b>6,07</b>	29	<b>1,10</b>
Ndh.	2.353	1.081	<b>45,94</b>	996	<b>42,33</b>	34	<b>1,44</b>	69	<b>2,93</b>	104	<b>4,42</b>	69	<b>2,93</b>

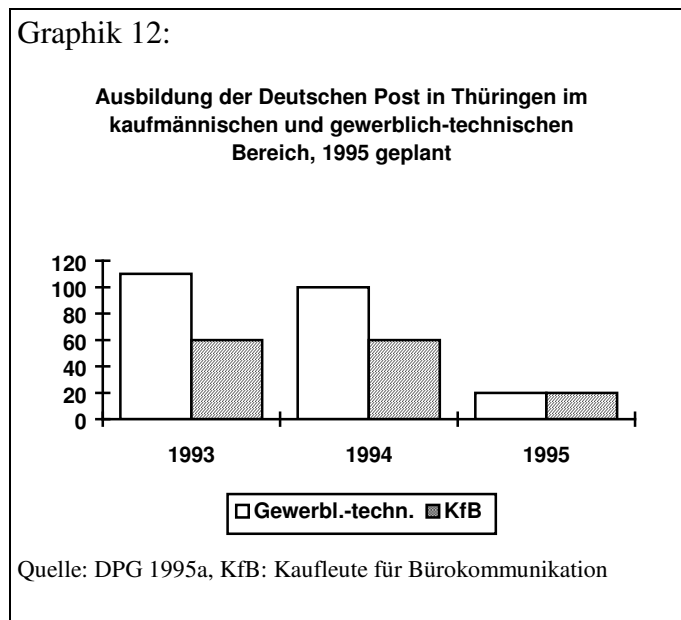
Quelle: BIBB 1994

Das Landesarbeitsamt gibt für Sachsen-Anhalt und Thüringen in 1994 einen Anteil des öffentlichen Dienstes an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von 3,9 Prozent an

(LAA SAT 1994b, 3). Wie Übersicht 10 verdeutlicht, liegen sowohl der Arbeitsamtsbezirk Jena als auch der Bezirk Nordhausen deutlich unter dieser Quote. Allerdings basiert die Quote des LAA auf anderen Daten (von Verwaltungen und Betrieben gemeldete Berufsausbildungsstellen) als die in der Übersicht vorgestellten Angaben des BIBB (tatsächlich abgeschlossene Ausbildungsverträge).

Im Vergleich zum Vorjahr hat Jena die Ausbildungskapazität im öffentlichen Dienst um 3 Stellen von 55 auf 58 erhöht, Nordhausen hingegen von 58 auf 34 reduziert (Vorjahreszahlen: BfA 1994a). Insgesamt muß die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes in den beiden Kreisen als zu gering eingestuft werden. Da die Berufswünsche von jungen Frauen sich schwerpunktmäßig auf die Freien Berufe und den öffentlichen Dienst konzentrieren, sind sie damit erneut strukturell benachteiligt (vgl. BfA 1994, 39). Zu den größten öffentlichen Ausbildungsträgern gehören in Jena wie in Nordhausen die Arbeitsämter. Im Arbeitsamt Jena werden 13 Verwaltungsfachkräfte ausgebildet. Im Arbeitsamt Nordhausen befinden sich 16 Verwaltungsinspektoranwärter/innen und 23 Fachangestellte für Arbeitsförderung in Ausbildung.

Genauere Informationen liegen zur Ausbildungsleistung der **Telekom** in ihren drei Thüringer Ausbildungsstätten Erfurt, Gera und Suhl vor. Trotz der jüngst erfolgten Privatisierung der



Deutschen Telekom AG soll ihr Ausbildungsengagement an dieser Stelle vorgestellt werden. Deutlich wird die Reduktion der Ausbildungsleistung im kaufmännischen Bereich der Kaufleute für Bürokommunikation (KfB) um zwei Drittel und im gewerblichen Bereich um vier Fünftel. Im gewerblich-technischen Bereich bildet die Telekom Kommunikationselektroniker/-innen, Elektromechaniker/innen und Energieelektroniker/innen mit der Fachrichtung Betriebstechnik aus. Die letzteren beiden Berufe besaßen in 1993 und 1994 jedoch nur einen Anteil von jeweils 10 Ausbildungsplätzen. Für 1995 ist bislang offenbar keine

weitere Ausbildung in diesen beiden Berufen geplant, d.h., daß 1995 nur noch 20 Kommunikationselektroniker/innen ausgebildet werden sollen. Die drei Ausbildungsorte hatten 1994 folgende Anteile an der Ausbildung der Kommunikationselektroniker/innen: Erfurt 40, Gera 30 und Suhl 20 Ausbildungsplätze. Offensichtlich hegt man bei der Telekom die Absicht, lediglich die Ausbildungsstelle Erfurt zu erhalten (DPG 1995a).

Ähnlich wie die Telekom schränkt nach Angaben der Deutschen Postgewerkschaft auch die **Deutsche Post AG** ihre Ausbildung drastisch ein. Bundesweit plane die Deutsche Post AG nach derzeitigem Stand der Dinge, lediglich 500 neue Ausbildungsplätze bereitzustellen (DPG 1995b).

Über die Ausbildungsleistung der **Deutsche Bahn AG** war zu erfahren, daß von den insgesamt 1.093 sich bei der Bahn in Thüringen bzw. im Bahn-Bezirk Erfurt in Ausbildung befindlichen Jugendlichen 100 im Bereich "Netz Nordhausen" (64 Eisenbahner im Betriebsdienst und 36 Kaufleute im Eisenbahn- und Straßenverkehr) und weitere 54 Industriemechaniker/innen mit der Fachrichtung Betriebstechnik im Werk Nordhausen ausgebildet werden. In Saalfeld, das zum Arbeitsamtsbezirk Jena gehört, bildet die Bahn 34 Eisenbahner/innen im Betriebsdienst und 26 Kaufleute im Eisenbahn- und Straßenverkehr im Bereich "Netz" aus.



Für 1995 plant die Bahn AG die Neueinstellung von 212 Auszubildenden in Thüringen und würde damit den Vorjahreswert halten (GdED 1995).

## **2.6. Qualitative Aspekte der Ausbildung in den beiden Regionen**

Qualität ist ein empirisch außerordentlich schwer zu quantifizierender Begriff. Eine - relativ begrenzte - Möglichkeit, die Qualität von Ausbildung zu erfassen, läge in einer Analyse der Abbrecher/innen-Quoten. Da jedoch weder für den Arbeitsamtsbezirk Jena noch für den Arbeitsamtsbezirk Nordhausen Daten über Abbrecher/innen-Quoten erhältlich waren, muß auf diesen Interpretationsansatz verzichtet werden<sup>5</sup>.

### **Das generelle Qualitätsniveau**

Von den Arbeitsämtern **Jena** und **Nordhausen** wurden die qualifikatorischen Aspekte der Ausbildung in den beiden Regionen im Interview wie folgt eingeschätzt: Der "Versorgungsgedanke", der in den Anfangsjahren nach der Wende vorgeherrscht habe, hätte dazu geführt, daß die Industrie-, Handels- und Handwerkskammern bei der Vergabe von Ausbildungsberechtigungen "öfter mal ein Auge zugedrückt" hätten. Generell sei inzwischen jedoch die Ausbildung in beiden Arbeitsamtsbezirken keineswegs schlechter als in den alten Bundesländern, sondern vielmehr qualifikatorisch auf vergleichbarem Niveau. Natürlich gebe es wie im Westen auch "schwarze Schafe".

Schwierigkeiten könnten allerdings entstehen, wenn einzelne Betriebe in den wenigen Jahren ihres Bestehens gleich mehrfach "umziehen" müßten. Dies sei aufgrund fehlender Liegenschaften bzw. für die finanzschwachen Kleinbetriebe bezahlbaren Gewerberaumes in Jena durchaus kein seltener Fall. Diese Umstände, die dazu führen, daß manche Betriebe in "alten Arbeiterbaracken" beheimatet seien, können natürlich die Ausbildungsqualität negativ beeinflussen.

### **Qualität der Ausbildung im außerbetrieblichen Bereich**

Gravierende Unterschiede zwischen betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung werden von beiden Arbeitsämtern nicht gesehen. Allerdings sei es für die Jugendlichen in außerbetrieblichen Einrichtungen ein "Handicap", nicht unter betrieblichen Umweltbedingungen, d.h. dem damit verbundenen Streß, ausgebildet zu werden. Sie befänden sich vielmehr in einer "heilen Welt" oder "geschützten Ausbildung". Dies könne auch durch ein mehrmonatiges Praktikum nicht wettgemacht werden. Auf der anderen Seite jedoch bestünde ein Vorteil außerbetrieblicher Ausbildung in genau diesem fehlenden Streß, der dazu führe, daß den Jugendlichen mehr Zeit gewidmet werden könnte. Daher lägen ihre theoretischen und praktischen Prüfungsergebnisse teilweise auch über denen der betrieblich ausgebildeten Jugendlichen. Dies erscheint umso bemerkenswerter, als das Wertgefühl der Jugendlichen in außerbetrieblichen Einrichtungen zum Teil unter einer (Selbst-)Einschätzung leide, die sie als "underdogs" und "Verlierer" einstuft. Man hält sich für "schlechter als die anderen", nicht für marktbenachteiligt. Daraus resultiere jedoch kein Motivationsdefizit, vielmehr wäre Trotz- und Verzweiflungsverhalten typisch für diese Jugendlichen. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß viel in die außerbetriebliche Ausbildung investiert worden sei<sup>6</sup>. Hier wurden immer wieder die Kammern, verschiedene institutionsübergreifende Gesprächskreise wie auch die

---

<sup>5</sup> Es liegen mir lediglich landesweite Daten über die Erfolgsquote der betrieblichen Berufsausbildung vor. Im Vergleich zu 1992 erhöhte sich 1993 die Quote der nicht bestandenen Prüfungen in Thüringen um 8 Prozent (LAA SAT 1994c).

<sup>6</sup> Die DIW-Standortanalyse für Thüringen gibt an, daß bislang 226 Aus- und Weiterbildungseinrichtungen mit 2,8 Milliarden DM unterstützt worden seien (DIW 1994, 308).

Träger der außerbetrieblichen Ausbildung selbst lobend hervorgehoben. Unter letzteren genießen die Träger in Westbesitz deutlich weniger Ansehen als die ostdeutschen. Man versuche die Qualität der Ausbildung nicht zuletzt auch durch die Vermeidung von Mega-Trägern zu gewährleisten. Zudem unterstütze man die Zusammenarbeit zwischen Kammern und Trägern und achte darauf - so die Arbeitsämter -, daß die Ausbildungsgruppen nicht zu groß würden. So existiere im Bereich GIO in Jena ein 15er Personalschlüssel, im Bereich § 40c AFG ein 12er Schlüssel.

### **Qualifikation der Ausbilder/innen**

Was das Ausbildungspersonal angehe, sehe man ebenfalls - so die Arbeitsämter weiter - keine großen Unterschiede zum Westen. Zwar würden vermutlich hie und da Ausbilder/innen eingesetzt, die keine Eignungsprüfung besäßen, doch sei auch hier den Kammern bezüglich der Qualifizierung des Personals viel Lob zu zollen. Angesichts der Konfrontation der ostdeutschen Ausbilder/innen mit neuen Ausbildungsberufen, unbekanntem Ausbildungsordnungen und neuartigen inhaltlichen Ausbildungsanforderungen, sei diese Qualifizierung notwendig gewesen.

### **Berufsschulen**

Im Großen und Ganzen sei auch die Situation der Berufsschulen inzwischen befriedigend. Zwar würde es in einigen noch an Ausrüstung mangeln, doch gäbe es daneben auch hochmoderne Berufsschulen. Diese Einschätzung der Arbeitsämter deckt sich mit den Ergebnissen einer Untersuchung des BIBB, die keine gravierenden Unterschiede in der Beurteilung der Berufsschulen durch ost- und westdeutsche Betriebe feststellen konnte (Degen/Walden 1994, 2.071). Kritisch äußert sich dieselbe Studie zum qualitativen Angebot an überbetrieblichen Werkstattplätzen, das zwar in hohem Maße von den Betrieben genutzt werde, allerdings keineswegs ausreichend sei. Vielmehr handele es sich vornehmlich um "Provisorien", "die den Ansprüchen an eine zeitgemäße Berufsbildung in den allermeisten Fällen nicht genügen" (Degen/Walden 1994, 2.066). Auch von seiten der ÖTV wird bemängelt, daß aufgrund unzureichender technischer Ausstattung und nicht hinreichend qualifizierter Ausbilder/innen im öffentlichen Dienst noch nicht alle Dienststellen in der Lage seien, die in den Ausbildungsordnungen vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte in vollem Umfang zu vermitteln (ÖTV 1994, 3).

### **Qualitätsbewertung der Ausbildung durch die Azubis**

Einen Einblick in die Bewertung der Ausbildung durch die Jugendlichen vermittelt eine Studie der Jugendberufshilfe Thüringen. Sie ermittelte, daß sich 2/3 der befragten Berufsschüler/innen sowohl in der praktischen als auch in der theoretischen Ausbildung gerade richtig gefordert fühlen. Etwa 18 Prozent der befragten Berufsschüler/innen - jeder fünfte in der Praxis und gut jeder Zehnte in der Theorie - fühlten sich unterfordert. Demgegenüber stehen 17,7 Prozent in der Praxis und 24,1 Prozent in der Theorie, die sich stark oder etwas überfordert fühlen (JBH 1994 II, 2).

## Schlüsselqualifikationen

Differenziertere und damit aussagekräftigere Daten zur Qualität der Ausbildung in Ostdeutschland sind jedoch nur über Studien zu erhalten, die auch eine Befragung von Ausbildungsexperten vornehmen. Solche Datenerhebungen wären zudem nötig, um feststellen zu können, inwieweit - spezifische ostdeutsche - Lern- und Qualifikationsdefizite im Bereich der sogenannten Schlüsselqualifikationen bestehen. Zu diesen Schlüsselqualifikationen zählen v.a. fachübergreifende, sowohl arbeitsmethodische (Planungs- und Organisationsfertigkeiten), technikbezogene wie auch persönlichkeitsbezogene Qualifikationen (Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit usw.), die z.T. auch unter Methoden- und Sozialkompetenz subsumiert werden. Derartig erweiterte Qualifikationen - so die relativ unumstrittenen Forderungen<sup>7</sup> - müßten prinzipiell zum integralen Bestandteil einer modernisierten Berufsausbildung werden. An die berufliche Bildung im dualen System wird daher der Anspruch formuliert, eine marktgängige, transferierbare und innovationsträchtige Qualifikation zu vermitteln. Leiste sie dies nicht, sei sie den strukturellen Trends des Wirtschaftslebens nicht gewachsen. Der globale berufliche Wandel - verkürzt: Verlagerung von den Arbeiter/innen-Tätigkeiten hin zu den Angestellten- und Dienstleistungstätigkeiten - hat sich bislang jedoch kaum auf die Berufsstruktur des Lehrstellenangebotes und der Facharbeiterausbildung durchgeschlagen, weder im Westen noch im Osten (vgl. Henniges 1994, 10). Zwar existieren quer zu diesem sektoralen Strukturkonservatismus sowohl innersektorale Verschiebungen (Veränderung der Bedeutung z.B. bestimmter Berufe im Dienstleistungssektor) als auch innerberufliche, curriculare Veränderungen in einzelnen Berufen, nicht zuletzt durch ihre Neuordnung. Trotzdem wird das duale System der Berufsausbildung in den letzten Jahren immer wieder wegen seiner zu großen berufsfachlichen Enge kritisiert. "Trotz der erheblichen Verringerung der Zahl der Ausbildungsberufe und ihrer teilweisen Zusammenfassung zu Berufsgruppen, wie bei der Neuordnung der Metall- und Elektroberufe geschehen, ist der Spezialisierungsgrad, der mittels Ausbildung erzeugt wird, nach wie vor zu hoch. Außerdem verbleibt die Ausbildung weitgehend in einem engen berufsfachlichen Horizont und vermittelt zu wenig Kenntnisse und Einsichten in den Gesamtzusammenhang des Arbeitens in seinen ökonomischen, technischen und sozialen Dimensionen" (Kruse/Paul-Kolhoff 1993, 703 f.). Ähnliche Defizite wies auch bereits die Berufsausbildung in der ehemaligen DDR auf (vgl. Wagner 1993, 10; anderer Meinung ist Autsch 1993, 80). Für den Osten Deutschlands ist somit wie für den Westen von gravierenden Vollzugsdefiziten in diesem Bereich, z.B. bei der beruflichen Umweltbildung, auszugehen (vgl. DGB 1994b, 10).

## 2.7. Situation benachteiligter und behinderter Jugendlicher

Die Integrationschancen benachteiligter Jugendlicher hängen jenseits persönlicher "Defizite" (Lern-, Motivationsschwächen, soziale Herkunft und ethnische Zugehörigkeit bzw. Nationalität) stark von der jeweils vorherrschenden Konstellation am Arbeitsmarkt ab. Im **Westen** waren Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre vor allen Dingen der Eintritt geburtenschwächerer Jahrgänge ins Ausbildungssystem, die boomende Konjunktur und der steigende Fachkräftebedarf der Wirtschaft sowie die sinkende Attraktivität der dualen Ausbildung die Aspekte, die den Eintritt leistungsschwächerer Jugendlicher in das Duale System erleichtern. Die Bereitschaft der Wirtschaft, auch weniger gut vorgebildete Bewerber/innen einzustellen, stieg. Vor

---

<sup>7</sup> So sind sich Gewerkschaften wie auch Arbeitgeberverbände, wenn auch nur im Grundsatz darüber einig, daß z.B. Fremdsprachenkenntnisse in der Ausbildung ihren Platz haben müssen.

diesem Hintergrund sind 1991 trotz mannigfaltiger Schwierigkeiten und keineswegs ausreichender Förderprogramme immerhin 45.000 Jugendliche im Westen in ein öffentlich gefördertes, betriebliches Ausbildungsverhältnis eingemündet. Rund 15.000 Jugendliche, die "benachteiligt" bzw. "ohne Schulabschluß" waren, wurden außerbetrieblich ausgebildet.

### **Markt- und lernbeeinträchtigte Jugendliche**

Die Berufsausbildung Benachteiligter wird im **Osten** Deutschlands gegenwärtig überschattet von der allgemeinen Lehrstellenknappheit. Bereits der Begriff der benachteiligten Jugendlichen erscheint seltsam unangebracht angesichts einer Krisensituation, in der der Arbeitsmarkt flächendeckend völlig aus den Fugen geraten ist. Es bietet sich daher die Differenzierung in *marktbenachteiligte* und *lernbeeinträchtigte* Jugendliche an. Die flächendeckende Versorgung marktbenachteiligter Jugendlicher mittels außerbetrieblicher Ausbildungskapazitäten verdrängte bislang die speziellen Probleme der Lernbeeinträchtigten. Im Osten Deutschlands stehen die Chancen lernbeeinträchtigter Jugendlicher, betrieblich ausgebildet zu werden, aus zwei Gründen schlecht:

- o Von Seiten der Betriebe wird mit betriebswirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Argumenten eine Ausbildung dieses Personenkreises für nicht leistbar gehalten.
- o Aufgrund des Bewerber/innen-Überhanges bei gleichzeitigem Ausbildungsstellenmangel stellen die Arbeitsämter "übertriebene Einstellungs Voraussetzungen" fest, d.h., das Anspruchsniveau der ausbildenden Betriebe an die formale Qualifikation der Bewerber/innen ist zu hoch.

In den **neuen Bundesländern** wurden 1992 nach Angaben der Bund-Länder-Kommission rund 36.000 marktbenachteiligte Jugendliche nach § 40c Abs. 4 AFG-DDR außerbetrieblich ausgebildet; die eigentlich ebenfalls marktbenachteiligten, im Rahmen der GIO untergebrachten Jugendlichen, wurden hier nicht mitgerechnet. Die Gruppe der "originär" benachteiligten, also lernbeeinträchtigten Jugendlichen umfaßte 1.200 Personen (BLK 1993, 49). Peter-Werner Kloas hingegen beziffert die Zahl der nach § 40c Abs. 2 AFG geförderten außerbetrieblichen Ausbildungsplätze für lernbenachteiligte Jugendliche im Jahr 1992 auf 3.100, bei insgesamt 40.000 außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen. "Diese Relation macht deutlich, daß das ursprünglich aus der Benachteiligtenförderung hervorgegangene Programm [§ 40c Abs. 2 AFG, MS] jetzt in den neuen Bundesländern vorrangig ein Auffangbecken für 'marktbenachteiligte' Jugendliche geworden ist" (Kloas 1994, 49).

Aufgrund des generellen Bewerber/innen-Überhanges gestaltet es sich natürlich auch sehr schwierig, originär benachteiligte Jugendliche in *betriebliche* Ausbildungsplätze zu vermitteln. So konnten im gesamten Bundesgebiet Ost 1992 nur rund 800 Ausbildungsstellen für diesen Personenkreis akquiriert werden. Das Landesarbeitsamt **Sachsen-Anhalt/Thüringen** gesteht ein, daß es trotz intensiver Bemühungen kaum gelinge, leistungsschwache oder behinderte Jugendliche in betrieblichen Ausbildungsstellen unterzubringen - relativiert dies aber mit dem Verweis, daß dies in den alten Bundesländern nicht anders sei (LAA SAT 1994b, 6). Generell ist dem zwar zuzustimmen, allerdings stehen benachteiligten oder behinderten Jugendlichen in den neuen Bundesländern bislang nur rund 1 bis 2 Prozent aller Ausbildungsstellen zur Verfügung, während ihr Anteil im Westen auf 5 Prozent geschätzt wird (Kloas 1994, 50). Hinzu kommt, daß in den neuen Bundesländern "bei der Förderung benachteiligter Jugendlicher auch unter dem Gesichtspunkt der Ausbildungsqualität noch großer Nachholbedarf besteht" (ebd.).

### **Behindertenausbildung**

Obwohl das Arbeitsamt **Jena** "besondere Anstrengungen" darauf gerichtet habe, die Einmündung von Behinderten in betriebliche Berufsausbildungsstellen zu erreichen, sei dies nur in "begrenztem Umfang" - bei ca. 30 Jugendlichen mit Rehabilitantenstatus - gelungen (BBS Jena 1994, 6). Vielmehr münde die Mehrzahl dieses Personenkreises in außer- bzw. überbetriebliche Einrichtungen, Bildungswerke und sonstige Rehabilitationseinrichtungen. Einer Statistik des BIBB über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Zeitraum 1. Oktober 1993 bis 30. September 1994 ist zu entnehmen, daß im Rahmen der Behindertenausbildung nach § 48 BBiG und § 42 HwO in **Jena** insgesamt 46 und in **Nordhausen** 115 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden. Das macht - gemessen am Gesamtanteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge - für Jena einen Anteil von nur 1,7 Prozent, für Nordhausen von immerhin 4,8 Prozent aus (BIBB 1994).

### **Hauptschulabgänger/innen**

Neben den genannten Schwierigkeiten im Bereich der Benachteiligtenausbildung kommt in den neuen Ländern ein bereits mehrfach erwähnter Problemkomplex hinzu. Nach Angaben der JBH Erfurt müssen rund 2/3 der Hauptschulabgänger/innen, da sie keine überdurchschnittlichen Schulnoten vorweisen können, zu den marktbenachteiligten Jugendlichen gerechnet werden. Die JBH Erfurt beklagte zudem ein Informationsdefizit der Betriebe; die Vokabel „Berufsreife“ sage ihnen nichts. Vielmehr würden die Betriebe einen bestimmten Schulabschluß (mind. 10 Klassen) nach wie vor (wie zu DDR-Zeiten) als Zugangsvoraussetzung für den Eintritt ins Berufsleben ansehen. Für benachteiligte Jugendliche gestaltet sich auch der Übergang von der Ausbildung in den Beruf kompliziert. Eine Befragung von Berufsschüler/innen, durchgeführt von der JBH Thüringen, ermittelte, daß die Absolvent/innen der Berufsausbildung mit einem Acht-Klassen-Abschluß erheblich seltener im Juni 1994 (Ausbildungsende) einen Arbeitsvertrag angeboten bekommen hatten, als Statusgleiche mit Real-schulabschluß oder Abitur. Von den 132 Personen des Biographiemusters 8. Klasse plus betriebliche (11,4 Prozent) oder außerbetriebliche Ausbildung (88,6 Prozent) hatten ganze 8 Auszubildende (6,06 Prozent) einen Arbeitsvertrag angeboten bekommen (JBH 1994, 11).

Das vorgelegte Zahlenmaterial läßt daher nur einen Schluß zu: "Es ist nicht auszuschließen, daß in den neuen Ländern mit der Übernahme marktwirtschaftlicher Strukturen in der Berufsausbildung und den anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch eine zunehmende Ausgrenzung benachteiligter Jugendlicher aus Ausbildung und Erwerbsarbeit stattfinden wird" (Schober 1994d, 22).

### 3. Die Problematik der "zweiten Schwelle" - Stolperstein oder Fallgrube?

#### 3.1. Wirtschaftsstruktur der beiden Regionen

Die Veränderungen, die die deutsche Einheit auf wirtschaftlichem Gebiet mit sich brachte, sind gravierend und keineswegs abgeschlossen. Die Labilität des wirtschaftlichen Systems und seine teilweise immense Dynamik machen es äußerst schwer, verlässliche bzw. noch gültige Daten - die zum Teil in dem vom Westen her gewohnten Maße noch gar nicht vorliegen - zum wirtschaftlichen Aufbau Thüringens und insbesondere der beiden Regionen Nordhausen und Jena zu erhalten. In der Konsequenz sind daher auch Prognosen bezüglich künftiger Branchenstrukturen, Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse nur sehr bedingt möglich. Nachfolgende Aussagen müssen unter diesem entscheidenden Vorbehalt gestellt werden. Aus diesem Grund - und um die gebotene Kürze und Übersichtlichkeit dieser Studie einzuhalten - wird sich im folgenden auf einige wesentliche bzw. besonders interessante und/oder erklärungsmächtige Fakten beschränkt. Diese Bescheidenheit erscheint zudem schon deshalb geboten, da *eindeutige* Schlußfolgerungen für die Ausbildungsstellen- und Übernahmesituation aus der gegenwärtigen, sich abzeichnenden oder prognostizierten wirtschaftlichen Entwicklung weder vorliegen noch gezogen werden können.

#### **Beschäftigtenzahlen in Thüringen**

Einen relativ zuverlässigen Indikator für Struktur und Entwicklung der Wirtschaft bilden die Beschäftigtenzahlen. Zum bedeutendsten Wirtschaftszweig in **Thüringen** gehört demnach - bei allerdings sinkenden Anteilen - das verarbeitende Gewerbe, d.h. die industriellen Groß- und Kleinbetriebe, das warenproduzierende Handwerk und die Reparaturbetriebe. Das Baugewerbe konnte seine Beschäftigtenanteile von 1989 bis 1992 verdoppeln, der Dienstleistungsbereich sogar beinahe verdreifachen (vgl. DIW 1994, 9). Thüringen hat damit im Besatz an Dienstleistungsarbeitsplätzen im Vergleich zu dem nach Fläche, Regionalstruktur, Einwohner/innen-Zahl und Beschäftigung ähnlichen Schleswig-Holstein deutlich aufgeholt. Das Wachstumstempo der Bautätigkeit hat sich in Thüringen nach einem anfänglichen Entwicklungsrückstand im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern "spürbar beschleunigt. Die Produktion expandiert sogar erheblich stärker als in den neuen Bundesländern insgesamt" (DIW 1994, 60). Regionales Zentrum des Baugewerbes mit überregionaler Ausstrahlung ist Erfurt. Insgesamt kann der Bausektor als "Wirtschaftsmotor für die regionale Wirtschaft" klassifiziert werden, wobei dieser Sparte auch mittelfristig ein anhaltend kräftiges Wachstum prognostiziert wird (DIW 1994, 64).

#### **Branchenstruktur und Betriebsgrößen**

Thüringen kann als ein Bundesland mit heterogener Branchen- und regional differenzierter Wirtschaftsstruktur bezeichnet werden, wobei dies jedoch durch den stark monostrukturellen Charakter einzelner Regionen konterkariert wird. Vor diesem Hintergrund kennzeichnet das DIW den Zustand der Thüringer Wirtschaft wie folgt: "Die statistischen Daten zeigen alles in allem einen Aufwärtstrend für die Thüringer Industrie. Offenbar ist der Aufbauprozeß schon weit vorangekommen. Der Beschäftigungsabbau bei den größeren Betrieben scheint im wesentlichen gestoppt, die Umsatzentwicklung zeigt auf breiter Front nach oben (...). Dennoch: von der anzustrebenden Angleichung an die wirtschaftlichen Verhältnisse in den alten Bundesländern ist das Land noch ein gutes Stück entfernt" (DIW 1994, 31). Allerdings lag die Arbeitslosenquote Thüringens im vergangenen Jahr in der Regel über dem Durchschnitt der neuen Länder. Hier macht sich der vom DIW diagnostizierte Aufwärtstrend noch nicht bemerkbar. Zu diesem Aufwärtstrend tragen offenbar wesentlich auch die kleineren Unterneh-

men bei. Thüringen weist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt einen fast dreimal so hohen Anteil von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in der Umsatzklasse bis 0,1 Millionen auf, d.h., es befinden sich sehr viele Betriebe in der Gründungs- und Konsolidierungsphase (TMWK 1994, 31).

### **Die größten Ausbildungsträger in Jena**

Per Saldo meldete das Statistische Jahrbuch für Stadt und Landkreis **Jena** 751 Gewerbeanmeldungen in 1993, davon 262 im Handel (TLS 1994b, 132). Obwohl aus betriebswirtschaftlicher Sicht anzumerken ist, "daß viele der neu gegründeten oder neu zugeschnittenen Unternehmen die schwierigste Phase ihrer Entwicklung noch vor sich haben" (Dähne 1994, 10), können sie offensichtlich bereits zu den tragenden Säulen der betrieblichen Berufsausbildung gerechnet werden. Denn die im Berichtsjahr 1993/94 gemeldeten 2.744 betrieblichen Ausbildungsstellen im Arbeitsamtsbezirk Jena verteilen sich auf 2.700 Betriebe - eine Zahl, die auf Nachfrage vom Arbeitsamt Jena ausdrücklich bestätigt wurde (vgl. BBS Jena 1994). Da Vorjahreszahlen fehlen, läßt sich hier kein Entwicklungstrend nachvollziehen. Diese Angabe des Arbeitsamtes Jena muß jedoch als Trendwert behandelt werden, da sie nicht zutreffend sein kann. Zum einen bilden die sechs größten Ausbildungsträger im Arbeitsamtsbezirk Jena zusammen bereits 164 Jugendliche aus. Zum anderen mündeten letztendlich nicht 2.744, sondern lediglich 2.566 Jugendliche tatsächlich in betriebliche Ausbildungsverhältnisse ein. Als Trendwert behandelt legt die große Anzahl ausbildender Betriebe den Schluß nahe, daß sich in Jena das klein- und mittelbetriebliche Handwerk - wie aus den alten Bundesländern bekannt - als dominante Ausbildungsstruktur durchsetzt.

Zu den großbetrieblichen Ausbildungsträgern gehören in Jena:

- o Die Deutsche Bahn AG mit 60 Auszubildenden im Bereich "Netz Saalfeld".
- o Die Schott Glaswerke mit 40 Auszubildenden (Vorjahr 34 Azubis), alle im gewerblich-technischen Bereich. Die '94er Zahl wird 1995 konstant bleiben, da 22 Auszubildende auslernen und 23 Jugendliche in ein Ausbildungsverhältnis aufgenommen werden sollen.
- o Die Jenapharm GmbH mit 30 Auszubildenden.
- o Die Jenoptik GmbH mit 21 Auszubildenden (85 Prozent im gewerblichen Bereich).
- o Die Carl Zeiss GmbH Jena mit 18 Auszubildenden (15 Feinoptiker und 3 Industriemechaniker). Carl Zeiss hat im Vorjahr nicht ausgebildet. Aufgrund des geplanten Beschäftigungsabbaus ist derzeit noch nicht sicher, ob 1995 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden.
- o Die Tridelta GmbH Hermsdorf mit ca. 15 Azubis.

Jenpräzision, immerhin ein Betrieb mit 700 Beschäftigten, bildet nicht aus. Das Gesamtvolumen der in Ausbildung befindlichen Personen beläuft sich im Arbeitsamtsbezirk Jena auf 7.123 Personen - 4.230 Männer und 2.893 Frauen (BfA 1995a, Stand 30.6.1994).

### **Branchenstruktur in Jena**

Der Werkstattbericht des IAB bezeichnet den gesamten Arbeitsamtsbezirk Jena als "Umlandregion mit diversifizierter Industriestruktur", die Stadt Jena hingegen als "städtisches Dienstleistungszentrum", da 54 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig seien (Kaiser/Fensterer 1993, 9 f.). Den Angaben des IAB ist weiter zu entnehmen, daß der Arbeitsamtsbezirk Jena im ersten Quartal 1994 noch rund 130.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte besaß (Bach/Jung-Hammon/Otto 1994, 20). Gegenüber dem Vorquartal ist dies in Jena eine Verringerung um 1,7 Prozent.

Während 1991 in der Stadt Jena monatsdurchschnittlich noch 23.830 Personen im verarbeitenden Gewerbe in 19 Betrieben beschäftigt waren, hat sich dieser Wert 1993 auf monatsdurchschnittlich 10.284 Beschäftigte in 27 Betrieben halbiert und wird im vergangenen Jahr

schätzungsweise weiter auf 8.000 Beschäftigte - in zuletzt 35 Betrieben - gefallen sein (vgl. TLS 1994a, 8). Trotz dieses Verlustes an Arbeitsplätzen ist das produzierende Gewerbe neben dem Bildungssektor (Konzentration universitärer und außeruniversitärer Forschung) strukturbestimmend für Jena; ersteres nicht zuletzt aufgrund des Umstandes, daß der Arbeitsamtsbezirk Jena und insbesondere die Stadt Jena regionales Zentrum großbetrieblicher Strukturen in Thüringen ist. Diese Unternehmen sind zugleich "Referenzmodelle für die Neuen Bundesländer", da hier Subventionen nicht - wie anderswo - "Industrien, die am Ende ihrer Produktlebenszyklen stehen, erhalten, sondern Industrien in ihrer Geburtsphase unterstützt" haben (Pfeiffer/Dübel 1993, 105).

Zu den wichtigen Wirtschaftsbereichen im Arbeitsamtsbezirk Jena sind daher nach Angaben des IAB der Elektrogerätebau (mit seinen Schwerpunkten in der Glasindustrie, der Feinmechanik und der Optik), die Stahlerzeugung und -verarbeitung, die chemische Industrie, Süßwarenproduktion sowie Keramik und Porzellanherstellung zu rechnen. Diese gut entwickelte regionale Arbeitsteiligkeit habe sich - so das IAB - für die Region Jena als Standortvorteil herausgestellt. Obzwar die ansässigen Großbetriebe mit ihrer - in den Augen des Arbeitsamtes Jena - zu geringen Ausbildungsleistung nicht die aus dem Westen bekannte Magnetfunktion wahrnehmen, legt die in Jena im Vergleich zu Nordhausen deutlich günstigere Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt den Schluß nahe, daß sich eben diese Großbetriebe auch auf dem Feld der Erstausbildung als Standortvorteil erweisen.

### **Beschäftigtenzahlen in Nordthüringen**

Innerhalb Thüringens sind die Probleme nach wie vor in **Nordthüringen** am größten. Dort ist für den Verlust an Arbeitsplätzen in Bergbau- und Textilindustrie kein Ersatz absehbar. Zuletzt wies das Thüringer Landesamt für Statistik monatsdurchschnittlich 41 Betriebe mit 3.806 Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe für den Landkreis Nordhausen aus (TLS 1994a, 10). Laut IAB waren im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen im ersten Quartal 1994 noch rund 93.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte registriert. Gegenüber dem Vorquartal ist dies eine Reduktion um 1 Prozent.

### **Branchenstruktur**

Die traditionell diversifizierte Wirtschaftsstruktur des Landkreises Nordhausen steht im Kontrast zu den stark monostrukturierten Nachbarkreisen. Die Nordthüringer Region weist daher große innerregionale Strukturunterschiede auf (vgl. Dassau/Hochmuth 1994), wobei Nordhausen als "einziges echtes Oberzentrum der Region eine Eigendynamik" entwickelt, die jedoch für "regionale Entwicklungsimpulse kaum ausreicht" (Pfeiffer/Dübel 1993, 113).

Die Struktur bisheriger Unternehmensansiedlungen ist kleinteilig, mit einem Schwergewicht auf baunahen Produktionen (Pfeiffer/Dübel 1993, 109). Insgesamt registrierte das Landesamt für Statistik für 1993 per Saldo 350 Gewerbebeanmeldungen in Nordhausen, davon 155 im Handel (TLS 1994b, 132).

Auch in Nordhausen weist das Baugewerbe den größten Leistungszuwachs auf und markiert daher einen wesentlichen Bestandteil der Entwicklung. Eine deutliche Ausweitung der Beschäftigungsvolumina ist im Augenblick von den ansässigen Alt-Unternehmen nicht zu erwarten. Unumgänglich wäre daher die Ansiedlung neuer (Groß-)Investoren. Nach Angaben des Arbeitsamtes Nordhausen plane derzeit jedoch lediglich ein größeres Unternehmen mit ca. 100 neuen Arbeitsplätzen, sich in nächster Zeit in der Region anzusiedeln. Von seiten des Arbeitsamtes wird für die offenbar insgesamt relativ geringe Attraktivität des Standortes Nordthüringen die verkehrstechnische Situation, d.h. die fehlenden Verkehrsanbindungen verantwortlich gemacht. Weitere negative Standortfaktoren seien die geringe mediale Präsenz und die unzureichende Wahrnehmung der Region im landespolitischen Kontext.



### **Ausbildungsträger in Nordhausen**

Vor dem Hintergrund der genannten Branchenstruktur in Nordhausen ist auch die Ausbildungssituation zu sehen. Großbetriebliche Ausbildungsträger scheinen nahezu gänzlich zu fehlen. Das größte Ausbildungsengagement weisen die folgenden Betriebe auf:

- o die Deutsche Bahn AG mit 100 Azubis im Bereich "Netz Nordhausen" und weiteren 54 Azubis im Werk Nordhausen;
- o das Krankenhaus in Nordhausen mit - nach Angaben des Arbeitsamtes - ca. 15 Auszubildenden.

Neben dem Arbeitsamt selbst (siehe Kap. 2.4) kann offenbar nur noch die Schachtbau GmbH Nordhausen mit 15 Azubis unter die Rubrik groß- oder mittelbetrieblicher Ausbildungsträger subsumiert werden. Kaum erwähnenswert sind die Ausbildungsleistungen anderer mittelbetrieblicher Unternehmen (z.B. Nordbrand Nordhausen mit ein bis zwei Azubis).

Insgesamt befanden sich in Nordhausen (Stand 30.6.1993) insgesamt 5.746 Personen - 3.374 Männer und 2.372 Frauen - in Ausbildung (BfA 1995a).

### **Ambivalente Situation in Thüringen**

*Zusammenfassend* resümiert das im Auftrag der Landesregierung erstellte DIW-Gutachten, daß Thüringen trotz noch ungelöster Strukturprobleme im Prozeß des Strukturwandels innerhalb der neuen Bundesländer eine Spitzenstellung einnimmt (DIW 1994, 330). Derzeit ist die Wirtschaftsstruktur Thüringens gekennzeichnet durch die Ambivalenz von Stabilisierungsanzeichen - die laut dem TMWK vorwiegend von den neuen mittelständischen Unternehmen ausgehen - bei gleichzeitig nach wie vor stattfindenden Schrumpfungprozessen. Die Lage ist somit labil, ein Aufschwung möglich, jedoch keineswegs gesichert. Im erwünschten oder benötigten Maße wird er sich zweifellos nicht einstellen. Gleichermäßen ambivalent müssen folglich auch die langfristigen Perspektiven für den Ausbildungsstellenmarkt und die Beschäftigungsperspektiven nach der Lehre eingeschätzt werden.

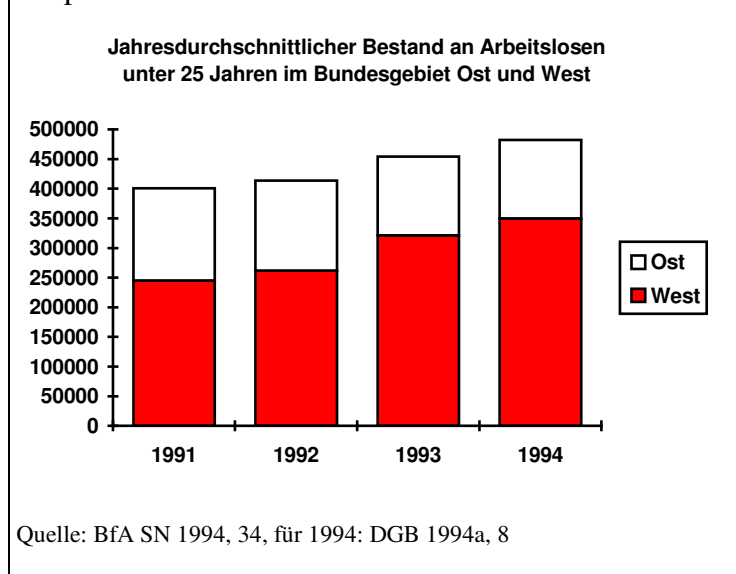
## **3.2. Jugendarbeitslosigkeit und die Übernahmesituation in den beiden Regionen**

Ein "Zweite-Schwelle-Problem" gab es in der ehemaligen DDR nicht, vielmehr war die Übernahme nach der Ausbildung kein Problem, sondern eine Selbstverständlichkeit. Für Jugendliche in der ehemaligen DDR ist damit eine *historisch neue Situation* eingetreten, die zu habituellen Unsicherheiten führt. Sie resultieren aus dem Umstand, daß für die neuen Bundesländer wie für die alten gilt, daß "das mit der Berufsausbildung im Dualen System über lange Zeit verknüpfte 'soziale Sicherungsversprechen' der Facharbeiterkarriere" sich erheblich relativiert hat (Kruse/Paul-Kolhoff 1993, 706). Mit anderen Worten: Der bruchlose Übergang in die Berufsausbildung - ehemals kein Modell für alle Jugendlichen - garantiert keine unterbrechungsfreie Fortsetzung der beruflichen Laufbahn im Übergang von der Ausbildung zur Erwerbstätigkeit<sup>8</sup>.

---

<sup>8</sup> Ein weiteres, damit zusammenhängendes berufliches Laufbahnproblem, die nicht qualifikationsgerechte Beschäftigung, muß hier unberücksichtigt bleiben. In Westdeutschland waren 1989 rund 28 Prozent aller Erwerbstätigen mit schulischer und betrieblicher Berufsausbildung auf Nichtfacharbeiter/innen-Positionen, also als ungelernete und angelernte Hilfskräfte beschäftigt (Ehrke 1993, 23).

Graphik 13:



Vielmehr hat sich an der zweiten Schwelle des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren das Problem der Nicht-Übernahme und damit verbundener (zeitweiliger) Arbeitslosigkeit deutlich verschärft. Der erreichte Umfang an Beschäftigungslosigkeit unter jungen Fachkräften kann daher nicht als Friktions- oder Sucharbeitslosigkeit bagatelisiert werden, sondern nimmt z.T. dramatische Ausmaße an.

Der Bestand an Arbeitslosen belief sich in den neuen Bundesländern im Dezember 1994 auf knapp über 1 Million Personen, somit einer Quote von 14,2 Prozent (BfA Januar 1995, 20).

Die Arbeitslosenquote der Frauen lag dabei wie schon in den vergangenen Monaten und Jahren mit 19,2 Prozent weit über der der Männer (9,6 Prozent). Im November 1994 betrug die Quote in Thüringen 14,1 Prozent, das sind 162.496 gemeldete arbeitslose Personen. Darunter befanden sich in Thüringen Ende November 1994 knapp 17.000 Personen unter 25 Jahren; das ist eine Arbeitslosenquote (bezogen auf alle abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen) von 10,3 Prozent (BfA Januar 1995, 41). Bemerkenswert ist, daß drei Viertel der jüngeren Arbeitslosen unter 25 Jahren vom September '93 über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten - bei den Frauen sind es sogar 80 Prozent (vgl. Schober 1994c, 21). Thüringen weist mit einer Arbeitslosenquote von 10,3 Prozent für die unter 25jährigen im Vergleich mit den anderen neuen Ländern einen durchschnittlichen Wert auf. Der Durchschnitt für alle neuen Bundesländer betrug im November 1994 10,7 Prozent; die höchste Quote besaß Sachsen-Anhalt mit 12,4 Prozent. Zwar ist die Quote für alle neuen Länder im Vorjahresvergleich (12,0 Prozent) gesunken, liegt aber nach wie vor deutlich über dem Wert, der für die unter 25jährigen im Bundesgebiet West errechnet werden kann (7,6 Prozent). Im Einklang mit dem Trend für das gesamte Bundesgebiet Ost weist der Arbeitsamtsbezirk **Jena** seit Anfang des Jahres '94 fallende Bestände an Arbeitslosen auf. Im Januar 1995 allerdings ist die Arbeitslosenquote deutlich um 1,6 Prozent gestiegen. Die Arbeitslosenquote der Frauen (17,8 Prozent) lag im Dezember 1994 doppelt so hoch wie die der Männer (8,7 Prozent). Mit Arbeitslosenquoten um die 10 Prozent für Jugendliche unter 25 Jahren ist der Arbeitsamtsbezirk Jena in etwa auf der Höhe des Wertes für diese Personengruppe in Thüringen angesiedelt. Im Arbeitsamt-*Dienststellen*bezirk Jena lag die Quote der unter 25jährigen Jugendlichen im Fünfmonatsdurchschnitt von September 1994 bis Januar 1995 bei knapp 11 Prozent.

Im Arbeitsamtsbezirk **Nordhausen** beläuft sich die Arbeitslosenquote bezogen auf alle abhängig Beschäftigten im Januar 1995 auf 17,9 Prozent und liegt damit deutlich über dem Wert für Jena als auch für Gesamt-Thüringen. Auch in der Region um Nordhausen sind die Frauen mit einer Quote von 22,5 Prozent beinahe doppelt so stark von Arbeitslosigkeit betroffen wie die Männer (13,8 Prozent), wenn erstere zuletzt auch stärker als die Männer von der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt profitierten. Der Arbeitsamtsbezirk Nordhausen zeichnet sich durch eine sehr heterogene Situation aus. Der gesamte Arbeitsamtsbezirk wies im Januar 1995 eine Arbeitslosenquote von 17,9 Prozent auf. In Heiligenstadt sieht die Lage mit einer Quote von 13,6 Prozent entscheidend besser aus. In Artern jedoch gestaltet sie sich mit einer Quote von 20,2 Prozent im Januar 1995 deutlich schlechter. Für die unter 25jährigen läßt sich bezo-

gen auf die Monate September 1994 bis Januar 1995 für den Arbeitsamtsbezirk Nordhausen eine durchschnittliche Quote von 11,6 Prozent errechnen, für den Hauptamtsbezirk Nordhausen eine Quote von 11,3 Prozent. Beide, Arbeitsamtsbezirk und Hauptamtsbezirk, weisen damit im Fünfmonatsvergleich höhere Quoten auf als der Landesarbeitsamtsbezirk Thüringen im November 1994 (10,3 Prozent), der Arbeitsamtsbezirk Jena (9,8 Prozent) und der Dienststellenbezirk Jena im Fünfmonatsvergleich (11,0 Prozent).

### 3.3. Arbeitslos nach der Lehre - ein Massenphänomen

Der positive Trend, der seit 1987 eine Reduktion der Zugänge in Arbeitslosigkeit nach betrieblicher Ausbildung um 60 Prozent mit sich brachte, ist 1993 schlagartig umgekehrt worden (Schober 1994a, 4). Die Zahl der im Bundesgebiet **West** bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosmeldungen nach vorheriger betrieblicher Ausbildung ist 1993 gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel auf 75.200 Personen angestiegen. Bezogen auf die Zahl der bestandenen Abschlußprüfungen im dualen System sind dies 17 Prozent, d.h., die derzeitige Arbeitslosigkeit nach der Lehre geht über das Maß hinaus (ca. 15 Prozent), das in der zweiten Hälfte der 80er Jahre - einer Hochphase der Jugendarbeitslosigkeit - erreicht wurde. Im vergangenen Jahr hat sich dieser Negativtrend fortgesetzt, denn die Zahl der arbeitslos gemeldeten Absolvent/innen der Berufsausbildung ist bis Oktober 1994 um weitere 8 Prozent angestiegen (Schober 1994c, 21).

Im Bundesgebiet **Ost** ist die Lage erwartungsgemäß keineswegs besser, sondern schlechter. In den fünf neuen Ländern haben sich die Zugänge in Arbeitslosigkeit nach vorheriger betrieblicher Ausbildung von 1992 auf 1993 mehr als verdoppelt. Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit beläuft sich die Gesamtzahl - vermindert um den geschätzten Anteil der Ausbildungsabbrecher/innen - auf knapp 24.000 junge Menschen. Das ist ungefähr **ein Viertel** (gegenüber 17 Prozent im Westen) der ca. 80.000 Prüfungsteilnehmer/innen im Jahr 1993 (Schober 1994a, 2). Auch in den Bundesländern **Sachsen-Anhalt und Thüringen** hat sich die Zahl der Arbeitslosmeldungen nach vorheriger betrieblicher Ausbildung innerhalb eines Jahres auf 6.402 Personen in 1993 verdoppelt. Gemessen an der Zahl der Absolvent/innen der betrieblichen Berufsausbildung stieg damit die Quote der Arbeitslosen von 17,3 Prozent 1992 auf 21,1 Prozent 1993 (LAA SAT 1994c). Ein Jahr darauf, 1994, beliefen sich die Zugänge in Arbeitslosigkeit allein im Bundesland **Thüringen** bereits auf 5.728 Personen, wovon 57 Prozent weiblichen Geschlechts waren.

Der Zuwachs bei beiden Geschlechtern ist dabei zum einen durch die Umstellung der Berufsausbildung auf das Berufsbildungsgesetz und den Übergang von der 2- auf die 3- bzw. 3 1/2jährige Ausbildung verursacht. Dadurch nahm die Zahl der Abschlußprüfungen in Ostdeutschland um schätzungsweise ein Drittel auf 64.000 Jugendliche zu. Zum anderen "haben die anhaltend schlechte Arbeitsmarktlage, der weitgehende Personalabbau in Treuhandunternehmen und die Einmündungsschwierigkeiten von außerbetrieblich ausgebildeten Jugendlichen zu dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit nach der Lehre geführt" (Schober 1994a, 2). Da Frauen u.a. häufiger außerbetrieblich ausgebildet werden, sind sie von diesen Übergangsproblemen stärker betroffen. Im Jahr 1994 hat sich das Problem der Arbeitslosigkeit nach der Lehre in **Ostdeutschland** nach den ersten vorliegenden Zahlen weiter verschärft. So stieg die Zahl der Arbeitslosmeldungen von Absolvent/innen nach der Lehre 1994 um 69 Prozent auf rund 40.000 an, ist damit also wiederum erheblich schneller gestiegen als im Westen Deutschlands (DGB 1995, 7).

Ausbildungsverträge sind von ihrer gesetzlichen Grundlage her (§ 14 BBiG) zeitlich befristete Verträge. Diese dem Schutz der Auszubildenden dienende Regelung - niemand muß zum "Ausgleich" für die erhaltene Ausbildung im Betrieb bleiben - kehrt sich nun für viele Jugendliche, die nicht übernommen werden, in einen Nachteil um. Denn die Nicht-Übernahme nach der Ausbildung ist die billigste Form des Personalabbaus. Mit dem Hinweis, daß die Nicht-Übernahme keine Kündigung ist, können sämtliche Schutzrechte, insbesondere das Kündigungsschutzgesetz, die Anhörungspflicht des Betriebsrates und die Verpflichtung zum Interessenausgleich umgangen werden (vgl. IG Medien 1994, 8). So einfach damit die Freisetzung ausgebildeter Arbeitskräfte ist, so schwerwiegend sind die Folgen für die Betroffenen. Denn die Nicht-Übernahme verhindert (vorläufig) den Erwerb von Berufserfahrung, macht Qualifikationserweiterungen durch Erfahrungslernen unmöglich und erschwert auf diese Weise die Integration in den Arbeitsmarkt. Dabei entstehende Defizite sind durch arbeitsplatzenthobene Qualifizierungsprogramme kaum zu kompensieren. Das bedeutet, "jede berufliche Erfahrung, sei sie noch so kurz, erhöht die Chancen [der Integration in den Arbeitsmarkt, MS] um ein Vielfaches" (Pröbsting zit. n. IGM Dezember 1993, 10).

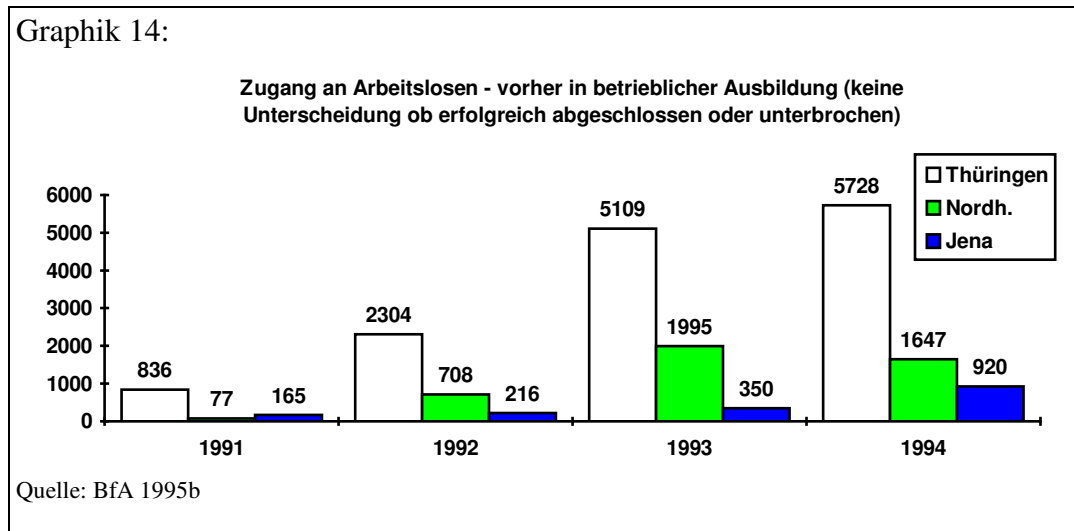
Statistisches Material, das die Anzahl der nicht-übernommenen Auszubildenden ausweist, liegt für die Arbeitsamtsbezirke Jena und Nordhausen nicht vor. Diesen Daten relativ nahe dürfte jedoch jenes Zahlenmaterial kommen, das die **Zugänge in Arbeitslosigkeit nach der Lehre** - erfolgreich abgeschlossen oder aufgrund von Abbruch - ausweist. Im Gegensatz zu den obigen Zahlen über die Arbeitslosigkeit der Gruppe der unter 20- bzw. unter 25jährigen beinhaltet nachfolgendes Zahlenmaterial der BfA keine Personen, die aus Erwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit entlassen wurden. Die somit verfügbaren Zahlen über Integrationsprobleme von Jugendlichen liegen jedoch unter dem tatsächlichen Volumen an Arbeitslosigkeit nach der Ausbildung, bzw. beträchtlich unter dem faktisch nicht vorhandenen Volumen an Arbeitsplätzen, denn:

- o Die Zahl der von den Betrieben nicht übernommenen Absolvent/innen der Berufsausbildung ist nicht deckungsgleich mit den von den Arbeitsämtern registrierten Zugängen in Arbeitslosigkeit nach der Lehre. Nicht jeder Auszubildende, der nicht übernommen wird, meldet sich arbeitslos; viele nutzen z.B. den Wehr- oder Zivildienst als Lückenbüßer.
- o Nachfolgendes Zahlenmaterial beinhaltet keine Auszubildenden aus schulischer oder au-  
ßerbetrieblicher Ausbildung, die besonders schwer vermittelbar sind.

Die vorhandenen Zahlen dürften daher zu niedrig liegen. Um wieviel, läßt sich nicht quantifizieren. Sie machen jedoch zumindest tendenziell nachvollziehbar, welche Dimensionen das Nicht-Übernahme-Problem in den beiden Regionen Jena und Nordhausen erreicht hat.

Bezogen auf die Zahl der bestandenen Abschlußprüfungen in **Thüringen** stieg die Arbeitslosigkeit nach der betrieblichen Berufsausbildung von 7,3 Prozent 1991 über 19,3 Prozent 1992 auf 26,3 Prozent 1993 (LAA SAT 1994c, 4). Inzwischen wird somit jeder vierte Jugendliche nach der Lehre arbeitslos. Geschlechtsspezifisch differenziert bedeutet dies, daß 1993 17,2 Prozent der Männer und 44,1 Prozent der Frauen, die ihre Lehre - erfolgreich oder durch Abbruch - beendet haben, arbeitslos wurden. Die jungen Frauen sind folglich zweieinhalb mal so stark betroffen wie die jungen Männer. Fast jede zweite Frau wird nach der Ausbildung arbeitslos! Die geschlechtsspezifischen Vergleichswerte für das Bundesland Sachsen-Anhalt betragen demgegenüber nur 11,8 Prozent bei den Männern und 21,6 Prozent bei den Frauen.

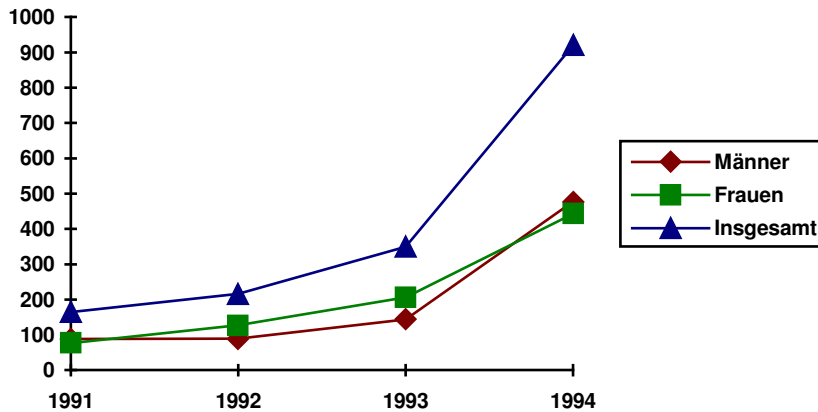
Zunächst läßt sich beim Vergleich der in der Graphik 14 aufgelisteten Zahlen feststellen, daß die Summe der jährlichen Zugänge in Arbeitslosigkeit nach vorheriger betrieblicher Ausbildung sowohl in Thüringen als auch in Jena und in Nordhausen (bis 1993) zunimmt.



Somit kann zunächst von einem generell übereinstimmenden Trend gesprochen werden. Der Vergleich der Zuwächse offenbart jedoch eine Entwicklung mit sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten: In Nordhausen ist von 1991 auf 1992 die Zahl der Zugänge in Arbeitslosigkeit aus vorheriger betrieblicher Ausbildung um das 9fache gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl in Jena "nur" um 30 Prozent. Jena lag damit unter, Nordhausen deutlich über dem für Thüringen insgesamt geltenden Trend (Anstieg in Thüringen von 1991 auf 1992 um das 2,7fache). Im darauffolgenden Zeitabschnitt, von 1992 auf 1993, wies Nordhausen nochmals fast eine Verdreifachung der Zugänge auf. Jena zog nach, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau (Anstieg um 62 Prozent). Vor der landesweiten Kontrastfolie ergibt sich dasselbe Bild wie zuvor. Mit einem Anstieg um 122 Prozent liegt der landesweite Wert über dem von Jena, aber unter dem von Nordhausen. Die bis dato gültige Parallelität der Entwicklung in Jena, Nordhausen und Thüringen endet beim Vergleich der Zuwächse von 1993 auf 1994. Denn in diesem Zeitraum stieg die hier zu betrachtende Personengruppe in Thüringen um 12 Prozent an, sank aber im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen um 17,4 Prozent. In Jena hingegen ist ein beträchtlicher Anstieg um 163 Prozent zu verzeichnen. Für das Land Thüringen kann daher eine deutliche Verlangsamung des Anstiegs der Zugänge in Arbeitslosigkeit nach der Lehre konstatiert werden. In Nordhausen ist der Anstieg nicht nur zum Erliegen gekommen, sondern sogar (vorläufig) umgekehrt worden. Ob dies ein dauerhafter Trend ist, bleibt offen. Der Arbeitsamtsbezirk Jena jedoch ist in 1994 mit einem 2,6fachen Zuwachs der Zugänge in Arbeitslosigkeit nach vorheriger Ausbildung durch eine signifikant beschleunigte Entwicklung gekennzeichnet. Allerdings sind im Bezirk Jena im Vergleich zu Nordhausen immer noch deutlich weniger Menschen nach einer betrieblichen Ausbildung arbeitslos. Die beschriebene Disparität der Entwicklung im Vergleich der Arbeitsamtsbezirke Jena und Nordhausen wiederholt sich bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung der Zahlen, denn während der Anstieg der Zugänge in Jena keine geschlechtsspezifische Komponente besitzt, ist in Nordhausen sehr wohl ein geschlechtsspezifischer Unterschied des biographischen Bruchs "Arbeitslosigkeit nach der Lehre" aufzufinden.

Graphik 15:

Zugang an Arbeitslosen in Jena nach Geschlecht - vorher in betrieblicher Ausbildung (keine Unterscheidung ob erfolgreich abgeschlossen oder abgebrochen)



Quelle: BfA 1995b

Die Graphik zeigt sehr deutlich, daß vom Anstieg der Arbeitslosigkeit nach betrieblicher Ausbildung in **Jena** Männer und Frauen annähernd gleichermaßen betroffen sind. Von einem niedrigeren Niveau startend (77 Frauen gegenüber 88 Männer) stieg die Anzahl der Frauen, die nach der Lehre arbeitslos wurden, zunächst schneller: um 65 Prozentpunkte auf 127 Personen. Die Arbeitslosigkeit der Männer stagnierte im gleichen Zeitraum. Von 1992 auf 1993

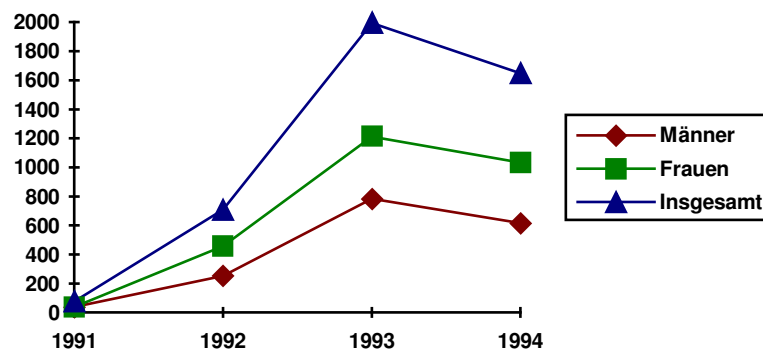
verlief die Entwicklung parallel. Beide Geschlechter legten in Jena um knapp über 60 Prozent zu. Addiert man die jährlichen Zugänge wurden 1993 144 Männern und 206 Frauen nach der Lehre arbeitslos. Der Zuwachs auf 477 Personen bei den Männern lag dann im Betrachtungszeitraum 1993/94 signifikant über dem der Frauen, denn letztere Gruppe wuchs "nur" um 237 auf die Summe von 443 Personen an. Vergangenes Jahr waren somit von den 920 Personen, die nach der Lehre arbeitslos wurden, 51,8 Prozent Männer und 48,2 Prozent Frauen. Dieses Gleichgewicht der Geschlechter im vergangenen Jahr innerhalb der analysierten Gruppe stellte sich folglich ein, nachdem zunächst die Frauen (1991/92), dann hingegen die Männer stärker betroffen waren (1993/94).

Bereits auf den ersten Blick wird ersichtlich, daß eine solche geschlechtsspezifische Neutralität der Übernahmeproblematik in **Nordhausen** nicht gegeben ist. Vielmehr hat sich in diesem Arbeitsamtsbezirk die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nach der Ausbildung scherenförmig auseinander entwickelt. Das weibliche Geschlecht ist in Nordhausen beinahe doppelt so stark betroffen wie das männliche. Auf gleichem Niveau startend (38 Männer und 39 Frauen in 1991) weisen zwar auch die Männer erhebliche Steigerungsraten auf, werden aber von den

Frauen noch deutlich übertroffen. Von 1991 auf 1992 stiegen die Zugänge in Arbeitslosigkeit nach der Lehre bei den Männern um das 6,6fache, von 1992 auf 1993 verdreifachten sie sich erneut und von 1993 auf 1994 sanken sie um 21,5 Prozent. Die Zahlen für die jungen Frauen lauten dagegen: Steigerung um über das 11fache, im folgenden Jahr Zuwachs um das 2,6fache

Graphik 16:

Zugang an Arbeitslosen in Nordhausen nach Geschlecht - vorher in betrieblicher Ausbildung (keine Unterscheidung ob erfolgreich abgeschlossen oder abgebrochen)



Quelle: BfA 1995b

Frauen noch deutlich übertroffen. Von 1991 auf 1992 stiegen die Zugänge in Arbeitslosigkeit nach der Lehre bei den Männern um das 6,6fache, von 1992 auf 1993 verdreifachten sie sich erneut und von 1993 auf 1994 sanken sie um 21,5 Prozent. Die Zahlen für die jungen Frauen lauten dagegen: Steigerung um über das 11fache, im folgenden Jahr Zuwachs um das 2,6fache

und schließlich Reduktion um 14,9 Prozent. Dieses unterschiedliche Tempo hat dazu geführt, daß von den insgesamt 1.647 Personen, die in Nordhausen nach der betrieblichen Lehre 1994 arbeitslos wurden, 37,3 Prozent Männer und 62,7 Frauen waren. Damit ist erneut bestätigt, daß junge Frauen in Nordhausen stärker von diskontinuierlichen Erwerbsverläufen betroffen sind als Männer. Stellt man in Rechnung, daß gerade auch junge Frauen - trotz der strukturellen Misere auf den Ausbildungsstellen- und Arbeitsmärkten - an einer Lebensplanung festhalten, die dauerhafte, kontinuierliche und qualifizierte Erwerbstätigkeit umfaßt (vgl. Meier 1994), wiegt ihre überproportionale Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nach der Lehre umso schwerer.

Während die durchschnittliche **Dauer der Arbeitslosigkeit** in den alten Bundesländern zur Zeit "nur" 26 Wochen beträgt, beläuft sie sich in den neuen Bundesländern derzeit auf 37 Wochen. Im Vergleich dazu liegt der Arbeitsamtsbezirk Jena mit einer durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit von 36 Wochen nur unwesentlich besser im Rennen. Der Arbeitsamtsbezirk Nordhausen liegt dagegen mit knapp 48 Wochen deutlich über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder (vgl. Bach/Jung-Hammon/Otto 1994, 27). Verglichen mit diesen Durchschnittswerten für alle von Arbeitslosigkeit betroffenen Personengruppen schneiden die nach der Lehre arbeitslos gewordenen jungen Fachkräfte erfreulicherweise wesentlich besser ab: Die überwiegende Mehrheit ist in Thüringen weniger als 6 Monate arbeitslos (zu einem großen Teil sogar deutlich kürzer). Zwar ist Arbeitslosigkeit nach der Berufsausbildung für die Mehrheit der jungen Fachkräfte - verglichen mit anderen Personengruppen - daher nicht von langer Dauer, aber die Verweildauer in Arbeitslosigkeit hat sich erhöht. Waren 1992 in Thüringen noch rund zwei Drittel aller nach der Lehre arbeitslosen Jugendlichen weniger als drei Monate arbeitslos, umfaßt dieser Personenkreis 1993 nur noch knapp die Hälfte. Dagegen stieg die Zahl derjenigen, die zwischen sechs Monaten und einem Jahr arbeitslos sind, von 11,7 Prozent in 1992 auf 21,2 Prozent 1993. Auch die Zahl der langzeitarbeitslosen Jugendlichen verdoppelte sich.

**Übersicht 11:** Dauer der Arbeitslosigkeit nach vorheriger betrieblicher oder sonstiger Ausbildung in Thüringen in Prozent

<b>Dauer der Arbeitslosigkeit:</b>	<b>1992</b>	<b>1993</b>
arbeitslos unter 1 Monat	17,8	11,0
arbeitslos 1 Monat bis unter 3 Monate	48,9	37,7
arbeitslos 3 Monate bis unter 6 Monate	15,3	16,4
arbeitslos 6 Monate bis unter 1 Jahr	11,7	21,2
arbeitslos 1 Jahr bis unter 2 Jahre	5,9	12,4
arbeitslos 2 Jahre und länger	0,4	1,2

Quelle: LAA SAT 1994c, 6

Die präsentierten Zahlen können - wie bereits erwähnt - mangels statistischen Referenzmaterials nicht daraufhin befragt werden, wie hoch der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an den Absolvent/innen der Berufsausbildung in den beiden Regionen ist. Eine ungefähre Ahnung der Größenordnungen vermitteln jedoch folgende Daten: Eine im Juni/Juli 1994 von der Jugendberufshilfe Thüringen durchgeführte Befragung unter 2.033 Jugendlichen des dritten Lehrjahres, das sind 13 Prozent aller Jugendlichen, die im Jahre 1991 eine Berufsausbildung in Thüringen begonnen hatten, ergab ein erschreckendes Bild. Zum Zeitpunkt der Befragung - kurz vor Ende des Lehrjahres - hatten nur 22,9 Prozent der weiblichen und 30 Prozent der männlichen Auszubildenden im Freistaat einen Arbeitsvertrag angeboten bekommen. "War es in der betrieblichen Ausbildung jeder dritte, der ein Angebot hatte, so war es in der außerbetrieblichen Ausbildung nur knapp jeder achte Auszubildende" (JBH 1994, 10). Da die Ge-

meinschaftsinitiative Ost und Maßnahmen nach § 40c AFG auch als Auffangbecken für Personengruppen fungieren, die unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten als Problemgruppen gelten (Frauen, Schulabgänger/innen ohne 10. Klasse-Abschluß), verwundert nicht, daß dieser Personenkreis besonders stark von Arbeitslosigkeit nach der Lehre betroffen ist. Diesem Problemkomplex kann sich nicht anhand arbeitsamtsspezifischer Daten genähert werden. Aus diesem Grunde muß hier - um einen Einblick in die Dimensionen dieser spezifischen Problematik zu erlangen - auf die Datenbasis des IAB zurückgegriffen werden, welche auf einer repräsentativen Befragung des Prüfungsjahrganges 1993 basiert (vgl. Übersicht 12). Nicht einmal die Hälfte der befragten Absolvent/innen waren Mitte 1994 erwerbstätig, davon nur 60 Prozent im erlernten Beruf. Bei den nicht Erwerbstätigen zeigen sich erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede im Verbleib. Mehr als ein Drittel der jungen Frauen ist arbeitslos und weitere 6 Prozent sind aus familiären Gründen (vorübergehend) aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Von den Männern leisteten dagegen knapp 30 Prozent Wehr- oder Zivildienst und es waren "nur" 12 Prozent arbeitslos. Auch der erreichte Schulabschluß hat Einfluß auf die berufliche Integration: Absolvent/innen mit dem Abschluß der 10. Klasse sind häufiger erwerbstätig und in geringerem Umfang arbeitslos als Jugendliche mit niedrigerem Schulabschluß.

**Übersicht 12:** Verbleib der Auszubildenden aus Maßnahmen nach § 40c AFG, die 1993 ihre Ausbildung abgeschlossen haben, im Sommer 1994, in Prozent

<b>Verbleib:</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>Frauen</b>	<b>Männer</b>	<b>bis einschließl. Hauptschulabschluß</b>	<b>Abschluß 10. Klasse</b>
erwerbstätig	44	45	43	35	48
Lehre/Schule o.ä.	14	12	15	17	13
arbeitslos	25	36	12	35	22
Mutterschaft/Erziehungsurlaub/Wehr- oder Zivildienst	16	6	29	13	16
nicht erwerbstätig aus sonstigen Gründen	1	1	1	-	1

Quelle: Schober 1994c, 11

Ähnliche, wenngleich noch dramatischere Erkenntnisse förderte auch eine Untersuchung des BiBB zutage (vgl. Ulrich/Westhoff 1994). Insofern kann als empirisch abgesichert gelten, daß sich der in den neuen Ländern ohnehin schwierige Übergang von der Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt für außerbetrieblich ausgebildete Jugendliche besonders prekär gestaltet.

Die auf dem Ausbildungsplatzsektor nach wie vor gültige "Versorgungsmentalität", die auch zu einer staatlich geförderten "Ausbildung auf Vorrat", d.h. über den Eigenbedarf der Betriebe hinaus, führt - so notwendig diese Maßnahmen ohne Zweifel zur Sicherung der Ausbildungskapazitäten sind - wird die Probleme an der zweiten Schwelle in Zukunft noch verstärken. Ihrer eigenen schlechten Beschäftigungschancen nach beendeter außerbetrieblicher Lehre sind sich die Jugendlichen dabei durchaus bewußt (vgl. Schober 1994c, 20).

Doppelt benachteiligt sind junge Frauen, da sie nicht nur aufgrund ihres Geschlechts schlechtere Beschäftigungschancen besitzen, sondern auch weil sie überdurchschnittlich häufig außerbetrieblich ausgebildet sind. Das weibliche Geschlecht ist daher zwar nicht allein, aber ganz besonders von Arbeitslosigkeit nach der Lehre und dem damit einhergehenden beeinträchtigten Berufsverlauf betroffen (häufigere Teilzeit- oder befristete Beschäftigung, geringe-



res erzielt es Einkommen, häufigere nicht ausbildungsadäquate Beschäftigung, häufigere Betroffenheit von Mehrfach- und Langzeitarbeitslosigkeit; vgl. Schober 1994d, 23 f.).

### 3.4. Informationen und Daten zu ausgewählten Berufen

Amtliche Daten zur Konzentration der Arbeitslosigkeit auf bestimmte Berufsgruppen liegen lediglich für den Bereich des Landesarbeitsamtes **Sachsen-Anhalt/Thüringen vor**. Zu den besonders betroffenen Berufen zählen dabei die Bürofach- und Bürohilfskräfte (16,6 Prozent aller Arbeitslosen nach vorheriger betrieblicher Ausbildung hatten diesen Beruf erlernt), gefolgt von den Warenkaufleuten (11,0 Prozent) und den Rechnungskaufleuten bzw. EDV-Fachleuten (7,1 Prozent). Die Maurer liegen mit 3,5 Prozent noch vor den Elektrikern (3,2 Prozent) und den Schlossern mit 3,1 Prozent (LAA SAT 1994c, 5). Nach Angaben des Landesarbeitsamtes, das sich hier auf eine repräsentative Erhebung des BIBB stützt, erhielten im Jahre 1993 die Fachkräfte aus kaufmännischen und verwaltenden Berufen etwas häufiger Übernahmeangebote (44 Prozent) als Absolvent/innen aus Metall- und Elektro- (40 Prozent) bzw. sonstigen Berufen (35 Prozent). Zum Vergleich die westdeutschen Zahlen: Eine dort ebenfalls 1993 durchgeführte Befragung ergab, daß trotz sich zuspitzender Situation an der zweiten Schwelle im Westen immerhin 72 Prozent der '93er Absolvent/innen aus Metall- und Elektroberufen sowie 80 Prozent der Absolvent/innen aus Dienstleistungsberufen ein Beschäftigungsangebot in "irgendeiner Form" erhielten (LAA SAT 1994c, 9).

#### Übersicht 13: Jugendliche aus Thüringen mit angebotenen Arbeitsvertrag nach Berufen

Beruf	gesamt	mit AV	in %
Fleischer	47	25	53,2
Dachdecker	52	24	46,1
Friseur/in	78	35	44,9
Kfm./Kfr. im Einzelhandel	125	41	32,8
Maurer	172	53	30,8
Bürokaufmann/frau	233	61	26,2
Maler, Lackierer	86	22	25,6
Tischler	110	28	25,5
Zimmerer	79	20	25,3
Industriekaufmann/frau	87	21	24,1
Gärtner/innen	78	17	21,8
Verkäuferinnen	77	11	14,3
Koch/Köchin	63	8	12,7
Holzbearbeiter	24	3	12,5
Hauswirtschaftlerinnen	123	11	8,9
Gartenbaufachwerker/in	14	0	0,0
Bau- u. Metallmaler	11	0	0,0
Metallbearbeiter/innen	20	0	0,0

Quelle: JBH 1994

Zusätzlich kann an dieser Stelle auf eine bereits erwähnte Untersuchung der JBH Thüringen zurückgegriffen werden (Übersicht 13). Aufgrund ihrer methodischen Schwächen kann sie jedoch nicht als repräsentativ gelten (so die Selbsteinschätzung in der Einleitung). Sie ist daher bezüglich der Frage, welche Berufe eine gute, welche eine schlechte Übernahmekchance bieten, nur sehr bedingt aussagekräftig. Zudem muß berücksichtigt werden, daß sich zahlrei-

che Arbeitgeber mit einem Arbeitsvertrags-Angebot an ihre Auszubildenden Zeit lassen. Nicht jeder Jugendliche, der im Juni 1994 angeben mußte, noch keinen Arbeitsvertrag zu haben, muß deswegen automatisch ohne einen solchen geblieben sein.

Mit der gebotenen Vorsicht läßt sich folgender Trend erkennen: vergleichsweise gute Übernahmechancen in einigen bestimmten handwerklichen Berufen, heterogenes Bild in den Bauberufen und schlechte Chancen auf einen Arbeitsvertrag in Berufen aus dem gewerblich-technischen Bereich und einigen Dienstleistungsberufen. Das heterogene Bild, das diese Erhebung von den Übernahmechancen in den Bauberufen zeichnet, weicht von der Einschätzung der Berufsberatung des Arbeitsamtes Nordhausen ab. Diese charakterisierte die Beschäftigungsperspektiven selbst der außerbetrieblich ausgebildeten Bau-Jugendlichen folgendermaßen: "Die gehen weg wie warme Semmeln".

Laut des IAB-Werkstattberichts zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot entfallen 60 Prozent der vakanten Stellen in den neuen Ländern im zweiten Quartal 1994, der Stellen also, die unverzüglich besetzt werden sollen, überwiegend auf Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten. "Dies ist ein Indiz für die offenbar beträchtliche und anhaltende Dynamik in diesem Segment" (Leikeb/Spitznagel 1994, 3). Gut ein Fünftel der Vakanzen entfalle dabei auf das Baugewerbe, so daß gesagt werden könne, dieser Bereich trage - zusammen mit dem Dienstleistungssegment - "in besonderem Maße die Arbeitsnachfrage" (ebd.).

## **4. Regionale Entwicklungstrends**

### **4.1. Wachstums-, Beschäftigungs- und Qualifikationsprognosen für Ostdeutschland, Thüringen und die beiden Regionen**

Wirtschaftliche Entwicklungen zu prognostizieren ist - selbst wenn es sich um kurzfristige Entwicklungsvorhersagen handeln soll - aufgrund der Umweltoffenheit von wirtschaftlichen Systemen, ihrer Komplexität, internen Vernetztheit bzw. exogenen Faktorabhängigkeit und anderen erschwerenden Einflüssen ein überaus unsicheres Geschäft. Dieser schwierigen Aufgabe unterziehen sich regelmäßig die etablierten Wirtschaftsforschungsinstitute. Ihre Prognosen für Ostdeutschland (vgl. Bach/Jung-Hammon/Otto 1994, 36) für 1995 lauten folgendermaßen<sup>9</sup>:

#### **Prognosen für Ostdeutschland**

Die Bruttoanlageninvestitionen werden zwischen 13 und 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr zunehmen, die Bauten um 14 bis 19,5 Prozent. Die für dieses Jahr erwartete Steigerung des Bruttoinlandsprodukts beläuft sich auf 8 bis 10 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen wird um 1 Prozent zunehmen, die Arbeitslosigkeit auf der Höhe von knapp über 1 Million verharren. Die prognostizierte Quote liegt demnach zwischen 13,9 und 14,5 Prozent. Diese Daten prognostizieren Ostdeutschland damit im Trend übereinstimmend für 1995 ein relativ kräftiges Wirtschaftswachstum, das jedoch ohne nennenswerte Beschäftigungseffekte bleibt. Die Arbeitslosigkeit verharrt demnach auf dem bekannten Niveau. Für diese Annahme spricht auch die im internationalen Vergleich geringe Beschäftigungsintensität des wirtschaftlichen Wachstums in Deutschland (vgl. Walwei/Werner 1994), zum anderen die begründete Annahme, daß die im Gefolge moderner Managementkonzepte (lean production) umgesetzten Rationalisierungsstrategien die Betriebe in die Lage versetzen, eine deutliche Wiederbelebung der Nachfrage auch ohne Personalaufstockungen zu befriedigen (vgl. Reuter 1993). Selbst wenn also zutreffen sollte, daß die "Talsole bei der Beschäftigung in den neuen Bundeslän-

---

<sup>9</sup> Angegeben sind jeweils die Extremwerte, d.h. die niedrigste Prognose (mit Ausnahme des Bruttoinlandsproduktes [DIW] entstammt sie der Gemeinschaftsdiagnose von DIW, HWWA, ifo, IfW, IWH und RWI) und die Maximalwert-Prognose, die auf das WSI zurückgeht.

dem in diesem Jahr [1994, MS] erreicht oder durchschritten" wurde (Leikeb/Spitznagel 1994, 14), muß damit keine spürbare Verbesserung der Arbeitsmarktlage verbunden sein. Für seinen Bezirk teilt diese Einschätzung auch der Direktor des Arbeitsamtes Jena. Er rechnet in 1995 mit einer "weiteren leichten Entspannung" auf dem regionalen Arbeitsmarkt (AA Jena 1995). Allerdings begann das Jahr 1995 mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk Jena von 1,6 Prozent im Januar.

### **Beschäftigungsabbau in Großbetrieben**

Ulrich Degen und Günter Walden vom BIBB äußern, gestützt auf ihre empirischen Ergebnisse, die Befürchtung, daß es insbesondere in größeren Betrieben zu einem weiteren Beschäftigungsabbau kommen werde. Eine pessimistische Sicht der Beschäftigungsentwicklung herrsche demnach vor allem in größeren Betrieben ab 250 Beschäftigten vor. Von Bedeutung sei dies insbesondere deshalb, da ihnen eine "bedeutende Rolle bei der Herausbildung eines leistungsfähigen dualen Systems der Berufsbildung" (Degen/Walden 1994, 2061) zugemessen wird. Eine Folge dieses sich fortsetzenden Beschäftigungsabbaus dürfte daher auch eine Verschärfung der Nicht-Übernahme-Problematik sein. Allerdings muß für den Arbeitsamtsbezirk Jena und insbesondere für Nordhausen in Frage gestellt werden, ob die verbliebenen Mittel- und Großbetriebe diese Säulenfunktion im Bereich der Ausbildung überhaupt wahrnehmen und - damit verbunden -, ob die relativ geringen Ausbildungskapazitäten derselben von einem eventuellen Beschäftigungsabbau betroffen wären (vgl. unten).

### **Handwerk**

Auch für den Handwerksbereich liegen zwieschlächtige Zukunftsprognosen vor. Heribert Späth, der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), befürchtet, daß sich in den neuen Ländern im Handwerk ein konjunktureller Wendepunkt abzeichne. Zwar sei die Beschäftigung im Handwerk in den neuen Bundesländern im vergangenen Jahr um 15 Prozent auf 1,17 Millionen angestiegen - bei einer Zunahme der Zahl der Handwerksbetriebe um 6 Prozent auf 146.800 Betriebe -, aber schon die Wachstumszahlen des vergangenen Jahres seien rückläufig gewesen. "Die Stabilität der Betriebsentwicklung müssen wir vor diesem Hintergrund mit einem dicken Fragezeichen versehen" (Handelsblatt vom 17/18.2.1995).

### **Wachstumsbranchen**

Positivere Zukunftsaussichten vermittelt der Abschlußbericht der Strategiekommision des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. Dieser räumt den beschäftigungsstarken Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Feinmechanik/Optik trotz eines bisher starken Beschäftigungsabbaus Wachstumschancen ein. "Hohe Zukunftspotentiale" wiesen demnach auch die etwas beschäftigungsschwächeren Branchen wie Chemie, Pharmazie und Telekommunikation auf (TMWK 1994, 64).

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bescheinigt den Wirtschaftszweigen Thüringens, die von der regionalen und lokalen Endnachfrage abhängen (Einzelhandel, bestimmte Dienstleistungen und das Handwerk), aufgrund der eher verhaltenen Einkommensentwicklung unterdurchschnittliche Wachstumsaussichten (ähnlich Pfeiffer/Dübel 1993, 33). In "extremer Weise" ist die Bauwirtschaft von der Binnenkonjunktur und dem zyklischen Verhalten der öffentlichen und privaten Inlandsnachfrage abhängig (vgl. Johannson/Schuler 1994, 66). "Außerordentlich günstig" ist folglich aufgrund relativ positiver konjunktureller Prognosen die Entwicklung der Bauwirtschaft einzuschätzen, "da die Nachfrage der öffentlichen Hand wie auch der Privaten auf mittlere Sicht noch steigen wird" (DIW 1994, 343). Wachstumspotentiale werden außerdem den Industriebereichen, die Vorleistungen für die Bauwirtschaft erbringen, dem Fremdenverkehr, dem Großhandelsbereich sowie dem Kredit- und Versicherungsgewerbe zugeschrieben. Trotz dieser optimistischen - an anderer Stelle als

"schönfärberisch" bezeichneten (Dähne 1994, 15) - Annahmen wird auch von seiten des DIW nur von einem "leichten Beschäftigungsaufbau bis zum Jahr 2000" ausgegangen (DIW 1994, 344).

### **Ausbildungsplatzsituation/Übernahmesituation**

Insgesamt ist angesichts dieser Prognosen wohl davon auszugehen, daß sich die Ausbildungsplatzsituation auch mittelfristig kaum grundlegend verändern wird, d.h. der Ausbildungsstellenmarkt einer mit Vorteilen für die Ausbildungsplatzanbieter bleibt. Ohne deutliche Verbesserung der Beschäftigungssituation, die von keinem erwartet wird, dürfte sich auch die Übernahmesituation nicht signifikant entspannen - von lokalen und wahrscheinlich eher temporalen Ausnahmen einmal abgesehen. Generell wird die Übernahmesituation aufgrund der kleinbetrieblichen Ausbildungsstrukturen zukünftig davon abhängen, wie sich die zahlreichen neugegründeten Handwerksbetriebe am Markt behaupten können und entwickeln werden.

### **Qualifikationsprognose**

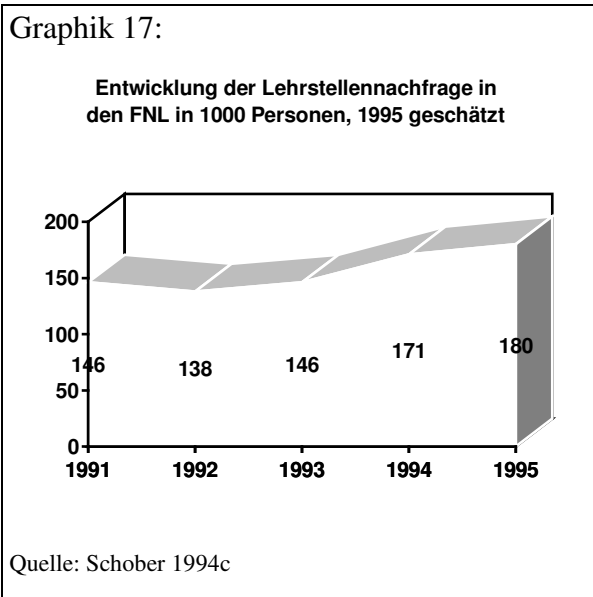
Für die jungen weiblichen Fachkräfte in den neuen Bundesländern lassen sich folgende Beschäftigungsperspektiven prognostizieren. Ihre Berufswunsch- und Beschäftigungsschwerpunkte liegen vorwiegend im Dienstleistungssektor (z.B. in Nordhausen: Bürokauffrau, Kauffrau im Einzelhandel, Verkäuferin). Tendenziell könnte sich die Arbeitsplatzsituation für sie verbessern, wenn der Trend eines Abbaus von Beschäftigung im primären und sekundären Sektor zugunsten einer gleichzeitigen Ausdehnung der Beschäftigung im tertiären Sektor anhält, der die meisten Frauenarbeitsplätze bereithält. Aber: "Aus der Tatsache, daß der Beschäftigungsschwerpunkt der Frauen im Dienstleistungsbereich liegt, läßt sich nicht generell auf positive Entwicklungschancen für die Zukunft schließen. Ein Großteil der Frauen arbeitet vielmehr im Bereich der Primären Dienstleistungen, die in Zukunft stagnieren (z.B. Fachverkäuferinnen) oder schrumpfen dürften (z.B. einfache Tätigkeiten oder Sachbearbeiterfunktionen im Büro)" (BfA 1994, 69). Diese Einschätzung stützt sich auf Trendaussagen der Prognos AG. Sie prophezeite den Tätigkeitsfeldern im Bürobereich, die in der Vergangenheit im Westen noch leicht expandierten, daß sie "in Zukunft mit erheblicher 'Geschwindigkeit' zurückgehen" werden (Prognos AG, 240). Zwar expandieren die Wirtschaftszweige mit der traditionell höchsten Besetzung an Bürotätigkeiten, aber diesen stimulierenden Impulsen stehen die Wirkungen arbeitskräftesparender Rationalisierungstechnologien gegenüber. Diese auf Westdeutschland zugeschnittene Prognose dürfte auch für den Osten gelten (vgl. BfA 1994, 67).

### **Schwierigkeit von Qualifikationsprognosen**

An dieser Stelle soll das seherische Spiel mit Prognosen sein Ende finden, denn einen "Qualifikationsbedarf zu ermitteln ist außerordentlich schwierig, weithin sogar unmöglich, vor allem auch in den jeweiligen Quantitäten in Hinblick auf die 'richtige' Gesamtstruktur des Arbeitsmarktes" (DIW 1994, 145). Die Schwierigkeit, zukünftige Qualifizierungsbedarfe zu ermitteln, liegt nicht allein in dem Problem der Prognostizierung der wirtschaftlichen Entwicklung, vielmehr in der Unkenntnis der Unternehmen über zukünftig einzusetzende Arbeitsmethoden und Techniken sowie daraus sich ergebenden Qualifizierungs- und Anpassungserfordernissen für die Beschäftigten.

## **4.2. Prognostizierbare quantitative Entwicklungen im Ausbildungsplatzsektor**

Etwas einfacher als die Vorhersage qualitativer Entwicklungen gestaltet sich die Prognose quantitativer Dynamiken. Für die kommenden Jahre wird vom IAB für ganz Ostdeutschland aufgrund der demographischen Entwicklung mit einem weiteren Ansteigen der Ausbildungsnachfrage gerechnet. "Allein 1995 nimmt die Altersgruppe der 15- bis unter 20jährigen gegenüber dem Vorjahr um rd. 6 Prozent zu. Unterstellt man eine Zunahme der Lehrstellennachfrage in gleichem Umfang, so dürfte 1995 mit einem Anstieg der Bewerber/innen um Berufsausbildungsstellen auf mindestens 180.000 zu rechnen sein (...). Ergänzt um junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 25 Jahren, die eine Lehrausbildung aufnehmen wollen (in den vergangenen Jahren jeweils rd. 5.000), dürfte die Gesamtnachfrage 1995 die Zahl von 180.000 deutlich übersteigen. Damit dürfte klar sein, daß auch 1995 wieder erhebliche Engpässe auf dem Lehrstellenmarkt zu erwarten sind" (Schober 1994c, 14 f.). Diese Einschätzung deckt sich zum einen mit den Prognosen des DGB, der für das Ausbildungsjahr 1994/95 erneut eine betriebliche Ausbildungsplatzlücke von ca. 100.000 Stellen erwartet (DGB 1994a). Zum anderen legen auch die bisher verfügbaren Zahlen für das Ausbildungsjahr 1994/95 eine

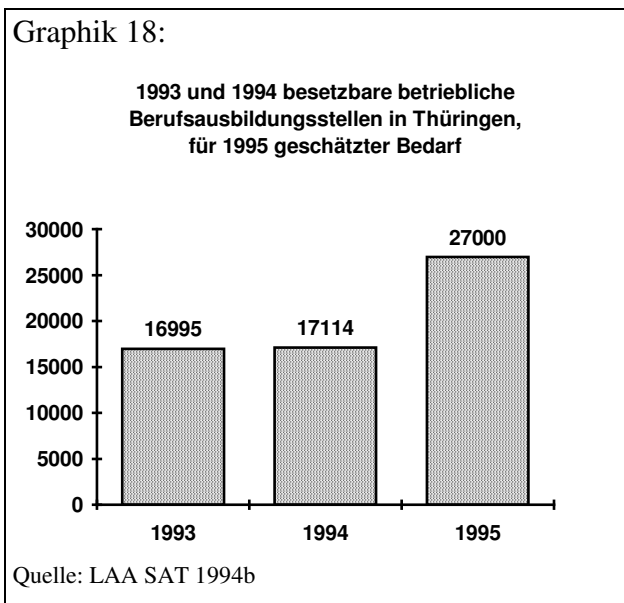


pessimistische Sicht der Dinge nahe: Von Oktober 1994 bis Ende Februar 1995 ist die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen in den FNL im Vorjahresvergleich um 2,8 Prozent auf 52.600 gesunken. Die Bewerber/innen-Zahlen sind um 16,6 Prozent auf 139.500 gestiegen (FAZ vom 16.3.1995). Auch das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen erwartet für 1995 weiter ansteigende Schulabgänger/innen-Zahlen und eine wachsende Altnachfrage, so daß für 1995 etwa 27.000 betriebliche Berufsausbildungsstellen in Thüringen für erforderlich gehalten werden. Aufgrund der rückläufigen Zahl der ab 1980 Geborenen werden es jedoch "von Jahr zu Jahr dann ra-

pide weniger werden" (LAA SAT 1994b, 13).

Graphik 18 gibt neben den erreichten Niveaus die Zahl der besetzbaren betrieblichen Ausbildungsstellen in 1995 steigen müßte, um die Nachfrage befriedigen zu können. Dieses Ausgleichsverhältnis wird auch 1995 in Thüringen nicht hergestellt werden können. Für die beiden Regionen Jena und Nordhausen muß analog zu FNL-Trends befürchtet werden, daß in den Klein- und Handwerksbetrieben sowie in den freien Berufen erste Sättigungstendenzen im Ausbildungsbereich erreicht werden, so daß ein leichter Abwärtstrend bei der Bereitstellung von Ausbildungskapazitäten zu erwarten wäre (Schober 1994c, 6). Zugleich kann jedoch angenommen werden, daß kein markanter Einbruch des quantitativen Angebotes an Ausbil-

der vergangenen Jahre an, auf welches Niveau



dungsplätzen erwartet werden muß - sollten sich die positiven gesamtwirtschaftlichen Prognosen für Ostdeutschland als richtig herausstellen. Vielmehr könnte der nach oben weisende Wachstumspfad wie auch die sich intensivierende öffentliche Diskussion um die Ausbildungsmisere in Ostdeutschland dazu beitragen, einige bislang nicht-ausbildende Betriebe in bestimmten Branchen zu veranlassen, erstmals die Ausbildung aufzunehmen. Sollten jedoch auch in den beiden Regionen die Bewerber/innen-Zahlen erneut um ca. 15 Prozent ansteigen, dürfte dies nicht viel nützen.

Ambivalente Züge besitzt auch die Prognose des BIBB. Gestützt auf eine Befragung von 1.575 ausbildenden Betrieben in den neuen Bundesländern geht sie zwar ebenfalls davon aus, daß die meisten Betriebe Ostdeutschlands die Zahl ihrer Ausbildungsplätze in den nächsten Jahren halten werden, betont jedoch, generell gelte zugleich, "daß ein erheblicher Teil der Ausbildungsbetriebe beabsichtigt, in Kürze die Ausbildungskapazitäten zu reduzieren" (Degen/Walden 1994, 2.064). Dies treffe insbesondere für Unternehmen zu, die folgende Merkmale aufwiesen: größerer Betrieb (ab 250 Beschäftigte) im verarbeitenden Gewerbe, Treuhand- bzw. Ex-Treuhand-Betrieb mit schlechter Auftragslage. Rund 40 Prozent der Betriebe, die in kaufmännischen Berufen ausbilden, gaben zudem an, die Zahl der Ausbildungsplätze reduzieren zu wollen. Von den befragten Unternehmen wurden dabei als Gründe neben fehlendem Bedarf an Fachkräften, die schlechten ökonomischen Bedingungen und die Kosten der Ausbildung angeführt. Offensichtlich wirkt sich somit eine von Seiten der Betriebe getroffene ungünstige Einschätzung der allgemeinen Perspektiven direkt auf ihr Ausbildungsengagement aus. "Zusammenfassend ist festzustellen, daß das Ausbildungsengagement vieler Betriebe in den neuen Bundesländern in hohem Maße instabil ist (...). Von einer Verankerung des dualen Systems der Berufsbildung in den neuen Ländern kann also nicht die Rede sein" (Degen/Walden 1994, 2.065).

Zumindest drei der in **Jena** angesiedelten Großbetriebe und Ausbildungsträger (Jenoptik, Jenapharm und Carl Zeiss Jena) werden voraussichtlich 1995 ihre Beschäftigtenzahlen weiter reduzieren. Jedoch nur bei Carl Zeiss Jena steht bislang in Frage, ob 1995 neue Auszubildende aufgenommen werden.

## **5. Duales System als institutionelle Reformaufgabe**

### **5.1. Zur Notwendigkeit grundlegender Strukturveränderungen**

Die bisherigen Ausführungen zur Situation der dualen Berufsausbildung im Bundesgebiet Ost, in Thüringen und spezieller in den beiden Arbeitsamtsbezirken Jena und Nordhausen haben gezeigt, daß das Angebot an Ausbildungsstellen weder unter quantitativen Aspekten, noch unter qualitativen, geschweige denn geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten befriedigend ist. Vielmehr offenbart sich eine strukturelle Krise des dualen Systems der Berufsausbildung, die sich, das ist aufgrund der bisher für 1995 vorliegenden Zahlen zu befürchten, weiter zuspitzen wird. Gleichermäßen unzureichend sind die Übernahme- und Beschäftigungsperspektiven junger Fachkräfte.

Auf regionaler, landesweiter wie auch auf bundespolitischer Ebene entsteht damit ein immenser Handlungsbedarf. Krisenverschärfend und destabilisierend wäre daher bildungs- und beschäftigungspolitischer Attentismus. Es gilt, den Möglichkeits- und Entscheidungsspielraum Jugendlicher an der ersten und zweiten Schwelle deutlich auszuweiten, um die individuellen und gesellschaftlichen Risiken zu minimieren, die aus Berufsstartproblemen resultieren. Von allen am dualen System beteiligten oder partizipierenden Trägern, Institutionen und Verbänden ist daher Handlungsfähigkeit gefordert. Daher sollen zum Schluß einige Vorschläge, die in diese Richtung weisen, unterbreitet werden. Dabei ist verschiedenes zu beach-

ten. Im **Westen** der Bundesrepublik geht es u.a. auch darum, durch die Verknüpfung von dualer Ausbildung und Studienberechtigung sowie durch eine Erhöhung der Attraktivität der dualen Berufsbildung das Bildungswahlverhalten zu verändern, um die Aushöhlung des dualen Systems - durch den arbeitsmarktpolitischen Zwang zu formaler Höherqualifizierung und dem daraus resultierenden hochschulfixierten Bildungswahlverhalten - zu stoppen. Im **Osten** der Bundesrepublik sind hingegen gänzlich andere Probleme vorrangig zu lösen. Auf das vorhandene Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage an erster und zweiter Schwelle kann unterschiedlich reagiert werden. Zu unterscheiden sind eher reaktive, kurzzeitige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und sozialen Abfederung von Beschäftigungslosigkeit (z.B. ABM) und eher aktive, langzeitorientierte und vorausschauende beschäftigungs- bzw. strukturpolitische Interventionen. Unter letztere Kategorie fielen z.B. folgende immer wieder erhobenen, keineswegs jedoch traditionellen, vielmehr innovations-trächtigen Maßnahmen, die hier kurz angeführt werden sollen. Diese Maßnahmen, zu deren Durchsetzung es eines bundesweiten hegemonialen Konsenses bedürfte (der z.Z. nicht abzu-sehen ist), wären in der Lage, die strukturelle Krise des dualen Systems zu beseitigen.

- o Statt kurzfristige Notprogramme aufzulegen sollte die Berufsausbildung im Rahmen einer zukunftsorientierten Strukturpolitik durch intelligente Förderprogramme gestützt werden. Dadurch könnten langfristig tragfähige Qualifizierungs- und Personalentwicklungsstrukturen aufgebaut werden. In diese Richtung würden z.B. Verbundlösungen weisen, d.h. überbetrieblich arbeitende regionale Bildungszentren, die als Dienstleister für Klein- und Mittelbetriebe fungieren. Neben spezifischen Ausbildungsleistungen könnten sie Beratungsaufgaben im Dienste der KMU wahrnehmen: Welche rechtlichen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen müssen für die betriebliche Berufsausbildung geschaffen werden? Welche personellen Ressourcen können wo und wie für Ausbildungsaufgaben eingesetzt werden? Was sind potentielle Kooperationspartner? usw. Einen Bedarf an solchen Beratungen gibt es, das zeigen Untersuchungen bezüglich der Ausbildungshemmnisse von nicht-ausbildenden Betrieben. Allerdings werfen solche Programme ein Finanzierungsproblem auf. Letztendlich münden sie daher in fondsgestützte Finanzierungsvorschläge.
- o Schon in den 80er Jahren wurde von seiten der Gewerkschaften unter dem Motto "Wer nicht ausbildet muß zahlen!" eine Fondsregelung zur Kostendeckung der Ausbildung vorgeschlagen, von der man sich v.a. die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen versprach. Ein solches Modell, in Dänemark erfolgreich praktiziert, sieht z.B. eine gesetzliche Berufsbildungsabgabe bei Unterschreiten der staatlich bestimmten Ausbildungsquote unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Gesamtnettkosten je Ausbildungsplatz vor. Die über die Industrie- und Handwerkskammern oder die Arbeitsämter zu verteilenden monetären Mittel könnten einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage nach Lehrstellen erreichen (vgl. DGB 1994b, Teil II, 100 ff.).
- o Radikal, im Sinne von an die Wurzel gehend, sind auch Reformvorschläge, die den strukturell geschlechterdiskriminierenden Zuschnitt des beruflichen Bildungssystems beseitigen wollen. Dies hieße u.a. eine "Dualisierung aller Berufserstausbildungen", v.a. eine "Integration der weiblich dominierten Schulberufsausbildung in das Berufsbildungsgesetz" (vgl. Meier 1994).

Diese keineswegs vollzählige Auflistung tiefgreifender Strukturveränderung in der Berufsausbildung - zu erwähnen wäre z.B. noch eine gesetzliche Verankerung eines Rechts auf Ausbildung - soll hier abgebrochen werden. Zwar besitzen diese Vorschläge den Vorteil, daß sie sich nicht nur in subventionspolitischen Feuerwehreaktionen ergehen (wodurch das duale System nicht dauerhaft und zuverlässig gesichert werden kann), aber sie rufen Widerstand hervor und sind derzeit größtenteils politisch schwer durchsetzbar. Selbst Hans-Peter Stahl vom DIHT spricht davon, daß man sich in der Bildungspolitik nicht mit "Trippelschritten

begnügen" könne und prophezeit vielmehr mit Blick auf die berufliche Bildung im 21. Jahrhundert daß "nichts so bleiben (wird, MS), wie es war" (Stihl 1994, 33).

Im folgenden soll statt dessen eine Konzentration auf Vorschläge erfolgen, deren Adressaten landes- oder regionalpolitische Akteure sind, die auch ohne bundesweite Einbettung realisierbar erscheinen und die kurzfristig erfolgversprechend sein könnten.

## 5.2. Struktur-, arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Interventionspotentiale

Die Bindung an den Einzelbetrieb ist das rechtlich über den Ausbildungsvertrag abgesicherte Kernstück der deutschen Berufsausbildung. Dies bedeutet, daß für die Kosten der Ausbildung - eigentlich eine von allen Unternehmen zu tragende Verantwortung - nur diejenigen Betriebe aufkommen, die auch tatsächlich ausbilden. Nach Angaben des BIBB belaufen sich die Netto-Vollkosten für einen Auszubildenden<sup>10</sup> pro Jahr auf durchschnittlich 17.862 DM (BIBB April 1994). Vom Grundsatz her zieht dies eine betriebswirtschaftlich geprägte Betrachtungsweise der Berufsausbildung nach sich. Es ist sogar zu befürchten, daß im Zuge der Durchsetzung schlanker Produktion und der Umstrukturierung von Unternehmen in profit-center Ausbildung noch stärker als betriebswirtschaftlicher Kostenballast betrachtet wird, so daß im Zeichen von lean production ein Wechsel zu lean qualification stattfinden könnte.

Neben gewissen Vorteilen - klare Konstituierung eines Verhältnisses von Rechten und Pflichten zwischen ausbildendem Betrieb und Azubi, Einsparung von Einarbeitungskosten, geringes Fehlbesetzungsrisiko usw. - beinhaltet der Einzelbetriebsbezug somit auch einen entscheidenden Nachteil. Dieser besteht schlicht darin, daß die Betriebe, denen die Ausbildung zu teuer oder aus anderen Gründen zu aufwendig erscheint, nicht ausbilden. Daraus ergibt sich die Frage, was Betriebe dazu bringt, die Ausbildung von Jugendlichen erstmals aufzunehmen oder auszuweiten?

### Öffentliche Förderprogramme

Während unzweifelhaft ist, daß die aktuelle und zukünftig erwartete wirtschaftliche Situation des Betriebes die Ausbildungsneigung beeinflußt, ist umstritten - da daneben zahlreiche weitere Ausbildungshemmnisse bestehen können (vgl. v. Bardeleben 1993) - inwieweit öffentliche Unterstützungsprogramme und Finanzspritzen dazu beitragen können, Ausbildungsbereitschaft zu fördern. Häufig werden zudem ordnungspolitische Einwände gegen die direkte Subventionierung von Ausbildungsplätzen im Industriesektor erhoben, da Mitnahmeeffekte befürchtet werden. Solche Argumente werden seltener für den Bereich des Handwerks oder der Freien Berufe geltend gemacht. Laut Degen/Walden sind insbesondere die Betriebe im Bereich der Handwerkskammern (kleinere Betriebe), weniger jedoch die Praxen der Freien Berufe, auf finanzielle Unterstützung im Ausbildungsbereich angewiesen. Obwohl sie zugeben, daß die Entscheidung hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten (Abbau oder Aufbau) offensichtlich nicht vorrangig vom Ausmaß öffentlicher finanzieller Zuwendungen abhängt, schlagen sie eine Differenzierung von Förderprogrammen nach Kammerzugehörigkeit und Betriebsgröße vor (vgl. Degen/Walden 1994, 2.072). Dergleichen könnte daher auch von der Landespolitik Thüringens gefordert werden. Degen/Walden konnten jedoch auch feststellen, daß 73 Prozent aller befragten Thüringer Betriebe auch **ohne** finanzielle Unterstützung aus-

---

<sup>10</sup> Zu den einzelbetrieblichen Kosten der Ausbildung sind sehr unterschiedliche Schätzwerte zu finden. Burkhard Lutz vom ISF München schätzt die Kosten der Ausbildung im Industriebereich auf 80.000 DM, während seiner Meinung nach die Nettokosten im Handwerk aufgrund des produktiven Beitrages der Azubis "gleich Null oder negativ sind" (Lutz 1992, 3). Die "Wirtschaftswoche" hingegen beziffert die Kosten der Ausbildung zum Werkzeugmacher oder Chemielaborant auf 100.000 bis 150.000 DM (Wirtschaftswoche vom 8.10.1993, 32)



bilden würden. Die Betriebe Thüringens nehmen in diesem Punkt eine Spitzenreiterposition im Vergleich zu allen neuen Bundesländer ein. Immerhin 23 Prozent der befragten Betriebe antworteten mit Nein, sind also offensichtlich relativ stark auf öffentliche Zuwendung zur Aufrechterhaltung der Ausbildung angewiesen.

### **Thüringens Förderinstrumentarium im Ausbildungsplatzsektor**

Nach Angaben des Landesarbeitsamtes kommt die staatliche Förderung in Thüringen bereits vornehmlich Handwerksbetrieben zugute (LAA SAT 1994b, 5). Das LAA bezieht sich hier offensichtlich auf das Förderprogramm der Landesregierung Thüringen, angesiedelt beim Wirtschaftsministerium, das die Bereitstellung eines betrieblichen Ausbildungsplatzes bislang mit einmaligen DM 4.000 für männliche, DM 5.000 für weibliche und DM 6.000 für leistungsbeeinträchtigte Jugendliche fördert. Dieses Förderinstrumentarium muß jedoch in doppelter Hinsicht kritisiert werden. Zunächst ist zu bemängeln, daß von den 8.000 bis zum Erhebungsstichtag 30.6.1993 eingegangenen Anträgen auf Förderung rund 500 abgelehnt wurden; nicht nur, aber z.T. auch aufgrund der Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel (insgesamt 83,7 Mio.). Wie hoch der Anteil der aufgrund ausgeschöpfter Haushaltsmittel nicht geförderten Anträge ist, ließ sich nicht beziffern. Auf jeden Fall ist - angesichts der Misere des Dualen Systems - die Aufstockung der zur Verfügung stehenden Mittel für dies Maßnahme zu fordern.

Kritisiert werden muß das Programm jedoch v.a. wegen seiner unzureichenden Differenzierung. Zwar ist es ohne Zweifel richtig, die Fördersumme nach Geschlecht zu fächern, doch scheint die Differenz nicht ausreichend. Vielmehr müßte nach dem Prinzip "Ohne Zwang keine Gleichheit" verfahren werden und der Abstand der Fördersummen für Frauen und Männer größer ausfallen, um so den Anreiz Frauen auszubilden, zu erhöhen.

Da lediglich ein einziges weiteres Programm zur Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze existiert (Investitionsförderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten), kann der Einschätzung des DIW-Gutachtens, das dem Förderprogramm der Landesregierung bescheinigt, **alle** wichtigen **strategischen** Bereiche abzudecken (DIW 1994, 323), nicht bedenkenlos zugestimmt werden. Das Gutachten selbst kritisiert am landespolitischen Förderinstrumentarium die fehlende Möglichkeit einer projektbezogenen Bezuschussung von Personalkosten im Bereich der Freien Berufe (DIW 1994, 323). Diesen Vorschlag aufgreifend könnte eine solche Personalkostenbezuschussung auch für den Ausbildungsbereich der Freien Berufe gefordert werden. Zwar ist die Förderabhängigkeit in diesem Sektor nicht besonders groß, aber hier existiert ein großes Defizit an Ausbildungsplätzen, wovon vorrangig junge Frauen betroffen sind. Eine andere Empfehlung des DIW-Gutachtens an die Wirtschaftspolitik Thüringens, der Industrie weitere Angebote zur Intensivierung der Kooperationsbeziehungen zu machen, um Informationsdefizite abzubauen und potentielle Kooperationspartner zusammenzubringen, müßte ebenfalls um den Hinweis ergänzt werden, Kooperationsbeziehungen auch ausdrücklich unter dem Gesichtspunkt der Bereitstellung überbetrieblicher Ausbildungskapazitäten zu fördern, um so potentielle Ausbildungs-Kooperationspartner zusammenzubringen.

Im Rahmen dieser Studie ist es nicht möglich, eine ausdifferenzierte Rahmenkonzeption zur Entwicklung von Förderinstrumentarien für eine Verbesserung der Situation an der ersten und zweiten Schwelle zu präsentieren. Lediglich einige Anregungen können formuliert werden.

Die folgenden Vorschläge beziehen sich sowohl auf Maßnahmen zur Förderung des Ausbildungsplatzangebotes als auch zur Verbesserung der Übernahmesituation. Eventuelle Zielkonflikte oder Effektivitätskriterien konnten dabei aus vielen Gründen nur bedingt berücksichtigt werden. Die Empfehlungen richten sich an unterschiedliche Adressaten (Landesregierung, Verbände, Arbeitsämter) und sind unterschiedlich weitreichend.

Angesichts der drohenden Gefahr einer Abdrängung von Frauen aus qualifizierter Ausbildung und Beschäftigung erscheint insbesondere die geschlechtersensitive Konstruktion der Maßnahmen von Bedeutung. Die kombinierbaren Vorschläge im einzelnen:

- o Aufstockung der Haushaltsmittel für die **Maßnahme der Landesregierung zur Förderung von zusätzlich bereitgestellten Ausbildungsplätzen** unter Berücksichtigung oben genannter Gesichtspunkte (stärkere Differenzierung der Fördervolumina nach Geschlecht, Anhebung der Fördersumme pro Ausbildungsplatz). Auf direkt materiellem und indirekt symbolischem Wege ist so relativ einfach der politische Wille zu demonstrieren, die Situation an der ersten und zweiten Schwelle tatsächlich verbessern zu wollen. Diese daher für unumgänglich zu erachtende Maßnahme - eventuell verbunden mit einer Werbekampagne zur Stärkung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe - wäre geeignet, die Themen "Ausbildungsplatznot" und "Übernahmeproblematik" in das Zentrum des landespolitischen Diskurses zu holen, wo sie unzweifelhaft hingehören. Damit eng verbunden müßte aus Glaubwürdigkeitsgesichtspunkten die Maßnahme 2 sein. Um Mitnahmeeffekte zu vermeiden wäre eine erfolgsbezogene Mittelvergabe - Auszahlung des Förderbeitrages jeweils zur Hälfte bei Ausbildungsbeginn und Ausbildungsende - zu erwägen.
- o Die Ausbildungsquote im Bereich des **öffentlichen Dienstes** liegt im Arbeitsamtsbezirk Jena und besonders deutlich im Bezirk Nordhausen unter dem Wert für Thüringen insgesamt. In beiden Kreisen, v.a. aber in Nordthüringen, muß daher an die Träger der Ausbildung im öffentlichen Dienst die Forderung ergehen, die Ausbildungsplatzkapazitäten auszuweiten und eine Vorreiterfunktion für den privaten Ausbildungsbereich einzunehmen. Die Ausbildungsleistung der Betriebe und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes sollte zumindest vorübergehend eine Quote von acht Prozent aller Beschäftigten erreichen; auf diese Höhe belief sich die Forderung des IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel bei der "Kanzlerrunde" (FAZ vom 13.3.1995).
- o Eine andere, u.U. wirksamere Möglichkeit, "good will" zu demonstrieren und den Ernst der Lage zu betonen, besteht darin, alle öffentlichen (Förder-)Mittel und Aufträge (z.B. öffentliche Bauinvestitionen), die an Thüringer Betriebe vergeben werden, generell bzw. unter spezifischen Bedingungen (regional beschränkt, Einzelfallprüfung bei Konflikt mit anderen Förderinstrumentarien) an einen quantitativen und qualitativen Kriterienkatalog zu binden, der nur eine Begünstigung der Betriebe zuläßt, die folgende Kriterien erfüllen:
  - Betrieb bildet aus bzw. bildet in einem festgelegten Mindestmaß aus.
  - Betrieb beschäftigt oder bildet junge Frauen (insbesondere in Männerberufen) und benachteiligte Jugendliche aus.
  - Betrieb vermittelt nach Einschätzung der zuständigen Kammer, des Arbeitsamtes oder der zuständigen Gewerkschaft eine qualitativ hochwertige Ausbildung (Kriterienkatalog: Anzahl der Ausbilder/innen, sachliche Ausstattung usw.).
  - Betrieb garantiert die Übernahme nach der Ausbildung (eventuell unter besonderer Berücksichtigung von Übernahmegarantien für junge Frauen, um so eine geschlechtsspezifische Entlassungsauswahl zu verhindern).

- o Eine auf DIW-Berechnungen basierende IAB-Veröffentlichung ermittelte, daß von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in den neuen Bundesländern lediglich 44 Prozent dort produktions-, einkommens- und beschäftigungswirksam werden. Aufgrund der räumlichen Nähe Thüringens zu Niedersachsen, Hessen und Bayern könnte diese Kaufkraftverlagerung in Thüringen noch ausgeprägter sein. Die Vergabe von Fördermitteln müßte daher an Kriterien gebunden sein, die diese Zahlungsströme berücksichtigt und die endogenen Potentiale Thüringens, d.h. hier ansässige Firmen oder Unternehmen, begünstigt (vgl. Dähne 1994). Generell sollten (nur) Vorhaben gefördert werden, die nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Errichtung von Ausbildungsplätzen versprechen oder die Übernahme ausgelernter Azubis zusagen.
- o "Die Förderung von betrieblichen Ausbildungsbemühungen sollte dann besonders unterstützt werden, wenn die Maßnahme mit einer Übernahmegarantie in ein Arbeitsverhältnis verbunden ist" (DIW 1994, 146). Konsequenterweise ist dieser Vorschlag des DIW darauf hinaus, die Förderung der Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen mit der Forderung nach einer **Übernahmegarantie** zu verbinden.
- o Auf betrieblicher Ebene müssen **befristete oder unbefristete Übernahmegarantien** ausgehandelt werden, die tarifvertraglich oder im Rahmen von Betriebsvereinbarungen verankert sein sollten. Die betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen müssen außerdem auf eine Verankerung von Ergebnis- oder Reservierungs-Frauenquoten im Ausbildungsbereich drängen und diese ebenfalls in Betriebsvereinbarungen niederlegen (vgl. Matthies u.a. 1994, 319). Durch solche Quoten werden zwar keine neuen Ausbildungsplätze geschaffen, aber sie werden unter den Geschlechtern gerechter verteilt.
- o Die Landesregierung könnte desweiteren ein **Prämienprogramm "Chancengleichheit"** auflegen, das in Form eines einmalig gezahlten Festgeldes die Übernahme bzw. Einstellung außerbetrieblich ausgebildeter Jugendlicher unterstützt. Diese Art der (Markt-) Benachteiligtenförderung könnte allerdings - marktwirtschaftlichen Gesetzen folgend - punktuell zu einer Beeinträchtigung der Übernahmekancen von betrieblich ausgebildeten Jugendlichen führen. Die Prämie sollte daher eventuell an weitere Kriterien gebunden sein (Berufsgruppe, Geschlecht usw.). Eine vergleichbare Regelung existiert bereits bei der Deutschen Telekom, die Betriebe des Elektrohandwerks, die von der Telekom nicht übernommene gewerblich-technische Auszubildende weiterbeschäftigen, mit einer Übernahmehilfe in Höhe eines Grundbetrages von DM 15.000.- unterstützt (die Weiterbeschäftigung von Frauen kann mit zusätzlichen 3.000, von Schwerbehinderten mit zusätzlich 5.000 DM unterstützt werden). Ähnliche freiwillige Sozialplanverpflichtungen der Betriebe sollten - eventuell finanziell unterstützt von der Landesregierung - auch in Thüringen Schule machen.
- o Organisation einer dauerhaften, zukunftssträchtigen Erwerbstätigkeit für Jugendliche in eigens gegründeten, zielgruppenspezifischen **Auffang-Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften** bzw. integrierten Beschäftigungs- und Qualifizierungspools mit möglichst gemischter Trägerstruktur (vgl. Matthies u.a. 1994, 374 ff.).

- o Die Träger und Institutionen der dualen Ausbildung in Thüringen sollten ein sinnvolles regionalspezifisches **Jugendbeschäftigungsprogramm** entwerfen. Bestandteil davon könnte u.a. auch ein Programm "Teilzeitbeschäftigung und -qualifizierung" sein - trotz der bekanntermaßen damit auch verbundenen Nachteile für die Auszubildenden (finanzieller Verlust, Ausbleiben des erwünschten Statuswechsels der Azubis zum Vollzeit-Beschäftigten). Im Rahmen einer solchen Maßnahme wird die Teilzeitbeschäftigung von ansonsten nicht übernommenen Jugendlichen mit Weiterbildungsangeboten kombiniert. Zwecks einer ausreichenden Akzeptanzbeschaffung scheint eine branchen- und teilnehmer/innenspezifische Ausrichtung einer solchen Maßnahme unumgänglich. Die Zahlung eines Unterhaltsgeldes nach § 44 Abs. 2b Nr. 1 AFG ist möglich (vgl. Strauss 1994, 188 ff.).

Die folgenden drei Vorschläge besitzen eher den Charakter flankierender Maßnahmen. Sie sind zwar keineswegs verzichtbar, aber sie besitzen "nur" koordinierende oder beratende Funktionen, d.h., sie entfalten nur eine mittelbare Wirkung. Zur Vermeidung von Fehlplanungen und zur Evaluierung von Bedürfnislagen sind sie jedoch unumgänglich.

- o Die Tarifpartner der Chemieindustrie Hessens haben sich darauf verständigt, paritätisch besetzte **runde Tische** zu gründen. Zudem haben sich die Arbeitgeber der Chemieindustrie im Rahmen der Tarifverhandlungen verpflichtet, die Ausbildungsplätze um 10 Prozent im Vergleich zu 1994 zu erhöhen (vgl. FAZ vom 10.3.1995). Die Institutionalisierung regionaler und lokaler runder Tische zur Ausbildungs- und Übernahme-situation unter Beteiligung von Arbeitsämtern, Kammern, Gewerkschaften, Berufsschulen, Jugendämtern, außerbetrieblichen Ausbildungsträgern sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen und den Auszubildenden selbst muß auch in Thüringen gefordert werden. In diese Richtung weist die Kooperationsempfehlung des Thüringer Sozial- und des Kultusministeriums, des Landesarbeitsamtes, des Gemeinde- und Städtebundes Thüringens sowie des Thüringischen Landkreistages zur beruflichen Eingliederung benachteiligter junger Menschen (vgl. Thüringer Staatsanzeiger 1994). Neben einer ganzen Reihe weiterer Vorschläge (konzeptioneller, maßnahmenspezifischer und modellhafter Art) wird dort empfohlen, auf Arbeitsamtsebene unter Einbezug der Jugend-, Sozial-, Schul- und Arbeitsämter, der Kammern sowie der Sozialpartner Arbeitskreise zu institutionalisieren, die neben Situations- und Problemfeldanalysen auch Bedarfsprognosen erstellen sollen. Ohne Zweifel bedarf es dieser Kooperationsformen, die alle an der Berufsausbildung beteiligte Institutionen in die Pflicht nehmen. Auf regionaler und/oder landespolitischer Ebene bestünde zudem die Möglichkeit, freiwillige Ausbildungs- oder Übernahme-Selbstverpflichtungen der Betriebe im Rahmen solcher runder Tische zu initiieren und werbewirksam zu veröffentlichen.
- o Da mit Förderprogrammen wie GIO gegen das Prinzip des Vorrangs der betrieblichen Berufsausbildung verstoßen wird, muß eine Überprüfung der Möglichkeiten der Umlenkung der Aufwendungen und Mittel für außerbetriebliche Trägerstrukturen zugunsten von überbetrieblichen Klein- und Mittelbetrieben erfolgen (vgl. Schober 1994c, 8).
- o Intensivierung der **individuellen Betreuung** von Ausbildungsabsolvent/innen aus der betrieblichen sowie insbesondere aus der außerbetrieblichen Ausbildung kurz vor und nach Ausbildungsabschluß (kombinierte Arbeits- und Berufsberatung, Bewerbungstraining, Vermittlung von Betriebspraktika und Maßnahmen von Probe-Beschäftigung, auch im Ausland).

Alle diese Maßnahmen sind mehr oder weniger weit davon entfernt, die Probleme generell lösen zu können - dazu bedürfte es einer festgelegten Ausbildungsquote für private und öffentliche Arbeitgeber sowie rechtlicher Übernahmegarantien. Die aufgeführten Maßnahmen

sind daher als Minimalforderungen zu klassifizieren. Ein Szenario für Thüringen und die beiden Regionen, das von einer ausbleibenden Realisierung selbst dieser Minimalforderungen ausgeht, würde daher die Verschärfung der Ausbildungsmisere und der Übernahmeproblematik beinhalten müssen.

Statt alljährlich Notprogramme aufzulegen (GIO), müßten langfristige tragfähige Komplettlösungen überregionaler Art gesucht werden (Fonds). Nur auf diesem Wege wird eine signifikante Entspannung und generelle Verbesserung der Situation an der ersten und zweiten Schwelle realisierbar sein. Dies, zumal die staatlichen Förderprogramme im Rahmen der GIO oder nach § 40c AFG eine Ausbildung über den Eigenbedarf der Wirtschaft bedeuten, und sich insofern in den kommenden Jahren die Übernahmeproblematik in den neuen Ländern wohl noch verschärfen wird. Es ist daher zu befürchten, daß die Hauptprobleme an der zweiten Schwelle in den neuen Ländern noch bevorstehen (vgl. Schober 1994d, 27). Staatlich geförderte Beschäftigungsangebote, Strukturanpassungsmaßnahmen ebenso wie Weiterqualifizierungsangebote müssen daher in das Spektrum der erforderlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einbezogen werden.

### **5.3. Schluß**

Als ein Bundesland "ohne profitable Bodenschätze und Großindustrie kann Thüringen nur durch Nutzung von human capital Prosperität erreichen" (TMWK 1994, 73). Bislang jedoch scheinen die Humankapitalressourcen bzw. das Qualifikationsreservoir, von vielen Beobachtern zu Zeiten der Wende als bedeutendster Standortfaktor der ehemaligen DDR gepriesen, eher verspielt zu werden. Und als ob die Not noch nicht groß genug wäre, steht zu befürchten, daß sich 1995 die Misere noch vergrößern wird.

Bislang kann keineswegs behauptet werden, daß das Duale System der Berufsausbildung sich im Osten Deutschlands etabliert, gar erfolgreich etabliert habe. Die drastisch eingeschränkte Berufswahlfreiheit ostdeutscher Jugendlicher mit dem Verweis auf die durch die "Einheit" gewonnene Reisefreiheit und den freien Zugang zum Studium zu bagatellisieren, wie es Jugendministerin Claudia Nolte im Verlauf der Debatte des 9. Jugendberichts der Bundesregierung im Bundestag getan hat (vgl. FR vom 11.3.1995), gleicht einer Verhöhnung der dringendsten Problemlagen Jugendlicher im Osten. Derartiges staatliches Gesundreden ist wenig hilfreich.

Stabil ist die Lage also keinesfalls. Vielmehr scheinen bei dem Patienten „Duale Ausbildung“ nach seinem Krankentransport in den Osten alte Wunden wieder aufgebrochen zu sein. Der labile Gesundheitszustand erfordert daher unter Umständen gänzlich neue Therapieformen. Dies impliziert jedoch auch, daß Gestaltungsoptionen vorhanden sind und neue Wege gegangen werden können und müssen. Es gilt, diese Gestaltungsoptionen zum Wohle der Jugend zu nutzen.

## Literatur

- AA JENA 1995: Arbeitsamt Jena, Presseinformation Jahresrückblick 1994, 17.1.1995
- AUTSCH 1993: Bernhard Autsch, "Berufsausbildung in den neuen Bundesländern aus der Sicht der außer- und überbetrieblichen Berufsbildungsstätten", in: Ulrich Degen, "Berufsausbildung im Übergang. Ausbildungsgestaltung in den neuen Bundesländern", BIBB, Berlin/Bonn 1993
- BACH/JUNG-HAMMON/OTTO 1994: Hans-Uwe Bach, Thomas Jung-Hammon, Manfred Otto, "Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt, Stand Dezember 1994", IAB-Werkstattbericht Nr. 1.12/15.12.1994
- BAETHGE u.a. 1989: Martin Baethge, Brigitte Hantsche, Wolfgang Pelull, Ulrich Voskamp, "Jugend: Arbeit und Identität", Opladen 1989
- BBB 1994: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Berufsbildungsbericht 1994
- BBS JENA 1993: Berufsberatungsstatistik Arbeitsamtsbezirk Jena, 1993
- BBS JENA 1994: Berufsberatungsstatistik Arbeitsamtsbezirk Jena, 1994
- BBS NORDHAUSEN 1994: Berufsberatungsstatistik Arbeitsamtsbezirk Nordhausen, 1994
- BECK 1986: Ulrich Beck, "Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne", Frankfurt am Main 1986
- BERGER 1993: Klaus Berger, "Berufsausbildung in den neuen Bundesländern aus der Sicht der Berufsschulen", in: Ulrich Degen, "Berufsausbildung im Übergang. Ausbildungsgestaltung in den neuen Bundesländern", BIBB, Berlin/Bonn 1993
- BfA 1994: Bundesanstalt für Arbeit, "Frauen Arbeitsmarktreport. Berufliche Bildung und Beschäftigung von Frauen. Situation und Tendenzen", Nürnberg, Januar 1994
- BfA 1995a: Bundesanstalt für Arbeit, Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, lose Blattsammlung
- BfA 1995b: Bundesanstalt für Arbeit, Statistik Zugang an Arbeitslosen aus vorheriger betrieblicher Ausbildung, lose Blattsammlung
- BfA NOVEMBER 1994: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, November, Nürnberg 1994
- BfA JANUAR 1995: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Januar, Nürnberg 1995
- BfA SN 1994: Bundesanstalt für Arbeit, "Arbeitsmarkt 1993", Sondernummer, Nürnberg, Mai 1994
- BIBB 1994: Bundesinstitut für Berufsbildung, 13.12.1994
- BIBB APRIL 1994: Bundesinstitut für Berufsbildung, ibv-Publikationen Nr. 17 vom 27. April 1994
- BLK 1993: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, "Differenzierung in der Berufsausbildung", Heft 37, Bonn 1993
- DASSAU/HOCHMUTH 1994: Petra Dassau, Elke Hochmuth, "Strukturentwicklung und Handlungspotentiale in der Region Nordthüringen. Ergebnisse des 'Regionalen Arbeitskreises Nordthüringen'", Institut für Regionalforschung e.V., Göttingen im November 1994
- DEGEN/WALDEN 1994: Ulrich Degen, Günter Walden, "Situation, Organisation und Gestaltung der betrieblichen Berufsausbildung in den neuen Bundesländern.

- Berufsausbildung im Übergangsprozeß - Ausgewählte Ergebnisse einer schriftlichen Befragung 1993/94, BIBB 1994
- DGB 1994a: DGB Informationsdienst, "Eine erste Auswertung des Ausbildungsjahres 1993/94", in: DGB Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Januar 1994
- DGB 1994b: DGB Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 1994, in: DGB Bundesvorstand, Abt. Jugend, Materialreader zur Aktion für eine bessere Berufsausbildung, Teil I und II, Düsseldorf 1994
- DGB 1995: DGB Bundesvorstand, ISA, Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, "Jüngere Arbeitslose beim Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem", Düsseldorf am 28.2.1995
- DIW 1994: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, "Standortanalyse für den Wirtschaftsraum Thüringen", Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Berlin 1994
- DPG 1995a: Deutsche Post Gewerkschaft, Schreiben der Bezirksjugendvertretung vom 23.2.1995
- DPG 1995b: Deutsche Post Gewerkschaft, VL-Info vom 10.2.1995
- EHRKE 1993: Michael Ehrke, "Riesiges Potential - Unternehmen und Regierung verschlundern Qualifikation", in: Der Gewerkschafter 10/93
- GdED 1995: Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Schreiben der Bundesjugendvertretung vom 10.3.1995
- HENNINGES 1994: Hasso von Henniges, "Die berufliche, sektorale und statusmäßige Umverteilung von Facharbeitern", Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 182, Nürnberg 1994
- IAB MÄRZ 1993: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, "Attraktivität und Perspektiven des Dualen Systems der Berufsausbildung in Deutschland. Zusammenfassung", Nürnberg März 1993
- IG MEDIEN 1994: IG Medien Hauptvorstand, "Damit die Übernahme nicht zur Ausnahme wird", Stuttgart, April 1994
- IGM DEZEMBER 1993: IG Metall, "Übernahme sichern", Köln, Dezember 1993
- JBH 1994: Jugendberufshilfe Thüringen e.V., "Ergebnisse einer Befragung von Berufsschülern im Freistaat Thüringen", Juli 1994
- JBH 1994 II: Jugendberufshilfe Thüringen e.V., "Ergebnisse einer Befragung von Berufsschülern im Freistaat Thüringen. 1. Ergänzung mit den Ergebnissen zur Frage 11: 'Wie werden Sie in der Ausbildung gefordert?'" , Juli 1994
- JOHANNSON/SCHULER 1994: Kurt Johannson, Michael Schuler, "Fallstudie Baugewerbe", in: Berufsbildungspolitische Informationstagung der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, Augsburg 1994
- KAISER/FENSTERER 1993: Manfred Kaiser, Wolfgang Fensterer, "Der Arbeitsmarkt in der Region Jena. Entwicklungen - Stand - Perspektiven", IAB-Werkstattbericht Nr. 3 vom 6.4.1993
- KRUSE/PAUL-KOLHOFF 1993: Wilfried Kruse, Angela Paul-Kolhoff, "Zur Zukunft des 'Dualen Systems' - Eine Skizze offener Fragen", Gewerkschaftliche Monatshefte 11/93, S. 702 ff.
- LAA SAT 1994a: Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen, Arbeitsmarktdaten, Ergebnisse der Berufsberatungsstatistik, Berichtsmonat September 1994, Halle 1994

- LAA SAT 1994b: Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen, Arbeitsmarktdaten, Ergebnisse der Berufsberatungsstatistik, Berichtsmonat Oktober 1994, Halle 1994
- LAA SAT 1994c: Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen, "2. Information zum Verbleib der Jugendlichen nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung", Halle 25.10.1994
- LEIKEB/SPITZNAGEL 1994: Hanspeter Leikeb, Eugen Spitznagel, "Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot in den neuen Bundesländern - II. Quartal 1994", IAB-Werkstattbericht Nr. 11/28.11.1994
- LUTZ 1992: Burkart Lutz, "Welche Zukunft haben die Facharbeiter?", Berufsbildung 2/1992
- MATTHIES u.a. 1994: H. Matthies, U. Mückenberger, C. Offe, E. Peter, S. Raasch, "Arbeit 2000. Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt", Hamburg 1994
- MEIER 1994: Uta Meier, "Frauendiskriminierung im Berufsbildungssystem in den neuen Ländern", in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/94
- ÖTV 1994: Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, "Ausbildungsplatzlücke in Ostdeutschland schließen - Mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst anbieten", Vorstandspapier vom 5.5.1994
- PFEIFFER/DÜBEL 1993: Ulrich Pfeiffer, Achim Dübel, "Eine gesamtwirtschaftliche Entwicklungsstrategie für Thüringen", Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Erfurt 1993
- PROGNOS AG: Peter Hofer, Inge Weidig, Heimfrid Wolff, "Arbeitslandschaft bis 2010 nach Umfang und Tätigkeitsprofilen", Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1989
- REUTER 1993: Edzard Reuter, "Nicht nur die Politik treibt der Verlust an Glaubwürdigkeit um", Frankfurter Rundschau vom 2.7.1993, S. 12
- SCHOBBER 1994a: Karen Schober, "Nur durch Arbeit trägt Ausbildung Früchte", IAB-Kurzbericht Nr. 5 vom 9.3.1994
- SCHOBBER 1994b: Karen Schober, "Ausbildungs- und Beschäftigungssituation junger Frauen in den neuen Bundesländern", in: Gewerkschaftliche Bildungspolitik 5/1994, S. 116 ff.
- SCHOBBER 1994c: Karen Schober, "Der schwierige Übergang zum dualen System. Berufsausbildung in den neuen Ländern", Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 3/1994, Nürnberg
- SCHOBBER 1994d: Karen Schober, "Zur Situation benachteiligter junger Menschen beim Übergang in den Arbeitsmarkt - Entwicklungen in den alten und neuen Bundesländern", in: "Ausbildung für alle", BMBW, Bonn 1994
- STIHL 1994: Hans Peter Stihl, "Bildung und Beschäftigung enger verknüpfen - berufliche Ausbildung für die Arbeit von morgen", Rede zur Eröffnung des DIHT-Ausbildungskongresses am 4. Mai 1994 in Frankfurt am Main, in: DGB Bundesvorstand, Abt. Jugend, Materialreader zur Aktion für eine bessere Berufsausbildung, Teil I, Düsseldorf 1994
- STRAUSS 1994: Jürgen Strauss, "Teilzeitarbeit und Fortbildung nach der Lehre - Das Ruhrkohle-Modell", in: DGB Bundesvorstand, Abt. Jugend, Materialreader zur Aktion für eine bessere Berufsausbildung, Teil II, Düsseldorf 1994
- TESSARING 1993: Manfred Tessaring, "Das Duale System der Berufsausbildung in Deutschland: Attraktivität und Beschäftigungsperspektiven", in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2/1993



- THÜRINGER STAATSANZEIGER 1994: Kooperationsempfehlung des Ministeriums für Soziales und Gesundheit, des Kultusministeriums, des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt/Thüringen, des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen und des Thüringischen Landkreistages zur beruflichen Eingliederung benachteiligter junger Menschen im Freistaat Thüringen, Nr. 40/1994
- TLS 1994a: Thüringer Landesamt für Statistik, "Statistischer Bericht Bergbau und verarbeitendes Gewerbe in Thüringen", Erfurt November 1994
- TLS 1994b: Thüringer Landesamt für Statistik, "Statistisches Jahrbuch", Erfurt 1994
- TMWK 1994: Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst, "Forschung und Technologie in Thüringen. Abschlußbericht der Strategiekommision", Erfurt 1994
- ULRICH/WESTHOFF 1994: Joachim Gerd Ulrich, Gisela Westhoff, "Die Ausbildung absolviert, den Umbruch auch? - Zum Verbleib junger Fachkräfte aus den neuen Bundesländern", in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Heft 4/1994
- v. BARDELEBEN 1993: Richard v. Bardeleben, "Berufsausbildung in den neuen Bundesländern aus der Sicht der nichtausbildenden Betriebe", in: Ulrich Degen, "Berufsausbildung im Übergang. Ausbildungsgestaltung in den neuen Bundesländern", BIBB, Berlin/Bonn 1993
- WAGNER 1993: Karin Wagner, "Qualifizierungsbedarf in ostdeutschen Betrieben", WZB discussion paper, März 1993
- WALWEI/WERNER 1994: Ulrich Walwei, Heinz Werner, "Wachstum muß mehr Beschäftigung bringen", IAB-Kurzbericht Nr. 7 vom 31.3.1994